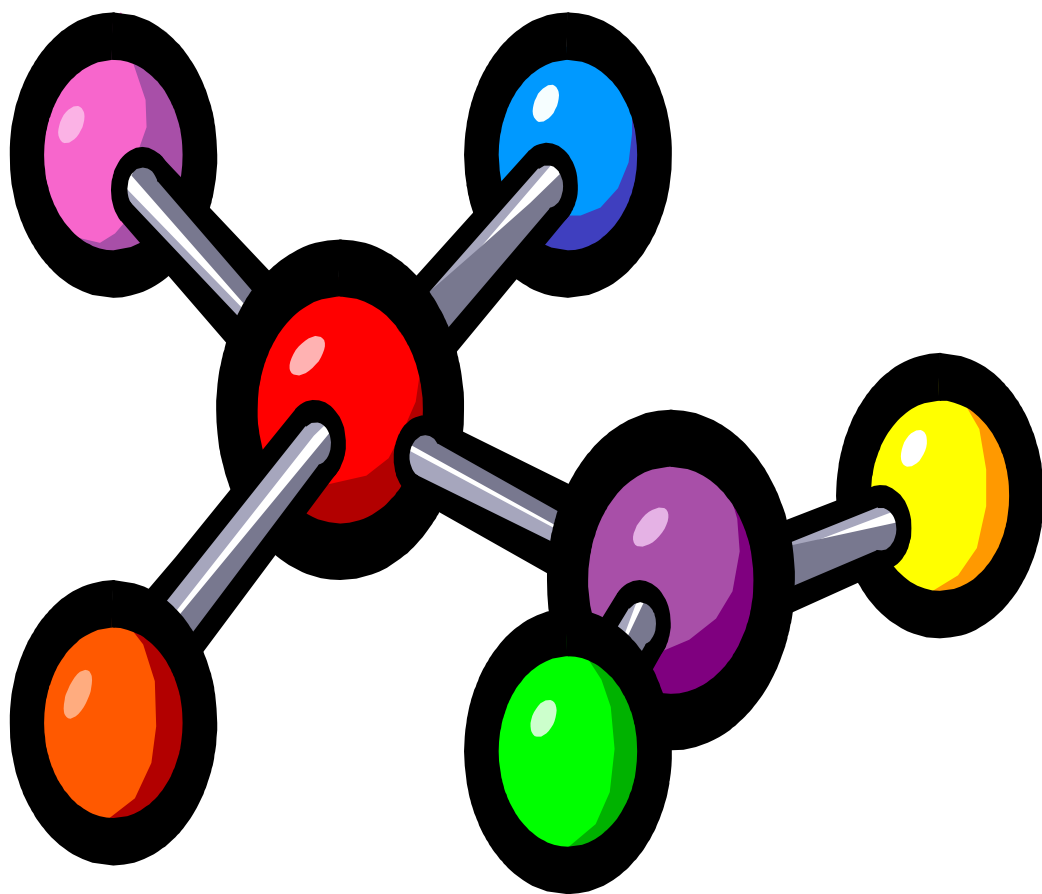


Beteiligungsbericht 2016

Rheinisch-Bergischer



Kreis



Herausgeber: **Rheinisch-Bergischer Kreis**
Der Landrat
Am Rübezahlwald 7
51469 Bergisch Gladbach

Bearbeitung: **Dezernat I**
Amt 20/Beteiligungsmanagement

Telefon: **02202/13 2417**
02202/13 2405

Fax: **02202/13 10 21 21**

Inhaltsverzeichnis

Einführung	2
Kennzahlen im Überblick.....	3
Der Rheinisch-Bergische Kreis - ZAHLEN, DATEN, FAKTEN.....	4
Auftrag und Gegenstand des Beteiligungsberichts	5
Übersicht über die Beteiligungen des Rheinisch-Bergischen Kreises.....	8
- Bergischer Abfallwirtschaftsverband	10
- Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt (CVUA) Rheinland	16
- Das Bergische gGmbH	22
- Energie-Genossenschaft Bergisches Land	28
- Flughafen Köln/Bonn GmbH	33
- Gemeinnütziger Bauverein Wermelskirchen e.G.	41
- Krankenhaus Wermelskirchen GmbH	46
- Naturarena Bergisches Land GmbH.....	52
- PBH Papierservice „Britanniahütte“ gemeinnützige GmbH	58
- Radio Berg GmbH & Co. KG.....	63
- Regionalverkehr Köln GmbH	68
- Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft mbH	76
- Rheinisch-Bergisches TechnologieZentrum GmbH	83
- Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH	89
- Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung in Köln GbR	95
- RWE AG, Essen.....	99
- RW Holding AG	106
- Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH.....	111
- Wasserversorgungsverband Rhein-Wupper	116
- wupsi GmbH.....	122
- Zweckverband für die Kreissparkasse Köln.....	132
- Zweckverband Naturpark Bergisches Land.....	135
- Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg	139
- Landrat-Lucas-Stiftung	144
Mitgliedschaften des Rheinisch Bergischen Kreises in Vereinen, Organisationen und Einrichtungen.....	147

Einführung

Durch die Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen sind die Städte und Gemeinden verpflichtet, jährlich einen Beteiligungsbericht hinsichtlich der gemeindlichen Beteiligungen an Unternehmen und Einrichtungen in Rechtsformen des privaten Rechts zu erstellen.

Gemäß § 53 der Kreisordnung in Verbindung mit § 117 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen hat auch der Rheinisch-Bergische Kreis zur Information der Kreistagsmitglieder und der Einwohnerinnen und Einwohner einen Bericht über seine Beteiligungen zu erstellen und jährlich fortzuschreiben.

Der Beteiligungsbericht soll insbesondere Angaben über die

- Erfüllung des öffentlichen Zwecks,
- finanzwirtschaftlichen Auswirkungen der Beteiligungen,
- Beteiligungsverhältnisse und
- Zusammensetzung der Organe der Gesellschaft

enthalten.

So soll die Wahrnehmung öffentlicher Kontrolle über kommunale Unternehmen durch die demokratisch legitimierten Organe der Kommunen dokumentiert und die politische Einflussnahme auf die Unternehmensziele verdeutlicht werden.

Der durch den Rheinisch-Bergischen Kreis vorgelegte Bericht über seine Beteiligungen an Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform des privaten Rechts, berücksichtigt, soweit möglich, aktuelle Daten bezogen auf das Berichtsjahr 2016.

Mit dem vorgelegten Beteiligungsbericht 2016 wird ein Überblick über die bestehenden Beteiligungen und ihre wirtschaftliche Entwicklung gegeben. Damit sollen insbesondere die Anforderungen an die öffentliche Hand in Bezug auf eine zufriedenstellende Information der Öffentlichkeit erfüllt werden, aber auch Transparenz der wirtschaftlichen Betätigung des Rheinisch-Bergischen Kreises in privatwirtschaftlichen und öffentlich-rechtlichen Unternehmen geschaffen werden.

Die Einsicht in den Beteiligungsbericht ist jedermann gestattet.

Kennzahlen im Überblick

Kennzahlen zur Kapitalstruktur (Verschuldungsgrad)

Kennzahl	Berechnung
Eigenkapitalquote	$\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Gesamtkapital}}$
Fremdkapitalquote	$\frac{\text{Fremdkapital} \times 100}{\text{Gesamtkapital}}$

Kennzahlen zur Finanzlage

Kennzahl	Berechnung
Anlagenintensität	$\frac{\text{Anlagevermögen} \times 100}{\text{Gesamtkapital}}$
Investitionen	Zugänge zu den immateriellen Vermögensgegenständen und den Sachanlagen des laufenden Geschäftsjahres
cash-flow	Jahresüberschuss/-fehlbetrag + Abschreibungen Sachanlagen +/- Veränderung langfristiger Rückstellungen +/- Einstellung/Auflösung des Sonderpo. mit Rücklagenanteil
Deckungsgrad Vermögen	$\frac{\text{Eigenkapital} + \text{Fremdkapital}}{\text{Vermögen}}$

Kennzahlen zur Ertragslage

Kennzahl	Berechnung
EBT	Ordentliches Ergebnis vor Ertragsteuern
EBIT	Ordentliches Ergebnis vor Ertragssteuern und vor Zinsaufwand
EBITDA	Ordentliches Ergebnis vor Ertragsteuern, Zinsaufwand, Abschreibungen, Auflösung Sonderposten
Gesamtkapitalrentabilität	$\frac{\text{Jahresüberschuss vor Ertragsteuer} + \text{Fremdkapitalzinsen}}{\text{Bilanzsumme am 31.12.}}$
Eigenkapitalrentabilität	$\frac{\text{Ordentliches Ergebnis} \times 100}{\text{Eigenkapital}}$
Umsatzrentabilität	$\frac{\text{EBIT} \times 100}{\text{Umsatz}}$

Der Rheinisch-Bergische Kreis - ZAHLEN, DATEN, FAKTEN

Einwohnerzahl, Flächengröße und Einwohnerdichte der Städte und Gemeinden

	<u>km²</u>	<u>Einwohner</u>	<u>Einw./km²</u>
Stadt Bergisch Gladbach	83,12	112.838	1.357
Stadt Burscheid	27,38	19.047	695
Gemeinde Kürten	67,49	19.880	294
Stadt Leichlingen	37,33	28.093	752
Gemeinde Odenthal	39,97	15.112	378
Stadt Overath	68,83	27.171	394
Stadt Rösrath	38,82	28.538	735
Stadt Wermelskirchen	74,66	34.562	463
(Stand: 31.12.2016)	437,60	285.241	651

<u>Straßen:</u>	Autobahnen	=	40,2 km
	Bundesstraßen	=	43,5 km
	Landstraßen	=	268,1 km
	Kreisstraßen	=	134,2 km
	Gemeindestraßen	=	970,0 km
	Privatstraßen	=	14,6 km

<u>Gewässer:</u>	Agger	=	9 km
	Dhünn	=	26 km
	Sülz	=	19 km
	Sülzbach	=	13 km
	Wupper	=	18 km

<u>Talsperren:</u>	Diepental-Talsperre	=	0,3 Mio. m ³
	Große Dhünn-Talsperre	=	81,0 Mio. m ³

Auftrag und Gegenstand des Beteiligungsberichts

Im Zuge der Privatisierung öffentlicher Aufgaben haben die Kommunen in den letzten Jahren verstärkt Firmen gegründet, sich an Firmen beteiligt oder Aufgaben an Privatfirmen vertraglich vergeben.

Für die Beteiligungen bzw. Firmengründungen sind der öffentlichen Hand vom Gesetzgeber klare Vorschriften vorgegeben worden. Die Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO) nennt hierzu eine Vielzahl von Bestimmungen und Anforderungen bezüglich der Zulässigkeit, Rechtsformwahl, Sicherungsregelungen, Anzeige- und Informationspflichten.

So darf sich die Gemeinde gemäß § 107 GO NW zur Erfüllung ihrer Aufgaben nur wirtschaftlich betätigen, wenn

- a) ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert,
- b) die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht und
- c) bei einem Tätig werden außerhalb der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telekommunikationsdienstleistungen der öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann.

Die wirtschaftliche Betätigung in den Bereichen der Strom-, Gas- und Wärmeversorgung gem. § 107a GO NW dient einem öffentlichen Zweck und ist zulässig, wenn sie nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht.

Gem. § 109 GO sind Unternehmen und Einrichtungen so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Soweit die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird, sollen Unternehmen einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde abwerfen.

Für die Gründung bzw. Beteiligung an einer Gesellschaft, die auf den Betrieb eines Unternehmens bzw. einer Einrichtung in einer Rechtsform des privaten Rechts gerichtet ist, stellt § 108 GO weitere Anforderungen, und zwar muss u.a.

- a) bei Einrichtungen ein wichtiges Interesse der Gemeinde an der Gründung oder der Beteiligung vorliegen,
- b) eine Rechtsform gewählt werden, welche die Haftung der Gemeinde auf einen bestimmten Betrag begrenzt,
- c) die Einzahlungsverpflichtung der Gemeinde in einem angemessenen Verhältnis zu ihrer Leistungsfähigkeit stehen,
- d) sichergestellt sein, dass sich die Gemeinde nicht zur Übernahme von Verlusten in unbestimmter oder unangemessener Höhe verpflichtet,
- e) die Gemeinde einen angemessenen Einfluss, insbesondere in einem Überwachungsorgan, erhalten. Dieser Einfluss muss durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder in anderer Weise sichergestellt werden,

- f) das Unternehmen oder die Einrichtung durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder sonstiges Organisationsstatut auf den öffentlichen Zweck ausgerichtet sein,
- g) gewährleistet sein, dass bei den Gesellschaften der Jahresabschluss und der Lagebericht, soweit nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, aufgrund des Gesellschaftsvertrages oder der Satzung in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften aufgestellt und ebenso oder in entsprechender Anwendung der für Eigenbetriebe geltenden Vorschrift geprüft werden,
- h) bei Unternehmen und Einrichtungen in Gesellschaftsform, vorbehaltlich weitergehender oder entgegenstehender gesetzlicher Vorschriften, durch Gesellschaftsvertrag oder Satzung gewährleistet sein, dass die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Gesamtbezüge im Sinne des § 285 Nummer 9 des Handelsgesetzbuches der Mitglieder der Geschäftsführung des Aufsichtsrates, des Beirates oder einer ähnlichen Einrichtung im Anhang zum Jahresabschluss jeweils für jede Personengruppe sowie zusätzlich unter Namensnennung die Bezüge jedes einzelnen Mitglieds dieser Personengruppe unter Aufgliederung nach Komponenten im Sinne des § 285 Nummer 9 Buchstabe a des Handelsgesetzbuches angegeben werden.
- i) gewährleistet sein, dass bei Unternehmen der Telekommunikation einschließlich von Telefondienstleistungen im Gesellschaftsvertrag die unmittelbare oder im Rahmen einer Schachtelbeteiligung die mittelbare Haftung der Gemeinde auf den Anteil der Gemeinde bzw. des kommunalen Unternehmens am Stammkapital beschränkt ist. Zur Wahrnehmung gleicher Wettbewerbschancen darf die Gemeinde für diese Unternehmen weder Kredite nach Maßgabe kommunalwirtschaftlicher Vorzugskonditionen in Anspruch nehmen noch Bürgschaften und Sicherheiten leisten.

Rechtsformen

Die Ausgliederung von kommunalen Aufgaben durch Gründungen von oder Beteiligungen an wirtschaftlichen Unternehmen (Organisationsprivatisierung) führt in der Regel zu einer verminderten Einflussnahme der Politik auf das operationale Geschäft der Gesellschaften. Für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen unternehmerischer Selbständigkeit einerseits und Steuerungsmöglichkeiten der Politik andererseits ist die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) als Rechtsform besonders geeignet. Sie bietet Steuerungsmöglichkeiten über den Gesellschaftervertrag und die Gesellschafterversammlung und gewährleistet am ehesten, dass die Kontrollfunktionen von Politik und Verwaltung auch im Falle verselbständigter Organisationseinheiten soweit wie möglich erhalten bleiben.

Organe

Die Steuerung und Kontrolle der Beteiligungen erfolgt in erster Linie über ihre Organe. Vor dem Hintergrund, dass der Einfluss der jeweiligen Gebietskörperschaft in ihrer Eigenschaft als Eigentümerin oder Mitgesellschafterin gestärkt werden soll, legt § 113 Gemeindeordnung fest, dass sich die Gebietskörperschaften einen angemessenen Einfluss, insbesondere in einem Überwachungsorgan, vertraglich sichern.

Die GmbH bereitet im Hinblick auf die Interessenvertretung keine Probleme. Eingriffsmöglichkeiten auf die Geschäftsführung ergeben sich durch den Katalog zustimmungsbedürftiger Geschäfte. Über die Gesellschafterversammlung wird die

Entscheidungsbefugnis auf die zuständigen Kreisorgane verlagert. Deren Beschlüsse binden die Kreisvertreter bei ihren Stimmabgaben. Die vom Kreistag gewählten Vertreter müssen die Interessen der Kommune verfolgen und haben eine umfassende Informationspflicht. Sie haben den Kreistag über Angelegenheiten von besonderer Bedeutung frühzeitig zu unterrichten. Ihnen erteilte Weisungen sind verbindlich.

Zu den Aufsichtsratsmitgliedern muss der Bürgermeister/Landrat oder ein von ihm vorgeschlagener Beamter oder Angestellter gehören, wenn mehr als ein Mitglied die Kommune vertritt.

Finanzen

Die Entwicklung steuerungsfähiger und kontrollgeeigneter Finanzvorgaben gehört zu den wichtigsten Aufgaben einer Beteiligungspolitik. Für die Beteiligung an wirtschaftlichen Unternehmen fordert die Gemeindeordnung in Verbindung mit dem Haushaltsgrundsätzegesetz mindestens Kostendeckung. Aufgabe in der Beteiligungsverwaltung ist es daher, in Zusammenarbeit mit den Geschäftsführungen der Beteiligungen ein Instrumentarium zu schaffen, dass eine Verbesserung des Beteiligungscontrollings ermöglicht.

Einflussnahme

Mit der wirtschaftlichen Betätigung durch Unternehmensgründungen oder Beteiligungen an rechtlich selbständigen Unternehmen wollen die Gebietskörperschaften in der Regel einen dauernden Einfluss auf die Betriebsführung ausüben. Maßgebliches Ziel ist, Teilhaber des Unternehmens zu werden, um dessen Geschäftspolitik und Wirtschaftsführung zu beeinflussen. Der bloße Erwerb oder das Halten von Anteilen an Unternehmen aus finanziellen und steuerlichen Gründen bewirkt keine unternehmerische Betätigung. Eine echte Beteiligung mit Optionen zur Gestaltung liegt dann vor, wenn sich die öffentliche Hand zu mehr als 25 % beteiligt. Nur so kann verhindert werden, dass entscheidende Gesellschafterbeschlüsse zu Kapitalveränderungen, Zuständigkeiten und Vertretungsregelungen zu Lasten der Gebietskörperschaft gefasst werden.

Beteiligungsmanagement

Zielbestimmend für das Beteiligungsmanagement ist die Beteiligungspolitik, denn diese formuliert die mit der Beteiligung angestrebten Ziele.

Das Beteiligungsmanagement umfasst die Prüfung, ob für die Erledigung einer Aufgabe eine Beteiligung (noch) erforderlich ist, die Vorbereitung der Gründung usw. sowie ggf. die Wahl der Rechtsform. Darüber hinaus beinhaltet das Beteiligungsmanagement u.a. auch die Erarbeitung und Änderung von Gesellschaftsverträgen, Satzungen usw., um sie geänderten kommunalpolitischen Rahmenbedingungen anzupassen.

Hinzu kommt die Überwachung der Einhaltung gesellschaftsrechtlicher, vertraglicher bzw. satzungsmäßiger Pflichten durch die Beteiligung. Zu überwachen sind beispielsweise die Einhaltung von Terminen für die Vorlage der Jahresabschlüsse oder die Einhaltung der Vorschriften bei der Bestellung von Abschlussprüfern.

Weiterer Bestandteil des Beteiligungsmanagements ist die Überwachung des Geschäftsverlaufs der Beteiligung. Diese beinhaltet u.a. die Analyse der Jahresabschlüsse, Geschäftsberichte und Wirtschaftspläne sowie weiterer Berichte und Unterlagen der Beteiligung. Ziel ist es, Fehlentwicklungen im Geschäftsverlauf der Beteiligung frühzeitig zu erkennen, um das investierte Kapital nicht zu gefährden.

Übersicht über die Beteiligungen des Rheinisch-Bergischen Kreises

Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Aktien-Gesellschaft	Kommandit-ge-sellschaft	Genossenschaft	Verbände/ Einrichtungen/ Gesellschaft bürgerlichen Rechts, AöR, Stiftungen
Rheinisch-Bergisches TechnologieZentrum GmbH 25 %	RWE AG 0,01 % (im Kämmerervermögen) 70.860 Stück Stammaktien	Radio Berg GmbH & Co. KG 12,5 %	Gemeinnütziger Bauverein Wermelskirchen e.G. 1,23 %	Bergischer Abfallwirtschaftsverband 50 %
Flughafen Köln/Bonn GmbH 0,35 %	RWE AG 1,28 % (im KWS Vermögen) 671.385 Stück Stammaktien		Energie-Genossenschaft Bergisches Land e.G. 1 Geschäftsanteil zu 500 €	Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung in Köln GbR 8,3 %
Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft mbH 32,85 %	RW-Holding AG über KWS AG 2,31 % (in KWS eingelegt) 671.385 Stück Stammaktien			Wasserversorgungsverband Rhein-Wupper 20 %
Krankenhaus Wermelskirchen GmbH 33,33 %				Zweckverband für die Kreissparkasse Köln 25 %
PBH Papierservice "Britanniahütte" gemeinnützige GmbH 2,89 %				Zweckverband Naturpark Bergisches Land 14,29 %
Regionalverkehr Köln GmbH 12,5 %				Zweckverband VRS, 11,11 %
Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH, 51 %				CVUA Rheinland 5,833 %
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH 1,68 %				Landrat-Lucas-Stiftung 100 %
Naturarena Bergisches Land GmbH, 30 %				
Das Bergische gGmbH 45 %				
wupsi GmbH 50 %				

Beteiligungsunternehmen	Anteil am Stammkapital €	Jahresergebnis Vorjahr 2014 T€	Jahresergebnis 2015 T€	Entwicklung zum Vorjahr	Entgelt/Zuschuss €	Dividende €
Bergische Abfallwirtschaftsverband	2.500.000,00	1.440	1.320	↓	0	755.868,34
CVUA	17.500,00	1.106	242	↓	495.623,20	0
Das Bergische gGmbH	11.250,00	50	-192	↓	115.000,00	0
Energie-Genossenschaft Bergisches Land e.G.	500,00	27	29	↑	510,12	10,12
Flughafen Köln/Bonn GmbH	38.000,00	3.073	5.115	↑	0	0
Gemeinnütziger Bauverein Wermelskirchen e.G.	6.560,00	96	207	↑	0	262,40
Krankenhaus Wermelskirchen GmbH	562.421,07	-61	240	↑	0	0
Naturarena Bergisches Land GmbH	7.500,00	-531	-584	↓	137.500,00	0
PBH Papierservice "Britanniahütte" gemeinnützige GmbH	2.600,00	227	300	↑	0	0
Radio Berg GmbH & Co. KG	63.911,48	549	215	↓	0	26.861,02
Regionalverkehr Köln GmbH	447.400,00	2.971	503	↓	0	0
Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft mbH	1.478.200	1.937	1.643	↓	0	100.000,00
Rheinisch-Bergische TechnologieZentrum GmbH	25.000	-110	-107	↓	50.000,00	0

Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH (RBW)	37.900	-569	-581	↓	592.000,00	0
Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung in Köln GbR	0	-233	50	↑	80.979,00	0
RWE AG		2.057	284	↓	0	59.646,41
RWE Holding AG	1.718.745,60	27.594	28.140	↑	0	0
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH	2.147,42	-247	-145	↑	3.221,00	0
Wasserversorgungsverband Rhein-Wupper	2.240.000,00	-90	-127	↑	0	0
wupsi GmbH	2.762.100,00	45	-12.946	↓	0	2000,00
Zweckverband für die Kreissparkasse Köln	0	592	592	→	0	1.557.890,69
Zweckverband Naturpark Bergisches Land	0	16.760	37.898	↑	13.200,00	0
Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg		0	5.898	↑	30.000,00	0
Landrat-Lucas-Stiftung	(1.091.173,57 €) 2.134.150 DM	1000	-1000	→	7.000,00	0

Der Pfeil stellt nur die Entwicklung des Unternehmens im Vergleich zum Vorjahr dar. Es handelt sich nicht um eine Unternehmensbewertung.

Bergischer Abfallwirtschaftsverband

1. Allgemeine Unternehmensdaten

Bergischer Abfallwirtschaftsverband
Braunswerth 1-3
51766 Engelskirchen

Telefon: 02263 / 805-0
Telefax: 02263 / 805-520

Internet: www.bavweb.de
E-Mail: mail@bavmail.de

2. Öffentlicher Zweck

Der Bergische Abfallwirtschaftsverband ist ein Abfallentsorgungsverband im Sinne des Abfallgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen und ein Zweckverband nach dem Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit. Er ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Sitz in Engelskirchen.

Der Verband hat die Aufgabe der Abfallentsorgung nach dem Landesabfallgesetz in Verbindung mit dem Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Beseitigung von Abfällen für den Rheinisch-Bergischen und Oberbergischen Kreis, soweit diese den beiden Kreisen obliegen. Hierbei sind die Abfälle in erster Linie zu vermeiden, in zweiter Linie zu verwerten und, soweit sie nicht verwertet werden, dauerhaft von der Kreislaufwirtschaft auszuschließen und zur Wahrung des Wohls der Allgemeinheit zu beseitigen.

Der Verband hat die Aufgabe, das Abfallwirtschaftskonzept gemäß des Landesabfallgesetzes sowie des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes für das Verbandsgebiet zu erstellen.

Zu seinen Aufgaben gehört die umfassende Beratung über die Möglichkeiten der Vermeidung und Verwertung von Abfällen. Die Beratung umfasst auch Abfälle, für die keine Überlassungspflicht besteht oder von der Entsorgungspflicht ausgeschlossen sind. Der Verband kann als beauftragter Dritter Aufgaben wahrnehmen, die den Mitgliedern in ihrer Eigenschaft als Untere Abfallwirtschaftsbehörde obliegen, soweit die Durchführung dieser Aufgaben dem Verband durch die Unteren Abfallwirtschaftsbehörden aufgetragen wird.

Der Verband kann im Rahmen seiner Leistungsfähigkeit von Städten und Gemeinden im Verbandsgebiet Aufgaben im Rahmen der Abfallwirtschaft bzw. Abfallentsorgung (Einsammeln und Befördern) übernehmen, wenn die Aufgabenübernahme sinnvoll erscheint, dem öffentlichen Wohl dienlich ist und den gesetzlichen Vorschriften entspricht.

3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Das Stammkapital des Verbandes beträgt 5.000.000 €

Mitglieder des Verbandes sind:

Oberbergischer Kreis, Gummersbach
Rheinisch-Bergischer Kreis, Bergisch Gladbach.

4. Organisationsstruktur

Der Verband hat folgende Organe:

- a) Verbandsvorsteher,
- b) Verbandsversammlung.

4.1 Verbandsvorsteher und Geschäftsführung

Der Verbandsvorsteher und sein Stellvertreter werden von der Verbandsversammlung aus dem Kreise der Hauptverwaltungsbeamten gewählt.

Verbandsvorsteher: Herr Jochen Hagt, Landrat Oberbergischer Kreis
(ab 20.11.2015)

Stellv. Verbandsvorsteher: Herr Dr. Hermann-Josef Tebroke,
Landrat Rheinisch-Bergischer Kreis

Der Verbandsvorsteher führt die laufenden Geschäfte. Er hat die Beschlüsse der Verbandsversammlung vorzubereiten und auszuführen. Zur Erfüllung dieser Aufgaben bedient er sich des Geschäftsführers, der für die Erfüllung der Aufgaben gegenüber dem Verbandsvorsteher verantwortlich ist. Der Geschäftsführer tritt an die Stelle des Betriebsleiters nach § 2 EigVO.

Geschäftsführerin: Frau Monika Lichtinghagen-Wirths, Engelskirchen

4.2 Verbandsversammlung

Die Verbandsversammlung besteht aus 18 Vertretern der Verbandsmitglieder. Die Kreise entsenden je 8 Vertreter aus der Mitte der Kreistage sowie als je einen weiteren Vertreter den Landrat oder einen von ihm vorgeschlagenen Beamten oder Angestellten des Kreises, für die Dauer ihrer Wahlzeit.

Die Verbandsversammlung wählt aus ihrer Mitte den Vorsitzenden; in gleicher Weise wählt sie einen Stellvertreter des Vorsitzenden.

Die Verbandsversammlung ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der vorgeschriebenen Vertreter anwesend sind. Beschlüsse der Verbandsversammlung werden mit einfacher Mehrheit der anwesenden Vertreter gefasst. Der Beschluss über die Änderung der Satzung und der Beschluss über das Abfallwirtschaftskonzept bedürfen der Zustimmung von zwei Dritteln der anwesenden Vertreter.

Die Verbandsversammlung setzte sich im Geschäftsjahr 2016 wie folgt zusammen:

Mitglieder des Oberbergischen Kreises

Herr Dr. Christian Dicksehen, Gummersbach
Herr Jürgen Marquardt, Gummersbach
Herr Reinhold Müller, Engelskirchen
Herr Ralf Oettershagen, Reichshof
Herr Axel Osterberg, Reichshof
Herr Helmut Schäfer, Engelskirchen

Frau Henrike Schreyer-Vogt, Engelskirchen
Herr Harald Langusch, Gummersbach
Herr Gerd Werner, Lindlar

Mitglieder des Rheinisch-Bergischen Kreises

Herr Martin Bosbach, Wermelskirchen
Herr Ulrich Heimann, Bergisch Gladbach
Herr Dietmar Kieweg, Bergisch Gladbach
Herr Henning Rehse, Wermelskirchen
Herr Roland Rickes, Bergisch Gladbach
Herr Robert Winkels, Bergisch Gladbach
Herr Eduard Wolf, Overath
Herr Dr. Erik Werdel, Bergisch Gladbach
Herr Dr. Klaus-Georg Wey

5. Wirtschaftliche Daten

Der Jahresabschluss weist einen Jahresüberschuss in Höhe von T€ 2.293 und einen Bilanzgewinn von 1.887 aus, der um T€ 1.746 über dem Planansatz liegt.

Die Umsätze aus der Behandlung von Abfällen haben sich im Geschäftsjahr 2016 um 3,92 % auf T€ 34.642 erhöht. Diese Erhöhung erklärt sich durch die in der 152.

Verbandsversammlung am 20.11.2015 beschlossene Erhöhung der Leistungsgebühr und durch die Mengenerhöhung im Bereich des Bioabfalls.

Im Rahmen der Kalkulation der Gebührenbedarfsberechnungen 2016 konnten aus der Überdeckung der Vorjahre T€ 2.393 entnommen werden. Hierdurch wurde der errechneter Gebührenbedarf verringert.

Die Umsätze aus der Übertragung der kommunalen Entsorgungspflicht für Burscheid, Engelskirchen, Hückeswagen, Reichshof, Leichlingen, Kürten und Radevormwald sind gegenüber dem Vorjahr um T€ 669 gestiegen. Neben den durch Neuausschreibungen gestiegenen Transportpreisen in drei Kommunen haben hier auch die Einführung der Biotonne in Radevormwald zur Erhöhung der Umsätze beigetragen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge von T€ 8.464 beinhalten insbesondere die Inanspruchnahme aus Rückstellungen für die Deponienachsorge (T€ 2.423) und die Abrechnung der Nachkalkulation der AVEA Gruppe für das Geschäftsjahr 2015 (T€ 1.587).

Durch die Umstellung der zukünftigen Preissteigerungen der Nachsorgerückstellung für die Zentraldeponie Leppe von einer dynamischen zu einer linearen Entwicklung konnte einmalig eine Auflösung der Rückstellung von T€ 1.426 vorgenommen werden.

Des Weiteren werden sonstige Erlöse in Höhe € 3.028 ausgewiesen, die sich im Wesentlichen aus der Weitergabe von entstandenen Aufwendungen (T€ 919) und aus Zuschüssen für das Projekt „Haus der kleinen Forscher“ (T€ 107) und aus der Sammlung und Vermarktung von Altkleidern (T€ 502) zusammensetzt.

Korrespondierende Aufwandspositionen in gleicher Höhe werden unter dem Materialaufwand, der Abschreibung, dem Personalaufwand und den sonstigen betrieblichen Aufwendungen dargestellt.

Für 2016 ergibt sich gemäß § 6 KAG eine Überdeckung in Höhe von T€ 4.902, die spätestens in der Gebührenkalkulation für das Jahr 2020 gebührenmindernd verrechnet werden muss. Das Sachanlagevermögen und die immateriellen Vermögensgegenstände haben sich im Geschäftsjahr 2016 um T€ 1.261 verringert.

Bilanz

Aktiva	31.12.2016 T€	31.12.2015	31.12.2014
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	48	103	183
II. Sachanlagen	23.108	24.315	24.912
III. Finanzanlagen	62.979	61.792	68.859
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	83	151	72
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	14.002	11.631	9.708
III. Wertpapiere			
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	20.063	22.289	15.144
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	120.283	120.281	118.878

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Stammkapital	5.000	5.000	5.000
II. Allgemeine Rücklage	4.000	4.000	4.000
III. Zweckgebundene Rücklage	7.924	7.248	7.439
IV. Bilanzgewinn	1.887	1.824	
B. Sonderposten für Zuwendungen	7.474	8.628	7.902
C. Rückstellungen	83.160	86.335	85.320
D. Verbindlichkeiten	10.838	7.288	7.393
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	120.283	120.281	118.878

Gewinn- und Verlustrechnung

	2016 T€	2015 T€	2014 T€
Umsatzerlöse	47.306	49.697	45.639
andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	109
sonstige betriebliche Erträge	8.464	7.235	7.465
Materialaufwand	47.378	47.413	44.516
Personalaufwand	3.410	2.995	2.826
Abschreibungen	1.409	1.451	1.495
sonstige betriebliche Aufwendungen	3.893	3.958	3.831
Erträge aus Beteiligungen	1.600	1.900	1.900
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	1.006	975	972
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	363	435	589
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	47	2.980	2.535
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	299	116	25
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.302	1.445	1.471
Sonstige Steuern	9	9	6
Jahresüberschuss	2.293	1.320	1.440
Zugang aus zweckgebundener Rücklage	0	461	383
Bilanzgewinn	1.887	1.781	1.823

Kennzahlen

	Angaben in	2016	2015	2014
Eigenkapitalquote:	%	15,64	14,99	15,36
Umsatzrentabilität:	%	3,99	3,59	4,0
Cash-flow aus lfd. Geschäftstätigkeit:	€	1.459	- 323	2.323
Ausschüttung an Gesellschafter:	T€	1.512	1.512	1.554

6. Beschäftigte

Die Anzahl der Mitarbeiter betrug im Jahresdurchschnitt:

Personal	2016	2015	2014
Gewerbliche Arbeitnehmer und Angestellte	48,0	45,39	44,8

Der Verband zahlte im Geschäftsjahr 2016 insgesamt 2.817.456,12 € an Löhne und Gehälter sowie 593.249,97 T€ an soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung und für Unterstützung.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Zur Deckung des Finanzbedarfs erhebt der Verband Gebühren nach den Vorschriften des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen. Soweit diese Einnahmen nicht ausreichen, kann der Verband von den Verbandsmitgliedern eine Umlage erheben, um seinen Finanzbedarf zu decken. Dies wurde bisher nicht notwendig.

Aus dem für 2016 ausgewiesenen Jahresergebnis wurde eine Ausschüttung in Höhe von 1.000.000,00 € an die Mitglieder vorgenommen. Auf den Rheinisch Bergischen Kreis entfiel ein Ausschüttungsbetrag in Höhe von 500.000,00 €. Ein Betrag von 616.975,14 € wurde auf neue Rechnung vorgetragen und würde für die Ausschüttung im nächsten Jahr zur Verfügung stehen.

8. Bewertung

In den vergangenen Jahren wurde auf der Basis der interkommunalen Kooperation eine leistungsstarke kommunale Abfallwirtschaft für das Verbandsgebiet aufgebaut, die eine autarke und umweltorientierte Abfallbehandlung auch unter wechselnden Marktbedingungen langfristig garantiert.

Als unabhängige Institution nimmt der Verband die öffentlich-rechtlichen Pflichten im Dienste der langfristigen Entsorgungssicherheit wahr. Hierzu gehören die Kalkulation der Abfallgebühren, die Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes, die Beratung und Unterstützung der Verbandsgemeinden bei ihren Entsorgungsaufgaben, die effektive Deponienachsorge in Kombination mit intelligenten Folgenutzungen, die bedarfsgerechte Bündelung kommunaler Aufgaben beim Verband sowie eine unabhängige Abfallberatung. Dabei entwickelt der Verband bereits seit Jahren Strategien und Umsetzungsrahmen für eine umfassende Ressourcenwirtschaft.

Insgesamt kann der Bergische Abfallwirtschaftsverband auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr 2016 mit positivem Ergebnis zurückblicken. Die wirtschaftliche Lage des Verbandes ist solide und das Anlagevermögen des Verbandes ist durch langfristiges Kapital gedeckt.

Auch für das Geschäftsjahr 2017 wird unter Annahme gleicher Bedingungen wie im Geschäftsjahr 2016, mit einer im Ergebnis gleichen Geschäftsentwicklung gerechnet.

Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt (CVUA) Rheinland

1. Allgemeine Unternehmensdaten

Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland, AöR
Winterstraße 19
50354 Hürth

Telefon: 02233 / 96839100
Telefax: 02233 / 96839198

E-Mail: poststelle@cvua-rheinland.de
Internet: www.cvua-rheinland.de

2. Öffentlicher Zweck

Im Regierungsbezirk Köln wurde aus dem Fachbereich Chemische Lebensmitteluntersuchung der Stadt Aachen, der Amtlichen Lebensmitteluntersuchung – Leistungszentrum optimierter Laborbetrieb der Stadt Bonn, dem Institut für Lebensmitteluntersuchungen der Stadt Köln und dem Chemischen Untersuchungsinstitut der Stadt Leverkusen eine integrierte Untersuchungsanstalt für Bereiche des Verbraucherschutzes (Untersuchungsanstalt) gebildet und als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts zum 01.01.2011 errichtet.

Die Untersuchungsanstalt führt den Namen „Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland“ (CVUA Rheinland) mit dem Zusatz „Anstalt des öffentlichen Rechts“.

Der Einzugsbereich der Untersuchungsanstalt umfasst den Regierungsbezirk Köln. Träger der Untersuchungsanstalt sind das Land NRW sowie die Städteregion Aachen, die Städte Aachen, Bonn, Köln, Leverkusen, die Kreise Düren, Euskirchen, Heinsberg, der Oberbergische Kreis, der Rheinisch-Bergische Kreis, der Rhein-Erft-Kreis und der Rhein-Sieg Kreis.

Die Untersuchungsanstalt führt für das Land NRW und für die Kommunen nach Maßgabe der gesetzlichen Regelungen Probenahmen, Untersuchungen und Kontrollen auf dem Gebiet des Lebensmittel- und Futtermittelrechts, der Tierseuchenbekämpfung, der Tiergesundheit und des Tierschutzes durch. Hierzu zählen auch Untersuchungen von kosmetischen Mitteln, Bedarfsgegenständen, Erzeugnissen der Weinwirtschaft sowie Tabakerzeugnissen. Die genannten Tätigkeiten umfassen auch die Erstellung von Gutachten, Beurteilungen und Stellungnahmen, die in diesem Zusammenhang erforderlich sind.

Die Bereiche Futtermitteluntersuchung, Tierseuchenbekämpfung, Tiergesundheit, Tierschutz und Tierarzneimittel wurden für den Regierungsbezirk Köln bis Ende 2008 im Staatlichen Veterinäruntersuchungsamt Krefeld, anschließend im Chemischen und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW) durchgeführt. In einem öffentlich-rechtlichen Vertrag zwischen dem CVUA Rheinland und dem CVUA-RRW wurde vereinbart, den bisherigen Leistungsumfang weiterhin im CVUA-RRW durchzuführen. Die Kosten werden mit dem Entgelt des Landes Nordrhein-Westfalen (NRW) für das CVUA Rheinland abgegolten.

Darüber hinaus kann der Untersuchungsanstalt die Durchführung weiterer Aufgaben durch Rechtsverordnung des Ministeriums oder entsprechenden Beschluss des Verwaltungsrates übertragen werden.

3. Kapital- und Beteiligungsverhältnisse

An dem Stammkapital der Untersuchungsanstalt in Höhe von 300.000,00 € sind beteiligt:

Gesellschafter	Stammeinlage in €	in %
Land NRW	90.000	30
Städteregion Aachen	17.500	5,833
Stadt Aachen	17.500	5,833
Stadt Bonn	17.500	5,833
Stadt Köln	17.500	5,833
Stadt Leverkusen	17.500	5,833
Kreis Düren	17.500	5,833
Kreis Euskirchen	17.500	5,833
Kreis Heinsberg	17.500	5,833
Oberbergischer Kreis	17.500	5,833
Rhein-Erft-Kreis	17.500	5,833
Rhein-Sieg-Kreis	17.500	5,833
Rheinisch-Bergischer Kreis	17.500	5,833

4. Organe der Untersuchungsanstalt

Die Untersuchungsanstalt hat folgende Organe:

- a) der Verwaltungsrat
- b) der Vorstand.

4.1 Verwaltungsrat

Der Verwaltungsrat wird aus 2 Vertreterinnen oder Vertretern des Landes NRW und jeweils einer Vertreterin oder einem Vertreter jeder Kommune gebildet.

Die Vertretung des Landes NRW hat insgesamt 5 Stimmen. Jede Vertreterin oder jeder Vertreter einer Kommune hat eine Stimme.

Den Vorsitz führt eine Vertreterin oder ein Vertreter der Kommunen. Der Vorsitz und die Stellvertretung werden vom Verwaltungsrat mit einfacher Mehrheit gewählt.

Der Verwaltungsrat überwacht u.a. die Geschäftsführung des Vorstandes sowie die Durchführung seiner Beschlüsse. Er ist beschlussfähig, wenn er ordnungsgemäß geladen worden ist und mehr als die Hälfte der Stimmen vertreten sind und die oder der Vorsitzende oder ihre oder seine Stellvertretung anwesend ist.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wurde im Verwaltungsrat im Geschäftsjahr 2016 durch Herrn Dezernent Gerald Petri vertreten. Sein Stellvertreter war Herr Dr. Thomas Mönig, Leiter des Amtes für Veterinär- und Lebensmittelüberwachung.

4.2 Vorstand

Die Untersuchungsanstalt wird vom Vorstand geleitet. Er führt die laufenden Geschäfte der Untersuchungsanstalt in eigener Verantwortung. Er ist für alle Angelegenheiten zuständig, die nicht durch Gesetz oder Satzung dem Verwaltungsrat zugewiesen sind. Er vertritt die Untersuchungsanstalt gerichtlich und außergerichtlich.

Der Vorstand besteht aus einer oder einem Vorstandsvorsitzenden und mindestens einem weiteren Vorstandsmitglied.

Der Leiter des Fachbereichs Chemische Lebensmitteluntersuchung der Stadt Aachen wurde zum Vorstandsvorsitzenden, die Leiterin des Chemischen Untersuchungsinstituts der Stadt Leverkusen zum weiteren Vorstandsmitglied bestellt.

Der Vorstand setzt sich wie folgt zusammen:

Herr Dr. Gerhard Löhr (Vorsitzender)
Frau Dagmar Pauly-Mundegar

5. Wirtschaftliche Daten

Das Geschäftsjahr 2016 wurde mit einem Überschuss in Höhe von 280.218,35 € abgeschlossen.

Die Entgelte für Untersuchungen betrugen gemäß der vom Verwaltungsrat am 15.12.2015 beschlossenen Entgeltverordnung 9.314 T€. Daneben wurden Erstattungen für Versorgungslasten in Höhe von 109 T€ und sonstige Erträge in Höhe von 21 T€ vereinnahmt.

Die Personalkosten stellten bei den Aufwendungen mit 5.207 T€ den größten Posten. Das Verhältnis der Personalaufwendungen zu den betrieblichen Aufwendungen betrug ca. 57 %. Hierbei wurde das Entgelt an die CVUA-RRW für die Durchführung seiner Leistungen in Höhe von 1.150 T€ berücksichtigt.

Große Aufwandspositionen blieben die Mieten mit 252 T€ bis zum Umzug an den neuen zentralen Standort Hürth und die Betriebskosten mit 351 T€. Das CVUA Rheinland hatte weitere jährliche Verpflichtungen, insbesondere für das Outsourcing von Dienstleistungen im Bereich der EDV in Höhe von 147 T€, der Personalverwaltung in Höhe von 33 T€, für Reparaturen und Instandhaltungen 124 T€, für Versicherungen in Höhe von 22 T€ und für Periodika (Zeitschriften, Lose-Blatt-Sammlungen), Porto, Telefon und Bürobedarf in Höhe von 22 T€.

Die Abschreibungen betrugen im Berichtsjahr 1.027 T€.

Die Bilanzsumme erhöhte sich gegenüber der Vorjahresbilanz von 22.434 T€ auf 31.254 T€. Die Veränderungen auf der Aktivseite ergaben sich im Wesentlichen aus den aktivierten Baukosten für den Neubau des Laborgebäudes in Hürth das Mitte 2016 fertiggestellt und als zentraler einheitlicher Standort bezogen wurde. Auf der Passivseite ergab sich die Bilanzveränderung im Wesentlichen aus der Zunahme der Rückstellungen und der Verbindlichkeiten.

Im Geschäftsjahr 2016 wurden 245 T€ in neue Laborgeräte und 8.736 T€ in den Neubau an Baukosten, einschließlich Nebenkosten investiert.

Bilanz

Aktiva		31.12.2016	31.12.2015 T€	31.12.2014 T€
A.	Anlagevermögen			
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	38	17	10
II.	Sachanlagen	22.089	14.085	3.692
B.	Umlaufvermögen			
I.	Vorräte	42	42	42
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	7.266	7.269	6.356
III.	Wertpapiere	0	0	0
IV.	Kassenbestand, Bankguthaben	1.762	969	5.212
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	57	51	64
Bilanzsumme		31.254	22.433	15.376

Passiva				
A.	Eigenkapital			
I.	Stammkapital	300	300	300
II.	Gewinnrücklage	4.663	4.421	3.315
III.	Bilanzgewinn	280	242	1.106
B.	Rückstellungen	12.593	12.224	10.180
C.	Verbindlichkeiten	13.418	4.867	351
D.	Rechnungsabgrenzungsposten	0	379	124
Bilanzsumme		31.254	22.433	15.376

Gewinn- und Verlustrechnung

	2016 T€	2015 T€	2014 T€
Umsatzerlöse	9.316	9.305	9.477
sonstige betriebliche Erträge	130	126	63
Materialaufwand	1.455	1.447	1.463
Personalaufwand	5.207	7.054	5.937
Abschreibungen	1.027	333	355
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.260	1.258	1.308
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	136	908	630
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	352	4	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	281	243	1.107
Sonstige Steuern	1	1	1
Jahresüberschuss	280	242	1.106
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	242	1.106	1.450
Einstellungen in Gewinnrücklagen	242	1.106	1.450
Bilanzgewinn	280	242	1.106

Kennzahlen

	Angaben in	2016	2015	2014
Eigenkapitalquote:	%	16,8	22,1	30,7
cash-flow aus lfd. Geschäftstätigkeit:	T€	- 294	3.589	2.098
EBIT:	T€	532	1.248	1.798
Anlagenintensität:	%	70,8	62,9	24,1

6. Beschäftigte

Personal	2016	2015	2014
Tariflich Beschäftigte	76	82	82
Beamte	11	13	13
Auszubildende	2	2	2

Die Personalkosten der Gesellschaft beliefen sich im Geschäftsjahr 2016 auf insgesamt 5.207.198,64 €. Davon entfielen 4.045.355,68 € auf Löhne und Gehälter sowie 1.161.842,96 € auf soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Neben seiner Beteiligung am Stammkapital in Höhe von 17.500,00 € zahlt der Rheinisch-Bergische Kreis, wie auch die anderen kommunalen Träger sowie das Land NRW, ein Entgelt für die Leistungen der Untersuchungsanstalt.

Das auf den Rheinisch-Bergischen Kreis entfallende Entgelt belief sich für das Geschäftsjahr 2016 auf insgesamt 524.548,20 €.

8. Bewertung

Das Land NRW hat im Jahre 2007 mit dem Gesetz zur Bildung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes die Ermächtigung zur Zusammenführung von kommunalen und staatlichen Untersuchungseinrichtungen geschaffen. Ziel des Gesetzes ist die Bildung effizienter, qualitativ homogener und leistungsstarker Untersuchungsämter für die Bereiche des Verbraucherschutzes in NRW. Ein von der Landesregierung in Auftrag gegebenes Gutachten sieht die optimale Zahl in maximal einer Untersuchungseinrichtung je Regierungsbezirk.

Neben diesem politischen Willen zur Gründung der integrierten Untersuchungsanstalten besteht auch die Notwendigkeit die immer komplexer und aufwendiger werdenden Untersuchungen in einer Untersuchungsanstalt zu bündeln und dadurch Synergieeffekte zu nutzen, um zukünftig für die Nutzer kostengünstig arbeiten zu können. Vor diesem Hintergrund wurde daher beschlossen, ein gemeinsames Untersuchungsamt Rheinland zu gründen.

Durch die Beteiligung am CVUA Rheinland hat der Rheinisch-Bergische Kreis zukünftig die Möglichkeit, auf die Geschäftsführung und somit auch auf die Gebührentarife und die Entgelte für den Kreis als Leistungsnehmer direkten Einfluss zu nehmen.

Für das Geschäftsjahr 2017 weist der Wirtschaftsplan einen Verlust von rd. 159 T€ aus. Das Investitionsvolumen beläuft sich voraussichtlich auf 420 T€.

Das Bergische gGmbH

1. Allgemeine Unternehmensdaten

Das Bergische gGmbH
Bergisches Haus
Friedrich-Ebert-Str. 75
51429 Bergisch Gladbach

Telefon: 02204 / 843000
Telefax: 02204 / 84 30 05

Internet: www.bergisches-wanderland.de
E-Mail: info@bergisches-wanderland.de

2. Öffentlicher Zweck

Die Gesellschaft wurde im Juli 2009 vom Oberbergischen Kreis, dem Rheinisch-Bergischen Kreis sowie dem Zweckverband Naturpark Bergisches Land gegründet. Eingetragen ist sie unter HRB 66497 im Handelsregister des Amtsgerichtes Köln. Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung des Heimatbewusstseins sowie Schutz und Ausbau der natur-, landschafts- und kulturhistorischen Besonderheiten im Zuständigkeitsbereich des Naturparks Bergisches Land.

Der Gegenstand des Unternehmens wird verwirklicht durch infrastrukturelle Verbesserungen, insbesondere durch eine Inwertsetzung und Erweiterung der vorhandenen Freizeit- und Naherholungsangebote in der bergischen Kulturlandschaft. Dabei sollen eine behutsame und bildungsorientierte Entwicklung der touristischen Angebotsstruktur und deren Bekanntmachung sowohl der Identitätsstiftung der Bevölkerung dienen als auch die Funktion des Naturparks als überregionales Erholungsgebiet stärken.

Die Gesellschaft ist berechtigt, Geschäfte aller Art zu tätigen, die dem Zweck der Gesellschaft dienen, und sämtliche Handlungen vorzunehmen, die sich unmittelbar oder mittelbar auf den Gegenstand des Unternehmens beziehen oder geeignet sind, die Unternehmungen der Gesellschaft zu fördern.

3. Kapital- und Beteiligungsverhältnisse

An dem Stammkapital der Gesellschaft in Höhe von 25.000,00 € sind beteiligt:

Gesellschafter	Stammeinlage in €	in %
Oberbergischer Kreis	11.250,00	45
Rheinisch-Bergischer Kreis	11.250,00	45
Zweckverband Naturpark Bergisches Land	2.500,00	10

4. Organe der Gesellschaft

Die Gesellschaft hat folgende Organe:

- a) die Geschäftsführung
- b) die Gesellschafterversammlung.

4.1 Geschäftsführung

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt er die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft von zwei Geschäftsführern oder von einem Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten.

Geschäftsführer der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2016 Herr Mathias Derlin.

4.2 Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterversammlungen werden von den Geschäftsführern einberufen, so oft dies im Interesse der Gesellschaft erforderlich erscheint, mindestens aber zweimal jährlich. Bei mehreren Geschäftsführern ist jeder alleine einberufungsberechtigt. Jeder Gesellschafter kann in die Gesellschafterversammlung bis zu drei Personen als ständige Mitglieder entsenden. Eine Stellvertretung ist möglich. Gesellschafterbeschlüsse werden, sofern sich nicht aus dem Gesetz oder aus dem Gesellschaftsvertrag etwas anderes ergibt, mit einfacher Mehrheit aller Stimmen gefasst. Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn von jedem Gesellschafter ein ständiges Mitglied anwesend oder vertreten ist. Andernfalls ist mit 2-wöchiger Frist eine zweite Gesellschafterversammlung einzuberufen, die ohne Rücksicht auf die Anzahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig ist. In der erneuten Einladung ist auf diese Rechtsfolge hinzuweisen. Das Stimmrecht der Gesellschafter richtet sich nach der Höhe ihrer Geschäftsanteile. Je 50,00 € des Stammkapitals gewähren eine Stimme. Jeder Gesellschafter kann die auf ihn entfallenden Stimmen nur einheitlich abgeben.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wird in der Gesellschafterversammlung durch folgende Personen vertreten:

Ordentliches Mitglied

Reudenbach, Elvira
Schäfer Lenore
Dr. Werdel, Erik

Stellvertreter

Müller, Vera
Bender, Christine
Wilhelm, Gabi

5. Wirtschaftliche Daten

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2016 einen Jahresfehlbetrag von 155,7 T€ (Vorjahr-192,7 T€) erzielt. Die Umsatzerlöse haben sich um 10,6 T€ auf 10,7 T€ erhöht und beinhalten den Infrastrukturbeitrag für das Bergische Wanderland. Diesen Erträgen steht ein Personalaufwand von 6,4 T€ gegenüber, der fast ausschließlich die Geschäftsführungsvergütung enthält.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 101,0 T€ (Vorjahr 125,0 T€) betreffen wie im Vorjahr im Wesentlichen Fremdleistungen und Fremdarbeiten von Mitarbeitern des Oberbergischen Kreises. Der Rückgang entfällt hauptsächlich auf geringere Aufwendungen für nicht abziehbare Vorsteuer (- 12,0 T€) sowie periodenfremde Aufwendungen (- 10,2 T€). Die Abschreibungen liegen mit 59,0 auf dem Niveau des Vorjahres (61,2 T€).

Das Anlagevermögen hat sich bei Investitionen von 2,9 T€ und Abschreibungen von 59,0 T€ um 56,1 T€ verringert. Die sonstigen Vermögensgegenstände betreffen ausschließlich noch ausstehende Zuwendungen für 2016.

Das Anlagevermögen ist vollständig durch Eigenkapital gedeckt. Die vollständige Deckung des kurzfristigen Fremdkapitals durch das Umlaufvermögen ist gegeben. Die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft zum Bilanzstichtag kann aufgrund der Gesellschafterzuwendungen als gut bezeichnet werden.

Bilanz

Aktiva	31.12.2016 T€	31.12.2015 T€	31.12.2014 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	79	102	127
II. Sachanlagen	97	131	166
III. Finanzanlagen	0	0	0
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0	0	0
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
II. stände	10	0	59
III. Wertpapiere		0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	142	86	6
C. Rechnungsabgrenzungsposten	7	1	1
Bilanzsumme	335	320	359

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	25	25	25
II. Kapitalrücklage	213	295	190
III. Jahresüberschuss	0	0	0
IV. Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-28	- 65	128
B. Rückstellungen	9	7	6
C. Verbindlichkeiten	116	58	10
Bilanzsumme	335	320	359

Gewinn- und Verlustrechnung

	2016 T€	2015 T€	2014 T€
Umsatzerlöse	10	0	4
sonstige betriebliche Erträge	0	1	485
Materialaufwand	0	0	0
Personalaufwand	6	7	135
Abschreibungen	59	61	60
sonstige betriebliche Aufwendungen	100	125	238
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	8
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-155	- 192	50
Sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss/-Fehlbetrag	-155	- 192	50
Entnahmen aus der Kapitalrücklage	192	0	0
Vortrag auf neue Rechnung	0	0	
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	-65	127	77
Bilanzgewinn	-28	65	128

Kennzahlen

	Angaben in	2016	2015	2014
Eigenkapitalquote:	%	63	80	95
cash-flow aus lfd. Geschäftstätigkeit:	T€	-52,2	- 67	46,4,6
EBIT:	T€	-155	- 192	58

6. Beschäftigte

Personal	2016	2015	2014
Angestellte	1	1	3

Im Geschäftsjahr 2016 beschäftigte die Gesellschaft durchschnittlich einen Mitarbeiter. Die Personalkosten der Gesellschaft beliefen sich im Geschäftsjahr 2016 auf insgesamt 6.389,46 €. Davon entfielen 4.896,00 € auf Löhne und Gehälter sowie 1.493,46 € auf soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Neben seiner Beteiligung am Stammkapital in Höhe von 11.250,00 € hat sich der Rheinisch-Bergische Kreis gem. Gesellschaftsvertrag verpflichtet, für das durch die Gesellschaft durchgeführte Projekt „Wege durch die Zeiten“ einen maximalen Zuschuss in Höhe von 210.000 € zu leisten. Die Auszahlung des Zuschusses erfolgte in drei jährlichen Raten in Höhe von jeweils 70.000 €.

Für das Geschäftsjahr 2014 hat der Zukunftsausschuss des Rheinisch-Bergischen Kreises die touristische Weiterentwicklung im Rheinisch-Bergischen Kreis beschlossen. Demnach hat die Gesellschaft in 2014 einen Betrag in Höhe von 12.000 € zur Unterhaltung der Infrastruktur im Rahmen des Wanderprojektes zur Verfügung gestellt bekommen. Dieser Zuschuss wurde mit Kreistagsbeschluss vom 11.12.2014 um 33.000 € auf insgesamt 45.000 € erhöht, der somit auch im Geschäftsjahr 2016 an die Gesellschaft ausgezahlt wurde.

8. Bewertung

Im Geschäftsjahr 2016 wurde das Wanderprojekt erfolgreich formal abgeschlossen und die Folgeaufgaben wie Wegeinstandhaltung und weitere Wegevermarktung konnten erfolgreich betrieben bzw. geregelt werden.

Die Nachfrage und die positiven Rückmeldungen der Wanderer konnten erheblich gesteigert werden und die öffentliche Meinung in der Region zu den neuen Wanderwegen hat sich stark ins Positive verändert.

Gleichzeitig konnte mit dem Projekt „alle inklusive“ wieder ein Förderprojekt vorangetrieben werden, das sofern der noch fehlende Zuwendungsbescheid ergeht und die strukturellen Voraussetzungen geschaffen werden - die kommenden Jahre der Gesellschaft bestimmen wird.

Nach Abschluss des Wanderprojekts „Bergisches Wanderland“ hat die Gesellschaft zum 01.01.2017 das Wegemanagement im Rahmen eines Übertragungsvertrags auf den Naturpark Bergisches Land übertragen. Das Marketing des Bergischen Wanderlands wurde bereits mit Abschluss des Projekts im Herbst 2014 auf die Naturarena Bergisches Land GmbH übertragen. Die das Projekt betreffenden Verpflichtungen sind damit vollständig auf Dritte übergegangen. Die Verantwortung gegenüber dem Fördergeber (bis Februar 2030) trägt weiterhin die Projektgesellschaft Das Bergische gGmbH. Im Zentrum der Tätigkeit der Projektgesellschaft steht ab dem Jahre 2017 das Förderprojekt „Alle inklusive-barrierefrei & seniorengerecht“ mit dem Ziel einer seniorengerechten und barrierefreien Tourismusentwicklung beginnend mit der Herstellung der Förderfähigkeit.

Energie-Genossenschaft Bergisches Land

1. Allgemeine Unternehmensdaten

Energie-Genossenschaft
Bergisches Land e.G.
Jan-Wellem-Straße 32
51789 Lindlar

Telefon: 02266 / 4728-466

Internet: www.egbl.de

2. Öffentlicher Zweck

Zweck der Genossenschaft ist die Förderung des Erwerbs und der Wirtschaft der Mitglieder durch gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb. Die Genossenschaft darf auch mit Nichtmitgliedern Geschäfte betreiben.

Gegenstand des Unternehmens ist:

- a) die Errichtung und Unterhaltung von Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energien, insbesondere Photovoltaikanlagen,
- b) der Absatz der gewonnenen Energie in Form von Strom, Gas und/oder Wärme,
- c) die Unterstützung und Beratung in Fragen der regenerativen Energiegewinnung, einschließlich der Information von Mitgliedern und Dritten, sowie der Öffentlichkeitsarbeit,
- d) gemeinsamer Einkauf von Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energien für Mitglieder und Dritte.

Die Gesellschaft kann Zweigniederlassungen errichten und sich an Unternehmen beteiligen.

Die Genossenschaft hat ihren Sitz in Lindlar und ist eingetragen im Registergericht des Amtsgerichtes Köln unter der Registernummer GnR 829.

3. Kapital- und Beteiligungsverhältnisse

Der Geschäftsanteil beträgt 500,00 €. Er ist sofort nach Eintragung in die Mitgliederliste voll einzuzahlen. Die Einzahlungen bilden das Geschäftsguthaben.

Das Mindestkapital der Genossenschaft, dass durch Rückzahlungen eines Auseinandersetzungsguthabens an ausgeschiedene Mitglieder oder durch Kündigung einzelner Anteile nicht unterschritten werden darf beträgt 1.500,00 €.

Der Rheinisch-Bergische Kreis hat mit Beitrittserklärung vom 27.08.2014 unter der Mitgliedsnummer 269 einen Geschäftsanteil in Höhe von 500,00 € erworben.

4. Organe der Genossenschaft

Die Genossenschaft hat folgende Organe:

- a) Vorstand
- b) Aufsichtsrat
- c) Generalversammlung.

4.1 Vorstand

Der Vorstand leitet die Genossenschaft in eigener Verantwortung und vertritt sie gerichtlich und außergerichtlich.

Der Vorstand besteht aus mindestens zwei Mitgliedern. Er wird vom Aufsichtsrat für maximal 5 Jahre bestellt und abberufen. Wiederwahl ist zulässig. Der Aufsichtsrat kann einen Vorsitzenden bestimmen.

Der Vorstand setzt sich wie folgt zusammen:

Guido Wendeler

Thomas Willmer

4.2 Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus mindestens drei Mitgliedern, die von der Generalversammlung gewählt werden.

Das Amt eines Aufsichtsratsmitglieds beginnt mit dem Schluss der Generalversammlung, die die Wahl vorgenommen hat, und endet mit dem Schluss des darauf folgenden dritten Geschäftsjahres. Wiederwahl ist zulässig.

Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden sowie einen Stellvertreter. Er ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist. Er fasst seine Beschlüsse mit Mehrheit der gültig abgegebenen Stimmen. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen werden nicht mitgerechnet. Bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt; bei Wahlen entscheidet in diesem Fall das Los.

Der Rheinisch-Bergische Kreis ist im Aufsichtsrat der Genossenschaft nicht vertreten.

4.3 Generalversammlung

Jedes Mitglied in der Generalversammlung hat eine Stimme.

Die ordentliche Generalversammlung hat innerhalb der ersten 6 Monate nach Ablauf des Geschäftsjahres stattzufinden. Außerordentliche Generalversammlungen können nach Bedarf einberufen werden. Die Generalversammlung findet am Sitz der Genossenschaft statt, sofern nicht Vorstand und Aufsichtsrat einen anderen Tagungsort festlegen.

Den Vorsitz in der Generalversammlung führt der Vorsitzende des Aufsichtsrats oder sein Stellvertreter (Versammlungsleiter). Durch Beschluss der Generalversammlung kann der Vorsitz einem anderen Mitglied der Genossenschaft, einem bevollmächtigten Vertreter eines Mitgliedsunternehmens oder einem Vertreter des gesetzlichen Prüfungsverbandes übertragen werden.

Beschlüsse der Generalversammlung bedürfen der einfachen Mehrheit der gültig abgegebenen Stimmen, soweit nicht das Gesetz oder die Satzung eine größere Mehrheit vorschreibt.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wird in der Generalversammlung durch Herrn Gerhard Wölwer vertreten.

5. Wirtschaftliche Daten

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2016 einen Jahresfehlbetrag von 155,7 T€ (Vorjahr-192,7 T€) erzielt. Die Umsatzerlöse haben sich um 10,6 T€ auf 10,7 T€ erhöht und beinhalten den Infrastrukturbeitrag für das Bergische Wanderland. Diesen Erträgen steht ein Personalaufwand von 6,4 T€ gegenüber, der fast ausschließlich die Geschäftsführungsvergütung enthält.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 101,0 T€ (Vorjahr 125,0 T€) betreffen wie im Vorjahr im Wesentlichen Fremdleistungen und Fremdarbeiten von Mitarbeitern des Oberbergischen Kreises. Der Rückgang entfällt hauptsächlich auf geringere Aufwendungen für nicht abziehbare Vorsteuer (- 12,0 T€) sowie periodenfremde Aufwendungen (- 10,2 T€). Die Abschreibungen liegen mit 59,0 auf dem Niveau des Vorjahres (61,2 T€).

Das Anlagevermögen hat sich bei Investitionen von 2,9 T€ und Abschreibungen von 59,0 T€ um 56,1 T€ verringert. Die sonstigen Vermögensgegenstände betreffen ausschließlich noch ausstehende Zuwendungen für 2016.

Das Anlagevermögen ist vollständig durch Eigenkapital gedeckt. Die vollständige Deckung des kurzfristigen Fremdkapitals durch das Umlaufvermögen ist gegeben. Die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft zum Bilanzstichtag kann aufgrund der Gesellschafterzuwendungen als gut bezeichnet werden.

Bilanz

Aktiva	31.12.2016 T€	31.12.2015 T€	31.12.2014 T€
A. Anlagevermögen			
I. Sachanlagen	772	821	870
B. Umlaufvermögen			
Forderungen und sonstige			
I. Vermögensgegenstände	10	8	26
II. Kassenbestand, Bankguthaben	200	178	157
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1	1	1
Bilanzsumme	983	1.008	1.054

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	637	608	602
II. Gewinnrücklagen	33	21	10
III. Jahresüberschuss	18	29	27
B. Rückstellungen	19	20	27
C. Verbindlichkeiten	276	330	388
Bilanzsumme	983	1.008	1.054

Gewinn- und Verlustrechnung

	2016 T€	2015 T€	2014 T€
Umsatzerlöse	106	122	127
Materialaufwand	0	0	0
Personalaufwand	3	3	3
Abschreibungen	49	49	49
sonstige betriebliche Aufwendungen	18	15	21
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	10	12	14
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	26	43	40
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	9	14	13
Jahresüberschuss	17	29	27

Kennzahlen

	Angaben in	2016	2015	2014
Eigenkapitalquote:	%	70,05	65,28	60,60
Anzahl der Mitglieder, Stand 31.12.16:	Anzahl	276	268	271
Geschäftsguthaben, Stand 31.12.16:	T€	637	608	602

6. Beschäftigte

Die Personalkosten der Gesellschaft beliefen sich im Geschäftsjahr 2016 auf insgesamt 3.160,34 €. Davon entfielen 2.400,00 € auf Löhne und Gehälter sowie 760,34 € auf soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Neben seiner Beteiligung in Form des Geschäftsanteils in Höhe von 500 €, hat der Rheinisch-Bergische Kreis für das Geschäftsjahr 2016 eine Dividendengutschrift in Höhe von 8,29 € erhalten.

Flughafen Köln/Bonn GmbH

1. Allgemeine Unternehmensdaten

Flughafen Köln/Bonn GmbH
Postfach 98 01 20
51129 Köln

Telefon: 02203 / 40-0
E-Mail: info@koeln-bonn-airport.de
Internet: www.koeln-bonn-airport.de

2. Öffentlicher Zweck

Die Gesellschaft wurde am 08.12.1950 gegründet und ist im Handelsregister des Amtsgerichtes Köln, HRB 226, eingetragen. Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft umfasst den Betrieb und den Ausbau des Verkehrsflughafens Köln/Bonn - Konrad Adenauer, einschließlich der Versorgung Dritter mit elektrischer Energie auf dem Gebiet des Flughafens sowie die Durchführung aller damit verbundenen Nebengeschäfte. Die Gesellschaft kann sich zur Förderung des Unternehmensgegenstandes auch an anderen Gesellschaften, deren Haftung beschränkt ist, beteiligen. Des Weiteren kann sie derartige Gesellschaften auch selbst errichten oder erwerben.

3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 10.821.000 €.
Es ergeben sich folgende Beteiligungsverhältnisse:

Gesellschafter	Stammeinlage in €	in %
Stadt Köln	3.367.000	31,12
Bundesrepublik Deutschland	3.348.000	30,94
Beteiligungsverwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein-Westfalen mbH (BVG)	3.348.000	30,94
Stadtwerke Bonn GmbH	656.000	6,06
Rhein-Sieg Kreis	64.000	0,59
Rheinisch-Bergischer Kreis	38.000	0,35

Mit seinem Stimmanteil von 0,35 % gehört der Rheinisch-Bergische Kreis neben der Stadt Bonn und dem Rhein-Sieg Kreis zu den „kleinen“ Gesellschaftern der Flughafen Köln/Bonn GmbH. Diese stellen im zweijährigen Wechsel ein Mitglied für den Aufsichtsrat der Flughafengesellschaft. Die Vertretung der drei "kleinen" Gesellschafter nimmt seit September 2015 für 2 Jahre Herr Marcus Kitz (Rhein-Sieg-Kreis) war. Seit März 2017 liegt die Vertretung beim Rheinisch-Bergischen Kreis, die durch Herrn Eduard Wolf wahrgenommen wird.

4. Organe

Die Flughafen Köln/Bonn GmbH hat folgende Organe:

- a) die Gesellschafterversammlung,
- b) den Aufsichtsrat,
- c) die Geschäftsführung.

4.1 Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterversammlungen finden mindestens zweimal im Kalenderjahr statt. In der Gesellschafterversammlung gewähren je 500 € Stammeinlage eine Stimme. Die Gesellschafterversammlung ist nur beschlussfähig, wenn 75 vom Hundert des Stammkapitals vertreten sind. Erweist sich eine Gesellschafterversammlung als nicht beschlussfähig, so ist innerhalb von vier Wochen mit der gleichen Frist und der gleichen Tagesordnung eine neue Versammlung einzuberufen; diese Versammlung ist ohne Rücksicht auf das vertretene Stammkapital beschlussfähig. Beschlüsse werden in der Regel mit Stimmenmehrheit gefasst. Bei Stimmengleichheit gilt der Antrag als abgelehnt. Der Rheinisch-Bergische Kreis wurde in der Gesellschafterversammlung 2015 wie folgt vertreten:

Ordentliches Mitglied
Herr Klaus-Dieter Becker

Stellvertretendes Mitglied
Herr Wolfgang Reuschenbach

4.2 Aufsichtsrat

Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, der aus fünfzehn Mitgliedern besteht. Der Aufsichtsrat setzt sich aus zehn Vertretern der Gesellschafter und fünf Vertretern der Arbeitnehmer zusammen. Den Gesellschaftern Bundesrepublik Deutschland, Beteiligungsverwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein-Westfalen mbH und Stadt Köln stehen paritätisch je drei Sitze, den übrigen Gesellschaftern zusammen ein Sitz im Aufsichtsrat zu. Die Aufsichtsratsmitglieder werden von der Gesellschafterversammlung gewählt, soweit sie nicht als Vertreter der Arbeitnehmer nach § 4 Drittelbeteiligungsgesetz zu wählen sind. Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn alle Mitglieder geladen und mehr als die Hälfte der Mitglieder, darunter der Vorsitzende des Aufsichtsrats oder einer seiner Stellvertreter, an der Beschlussfassung teilnehmen. Der Aufsichtsrat beschließt mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen, sofern nicht durch Gesetz oder Gesellschaftsvertrag ausdrücklich etwas anderes bestimmt wird. Bei Stimmengleichheit gilt der zur Beschlussfassung gestellte Antrag als abgelehnt.

Der Aufsichtsrat setzte sich wie folgt zusammen:

Prof. Kurt Bodewig, Bundesminister a.D.
Land Nordrhein-Westfalen

Vorsitzender
(seit 08.04.2016)

Sven Schwarzbach, Angestellter FKB
Arbeitnehmersvertreter

1. Stellvertretender Vorsitzender

Jochen Ott, Oberstudienrat a.D.
Stadt Köln

2. stellvertretender Vorsitzender

Dr. Martina Hinricher, Ministerialdirektorin Bundesrepublik Deutschland	3. stellvertretende Vorsitzende
Nuretdin Aydin, Oberlader FKB Arbeitnehmersvertreter	
Bernhard Braun, Angestellter FKB Arbeitnehmersvertreter	
Marcus Kitz, Bankkaufmann Rhein-Sieg-Kreis	(bis 29.03.2017)
Cornelia Krahforst, Angestellte FKB Arbeitnehmersvertreterin	
Dr. Rüdiger Messal, Staatssekretär Land Nordrhein-Westfalen	(bis 30.09.2017)
Hans-Dieter Metzen, Angestellter FKB Arbeitnehmersvertreter	
Michael von der Mühlen, Staatssekretär Land Nordrhein-Westfalen	(bis 30.09.2017)
Bernd Petelkau, Managing-Director Stadt Köln	
Jürgen Roters, Oberbürgermeister Stadt Köln	(bis 26.01.2016)
Kerstin Wambach, Regierungsdirektorin Bundesrepublik Deutschland	
Petra von Wick, Ministerialrätin Bundesrepublik Deutschland	
Kirsten Stecken, Ministerialrätin Land Nordrhein-Westfalen	(vom 20.01.2016 – 07.04.2016)
Heriette Reker, Oberbürgermeisterin Stadt Köln	(bis 01.07.2017)

4.3 Geschäftsführung

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, kann der Aufsichtsrat einen davon zum Vorsitzenden der Geschäftsführung berufen und abberufen. Die Geschäftsführer werden auf höchstens fünf Jahre bestellt. Ihre wiederholte Bestellung für jeweils weitere höchstens fünf Jahre ist zulässig. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, wird die Gesellschaft durch diesen vertreten. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten.

In der Geschäftsführung sind tätig:

Michael Garvens, Bergisch Gladbach, Vorsitzender der Geschäftsführung

Athanasios Titonis, Bonn, Geschäftsführer

5. Wirtschaftliche Daten

Im Jahr 2016 stieg am Flughafen Köln/Bonn das Passagieraufkommen deutlich auf rund 11,9 Mio. Passagieren. Mit einem Zuwachs von 15% im Vergleich zum Vorjahr lag Köln/Bonn somit deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 3,4 % (auf 223 Mio. Passagiere). Das Wachstum geht vor allem auf den starken Ausbau von Ryanair am Standort Köln/Bonn zurück. Der Low Cost Carrier hat sein Passagiervolumen gegenüber dem Vorjahr fast verdoppelt und ist mit einem Marktanteil von 20 % nun der zweitstärkste Carrier in Köln/Bonn. Daneben war die Low Cost Langstrecke ein wesentlicher Wachstumsträger.

Das Frachtvolumen lag im Jahr 2016 am Flughafen Köln/Bonn bei rund 786.00 Tonnen und konnte um 4% gesteigert werden. Es lag damit deutlich über dem erwarteten Aufkommen und konnte mit der internationalen Marktentwicklung (3,8%) und der Marktentwicklung in Deutschland (3,4%) mithalten. Insgesamt wurden in Deutschland im Jahr 2016 rund 4,58 Mio. Tonnen Luftfracht umgeschlagen. Die Zahl der Flugbewegungen stieg 2016 um 6,4% (Bundesdurchschnitt + 1,7 %) an. Das maximale Startgewicht (MTOW) erhöhte sich zeitgleich um 11%. Im liberalisierten Markt der Bodenverkehrsdienstleistungen ging der Marktanteil der Flughafengesellschaft an den Bewegungen 2016 zurück auf 66,9% (Vorjahr 67,3%). Die Entwicklung für den Gesamtmarkt 2017 schätzt die ADV positiv ein: Die Prognose für das Passagieraufkommen liegt bei 3,1% und für das Frachtaufkommen bei 2,8%.

Im Geschäftsjahr 2016 erhöhten sich die Umsatzerlöse auf 316,969 Mio. €. Dabei entfielen 200,070 Mio. € auf Flughafengebühren und Bodenverkehrsdienste, 107,835 Mio. € auf Mieten, Pachten und Versorgungsleistungen und 11,196 Mio. € auf übrige Leistungen.

Der Materialaufwand erhöhte sich um 10,7 Mio. € auf 120,5 Mio. €. Dies war im Wesentlichen verursacht durch einen Anstieg im Bereich der Aufwendungen für bezogene Leistungen (TEUR + 11.023).

Die geplanten Investitionen des Jahres 2016 in Höhe von 67 Mio. € wurden nur zu 45 % realisiert. Nicht realisierte Projekte betrafen vor allem diverse Baumaßnahmen sowohl im Tief- als auch im Hochbau und bei den Betriebsanlagen (z.B. Hangar,

Neubau Frachthalle, Verbindung Terminal 1 und 2, Fluggastbrücken, Umbau Catering Gebäude). Die Gründe dafür waren vielschichtig. Die Kapazitätsanforderungen der Airlines konnten noch mit der bestehenden Infrastruktur abgedeckt werden. Einige Projekte verzögerten sich aufgrund veränderter betrieblicher Anforderungen. Bei wiederum anderen Projekten wurde die Realisierung zeitlich nach hinten gelegt.

Bilanz

Aktiva	31.12.2016 T€	31.12.2015 T€	31.12.2014 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	16.525	16.111	13.504
II. Sachanlagen	654.087	660.164	675.215
III. Finanzanlagen	4.045	550	630
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	2.352	2.506	2.743
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	46.640	34.945	22.916
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	274	407	398
C. Rechnungsabgrenzungsposten	840	1.175	1.061
Bilanzsumme	724.763	716.021	716.778

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	10.821	10.821	10.821
II. Kapitalrücklagen	82.733	82.733	82.733
III. Gewinnrücklagen	174.279	169.164	166.091
IV. Jahresüberschuss	6.322	5.115	3.073
B. Rückstellungen	69.794	71.266	51.159
C. Verbindlichkeiten	293.037	289.202	318.150
D. Rechnungsabgrenzungsposten	2.969	3.130	2.201
E. Passive latente Steuern	84.808	84.590	82.550
Bilanzsumme	724.763	716.021	716.778

Gewinn- und Verlustrechnung

	2016 T€	2015 T€	2014 T€
Umsatzerlöse	319.101	297.442	274.294
andere aktivierte Eigenleistungen	2.285	2.293	1.958
sonstige betriebliche Erträge	4.673	6.231	3.607
Materialaufwand	120.460	109.755	84.229
Personalaufwand	120.046	117.963	115.108
Abschreibungen	34.306	34.968	36.718
sonstige betriebliche Aufwendungen	30.665	23.670	22.837
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	10	11	13
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	18	13	30
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	8.281	9.526	11.908
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	12.329	10.108	9.102
Steuern vom Ertrag	3.029	1.942	3.156
Sonstige Steuern	2.978	3.051	2.873
Jahresfehlbetrag/-überschuss	6.322	5.115	3.073

Kennzahlen

	Angaben in	2016	2015	2014
Eigenkapitalquote:	%	37,8	37,4	36,7
Investitionsquote:	%	88,1	70,8	56,5
Umsatzrentabilität:	%	2,0	1,7	1,1
Eigenkapitalrentabilität:	%	2,3	1,9	1,2
cash-flow aus lfd. Geschäftstätigkeit:	T€	38.583	57.926	61.303
Anlageinvestitionen (ohne Finanzanlagen)	T€	30.228	24.765	20.748
Flugzeugbewegungen	Anzahl	136.905	128.620	123.243
Fluggäste (inkl. Transit)	Anzahl	11.910.765	10.339.200	9.451.414
Fracht und Post (inkl. Transit)	Tonnen	786.402	757.702	754.342

6. Beschäftigte

Die Zahl der zum Ende des Geschäftsjahres beschäftigten Mitarbeiter betrug:

2016	2015	2014
1.722	1.796	1.780

Auf Vollzeitkräfte umgerechnet waren es 1.684 Beschäftigte. Die Fluktuationsquote lag 2016 bei 5,59 %.

Die Gesellschaft zahlte im Geschäftsjahr 2016 rd. 95.864 T€ an Löhne und Gehälter sowie 24.181 T€ an soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung und für Unterstützung.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Der Kreis ist entsprechend seiner Stammeinlage am Gewinn und Verlust der Flughafen Köln/Bonn GmbH beteiligt.

8. Bewertung

Zwölf Jahre nach Gründung der Flughafen Köln/Bonn GmbH beschloss der Kreistag im Februar 1961 den Beitritt des Rheinisch-Bergischen Kreises. Dieser Entscheidung gingen jahrelange kontroverse Diskussionen über den Wert und Nutzen sowie das finanzielle Risiko einer Flughafenbeteiligung voraus. Die verhältnismäßig geringe Beteiligung und ihre wertmäßige Begrenzung zeigt, dass es dem Rheinisch-Bergischen Kreis bei seinem Engagement am Flughafen weniger um die Finanzierung seines Ausbaus oder um Gewinninteressen als vielmehr um die Mitsprache bei kreisrelevanten Entscheidungen geht. Damals wie heute gilt der Leitgedanke, dass auf der Basis der Beteiligung eine Koordinierung der Interessen des Flughafens und der umliegenden örtlichen Gemeinwesen am leichtesten und sinnvollsten zu erreichen ist. Die Flughafen Köln/Bonn GmbH geht davon aus, dass die 2008 durch das Landesministerium bis zum Jahr 2030 verlängerte Betriebsgenehmigung für Nachtflüge weiterhin ihre Gültigkeit behalten wird.

Die durch die Landesregierung beabsichtigte Einführung des Nachtflugverbotes zwischen 0.00 Uhr und 5.00 Uhr für Passagierflüge lehnte der Bundesverkehrsminister ab. Somit bleibt der 24-Stunden-Betrieb weiterhin in vollem Umfang bestehen. Die Betriebsgenehmigung bis 2030 sichert sowohl der Flughafengesellschaft als auch den Flughafenutzern eine hohe Planungs- und Investitionssicherheit.

Im April 2015 trat die neue Entgeltverordnung für Passagierflüge in der Nacht in Kraft. Seitdem bezahlen Passagier-Airlines, die zwischen 22.00 Uhr und 6.00 Uhr starten oder landen deutlich mehr. Da gleichzeitig die Tagesstarife gesenkt wurden, sorgen die damit verbundenen finanziellen Anreize für eine verstärkte Verlagerung der Flugbewegungen von der Nacht in den Tag.

Da der Flughafen über ein komfortables System mit drei Start- und Landebahnen, darunter eine Interkontinentalbahn, sowie über ein großzügiges Terminal- und Frachthallenangebot verfügt, kann er jederzeit weitere Verkehrszuwächse aufnehmen. Ergänzt wird die hervorragende Infrastruktur durch das integrierte Autobahn- und Schienennetz. Ein weiterer Pluspunkt sind die äußerst günstigen klimatischen Bedingungen. So liegt der Flughafen in einer fast nebfreien und schneearmen Region. Dies begünstigt sowohl die Entwicklung des Frachtverkehrs als auch die des Passagierverkehrs, was insbesondere dem Dienstleistungs- und Produktionsgewerbe zu Gute kommt.

Der Flughafen Köln/Bonn verfügt seit Ende 2014 über einen Public Corporate Governance Kodex. Mit Hilfe dieser Regelung wird die Transparenz öffentlicher Unternehmen, zu denen der Flughafen auf Grund seiner öffentlich-rechtlichen Anteilseigner zählt, erhöht. Zudem trägt der Kodex zu einer besseren Steuerung und Kontrolle des Unternehmens bei.

Seit Oktober 2015 wird am Flughafen Köln/Bonn der Fernbusterminal betrieben. Dadurch hat sich die Anbindung von bestimmten Regionen verbessert und dem Flughafen eine deutlichere Erweiterung des Einzugsgebiets und damit die Gewinnung von neuen Kunden ermöglicht. Die Flughafengesellschaft geht von einem Jahresüberschuss von rund 3 Mio. EUR für 2017 aus. In der Folgezeit wird mit weiterem Verkehrswachstum und mit einer stabilen Ergebnisentwicklung gerechnet.

Gemeinnütziger Bauverein Wermelskirchen e.G.

1. Allgemeine Unternehmensdaten

Gemeinnütziger Bauverein Wermelskirchen e.G.
Wielstraße 22
42929 Wermelskirchen

Telefon: 02196 / 70660-7
Telefax: 02196 / 70660-88

Internet: www.bauverein-wermelskirchen.de
E-Mail: mail@bauverein-wermelskirchen.de

2. Öffentlicher Zweck

Die Genossenschaft wurde am 13.07.1950 gegründet.

Zweck der Genossenschaft ist die Förderung ihrer Mitglieder vorrangig durch eine gute, sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung (gemeinnütziger Zweck).

Die Genossenschaft kann Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen bewirtschaften, errichten, erwerben und betreuen. Sie kann alle im Bereich der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen. Hierzu gehören Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Räume für Gewerbebetriebe, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen.

Die Genossenschaft ist im Genossenschaftsregister des Amtsgerichts Köln unter der Nr. 737 eingetragen.

3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Der Genossenschaft gehören zum 31.12.2016 insgesamt 826 Mitglieder mit 2.282 Anteilen zu je 410 € an. Die Einzahlungen auf den/die Geschäftsanteil/e, vermehrt um zugeschriebene Gewinnanteile, vermindert um abgeschriebene Verlustanteile, bilden das Geschäftsguthaben des Mitgliedes. Das Geschäftskapital betrug im Berichtsjahr 930.750,00 €. Der Rheinisch-Bergische Kreis ist seit seinem Beitritt mit 16 Anteilen in Höhe von 6.560 € beteiligt.

4. Organe

Die Genossenschaft hat folgende Organe:

- a) den Vorstand,
- b) den Aufsichtsrat,
- c) die Mitgliederversammlung.

4.1 Vorstand

Der Vorstand besteht mindestens aus 3 Personen. Sie müssen Mitglieder der Genossenschaft sein.

Die Vorstandsmitglieder werden vom Aufsichtsrat auf die Dauer von 5 Jahren bestellt. Ihre Wiederwahl ist zulässig.

Der Vorstand leitet die Genossenschaft unter eigener Verantwortung. Die Genossenschaft wird vertreten durch ein Vorstandsmitglied in Gemeinschaft mit einem anderen Vorstandsmitglied oder in Gemeinschaft mit einem Prokuristen.

Der Vorstand setzt sich wie folgt zusammen:

Werner Geismann, Verbandsprüfer

Andreas Weger, Rechtsanwalt

Ulrich Mahlkow, Kommunalbeamter

(bis 29.02.2016)

Siegmond, Janetzko, Architekt

(ab 11.03.2016)

Der Rheinisch-Bergische Kreis ist im Vorstand nicht vertreten.

4.2 Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus mindestens drei Mitgliedern. Die Mitgliederversammlung kann eine höhere Zahl festsetzen. Die Mitglieder des Aufsichtsrates müssen persönlich Mitglied der Genossenschaft sein. Die Aufsichtsratsmitglieder werden von der Mitgliederversammlung für drei Jahre gewählt. Wahl bzw. Wiederwahl können nur vor Vollendung des 72. Lebensjahres erfolgen.

Der Aufsichtsrat setzt sich wie folgt zusammen:

Michael Garnich, Geschäftsführer

Vorsitzender

Rudolf Großmann, Freiformschmied

stellvertretender Vorsitzender

Sylvia Schleuß, Steuerfachgehilfin

Carmen Weber, Rentnerin

Patrick Niedermayer, Malermeister

Matthias Wirtz, Diplom-Ökonom

(ab 29.06.2016)

Der Rheinisch-Bergische Kreis ist im Aufsichtsrat nicht vertreten.

4.3 Mitgliederversammlung

In der Mitgliederversammlung hat jedes Mitglied eine Stimme. Das Mitglied soll sein Stimmrecht persönlich ausüben. Die Mitgliederversammlung wird in der Regel vom Vorsitzenden des Aufsichtsrates einberufen. Die ordentliche Mitgliederversammlung hat in den ersten sechs Monaten des Geschäftsjahres stattzufinden.

5. Wirtschaftliche Daten

Die Bilanz wies zum 31.12.2016 insgesamt einen Gewinn von 37.993,09 € aus und schloss mit einer Gesamtsumme von 18.302.521,91 €.

Die durchschnittliche Nettokaltmiete in der Genossenschaft belief sich in 2016 auf 4,76 €/qm Wohn- und Nutzfläche

Es standen zum Bilanzstichtag 2016 16 Wohnungen aufgrund von Modernisierungen und 11 Wohnungen wegen geplanten Abrisses des Doppelhauses Königsberger Str. 5/7 leer.

Es waren 36 Mieterwechsel zu verzeichnen. Hieraus und aus der Nichtrealisierung von Mietzahlungen ergaben sich Erlösausfälle in Höhe von 103.930 €.

Im Berichtsjahr 2016 wurden Modernisierungsmaßnahmen in Höhe von 1.010 T€ durchgeführt. Die Instandhaltungskosten beliefen sich auf 556 T€.

Das langfristige Eigenkapital stieg auf 11.221 T€, die Eigenkapitalquote betrug 61,3 %. Das langfristige Fremdkapital erhöhte sich insbesondere durch Darlehensvalutierungen und planmäßige Tilgungen im Saldo um 1.044 T€. Die Vermögenslage konnte als geordnet angesehen.

Bilanz

Aktiva	31.12.2016 T€	31.12.2015 T€	31.12.2014 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0
II. Sachanlagen	16.605	15.758	14.444
III. Finanzanlagen	0	0	0
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	923	881	835
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	49	30	76
III. Wertpapiere		0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	725	209	49
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	18.302	16.878	15.404

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Geschäftsguthaben	945	885	794
II. Ergebnisrücklagen	10.286	9.991	9.813
III. Bilanzgewinn	38	32	30
B. Rückstellungen	34	33	32
C. Verbindlichkeiten	6.999	5.937	4.735
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	18.302	16.878	15.404

Gewinn- und Verlustrechnung

	2016 T€	2015 T€	2014 T€
Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung	2.818	2.580	2.532
Verminderung/Erhöhung des Bestandes an unfertigen Erzeugnissen	42	46	- 60
sonstige betriebliche Erträge	48	68	64
Aufwendungen für Hausbewirtschaftung	1.435	1.449	1.499
Personalaufwand	323	324	311
Abschreibungen	484	409	366
sonstige betriebliche Aufwendungen	99	108	127
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	2
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	137	112	52
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	430	292	184
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	9	4	7
Sonstige Steuern	89	81	81
Jahresüberschuss	332	207	96
Einstellungen aus dem Jahresüberschuss in Ergebnismrücklage	294	175	66
Bilanzgewinn	38	32	30

Kennzahlen

	Angaben in	2016	2015	2014
Eigenkapitalquote:	%	61,3	64,3	68,8
Eigenkapitalrentabilität:	%	3,0	1,8	0,9
cash-flow:	T€	816	616	462
durchschnittliche Miete:	€/qm	4,76	4,61	4,58
Instandhaltungskosten:	€/qm	16,20	17,91	22,46
Fluktuationsquote:	%	6,9	8,2	8,5
Leerstandsquote (ohne geplanten Abriss)	%	3,1	1,9	1,9

6. Beschäftigte

Die Zahl der im Geschäftsjahr durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

Personal	2016	2015	2014
Vollzeit	2	2	2
Teilzeitbeschäftigte	3	3	2,75
Summe	5	5	4,75

Der Personalaufwand betrug im Berichtsjahr insgesamt 323.476,92 €. Davon entfielen auf Löhne und Gehälter 258.616,60 € und auf soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung und Unterstützung 64.860,32 €.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Die Genossenschaft schüttete in 2017 für das Geschäftsjahr 2016 eine Dividende von 4% auf das Geschäftsguthaben aus. Auf den Rheinisch-Bergischen Kreis entfielen hiervon entsprechend seiner Anteile 262,40 €.

8. Leistungen für den Kreis

Der Bauverein Wermelskirchen bewirtschaftete im Geschäftsjahr 2016 insgesamt 525 Wohnungen. Weiterhin gehören 7 Gewerbeeinheiten, 211 Garagen und 99 Stellplätze zum Bestand. Die Gesamtwohnfläche beträgt 32.664 qm.

9. Bewertung

Bei den vorhandenen Grundstücken handelt es sich ausschließlich um bereits bebaute Grundstücke. Die Schwerpunkte des Bauvereins liegen daher in der Erhaltung und Verbesserung des Bestandes, um somit eine langfristige Vermietbarkeit der Wohnungen zu erzielen.

Im Rahmen des demographischen Wandels wirbt das Land Nordrhein-Westfalen für ein möglichst langes Verbleiben älterer Menschen in der eigenen Wohnung. Solche Projekte werden auch finanziell gefördert.

Daher wurden zwei unsanierte Gebäude abgerissen und an anderer Stelle zwei altengerechte und barrierearme Häuser gebaut, die in 2015 fertiggestellt wurden. Ebenso plant der Vorstand weitere Wohngebäude abzureißen und mit barrierefreien Wohnungen zu bebauen.

Der Bauverein hat bereits alle seine Gebäude energetisch saniert (bis auf die Gebäude, die durch Neubauten ersetzt werden) und somit bietet die EnEV eine Chance bezüglich der Vermietbarkeit der Mietwohnungen. Durch steigende Energie- und Heizkosten wechseln Mieter lieber in energetisch sanierte Wohnungen. Die Mieten liegen hier im mittleren Preissegment.

Ebenso ist ein deutlicher Trend zu beobachten, dass älter werdende Menschen aus reinen Wohngebieten und Siedlungen verstärkt Wohnungen in der Nähe der Innenstadt suchen. Auch dieser Trend beschäftigt den Vorstand bei den Überlegungen zukünftig denkbarer Aktivitäten.

Krankenhaus Wermelskirchen GmbH

1. Allgemeine Unternehmensdaten

Krankenhaus Wermelskirchen GmbH
Königstraße 100
42929 Wermelskirchen

Telefon: 02196 / 980
Telefax: 02196 / 98359

Internet: www.krankenhaus-wermelskirchen.de
E-Mail: info@krankenhaus-wermelskirchen.de

2. Öffentlicher Zweck

Die „Krankenhaus Wermelskirchen Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ wurde durch notariell beurkundeten Gesellschaftsvertrag vom 20.10.1972 gegründet. Die Gesellschaft ist eingetragen unter der HRB 36239 im Handelsregister des Amtsgerichts Köln.

Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb eines allgemeinen Krankenhauses in Wermelskirchen. Ziel des Krankenhausbetriebes ist die medizinische Versorgung der Bevölkerung im Einzugsgebiet des bisherigen Krankenhauses der Stadt Wermelskirchen, insbesondere der Bevölkerung des Rheinisch-Bergischen Kreises unter Wahrung wirtschaftlicher Geschäftsführung. Die Krankenhaus Wermelskirchen GmbH ist mit 200 Planbetten und den Hauptfachabteilungen Chirurgie, Innere Medizin, Gynäkologie/Geburtshilfe, Anästhesie und Röntgen sowie den Belegabteilungen Hals, Nasen- und Ohrenkrankheiten im Krankenhausplan des Landes Nordrhein-Westfalen enthalten. Zum 31.03.2016 wurde die Abteilung für Geburtshilfe geschlossen. Weiterhin bestehen bleibt die Abteilung für Gynäkologie ab 01.04.2016 als Hauptabteilung. Das Krankenhaus wird nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz gefördert und ist als gemeinnützige Einrichtung anerkannt.

3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Das Stammkapital von 1.687.263,21 € teilt sich wie folgt auf:

Gesellschafter	Stammeinlage in €	in %
Stadt Wermelskirchen	1.124.842,14	66,67
Rheinisch-Bergischer Kreis	562.421,07	33,33

4. Organisationsstruktur

Die Gesellschaft hat folgende Organe:

- a) die Geschäftsführung,
- b) den Aufsichtsrat,
- c) die Gesellschafterversammlung.

4.1 Geschäftsführung

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer und einen oder mehrere stellvertretende Geschäftsführer. Jedem Geschäftsführer kann durch

Gesellschafterbeschluss die Befugnis erteilt werden, die Gesellschaft allein zu vertreten. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, vertritt dieser die Gesellschaft allein. Geschäftsführer der Gesellschaft ist Herr Christian Madsen (Betriebswirt), stellv. Geschäftsführer Herr Ralf Schmandt (Dipl.-Volkswirt).

4.2 Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus insgesamt 15 Vertretern. Neun Vertreter der Stadt Wermelskirchen sowie dem Bürgermeister oder einem von ihm vorgeschlagenen Beamten oder Angestellten der Stadt und vier Vertreter des Rheinisch-Bergischen Kreises sowie dem Landrat oder einem von ihm vorgeschlagenen Beamten oder Angestellten des Kreises.

Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte für die Dauer seiner Wahlzeit den Vorsitzenden sowie einen ersten und einen zweiten stellvertretenden Vorsitzenden.

Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder, darunter der Vorsitzende oder einer seiner Stellvertreter, anwesend sind. Die Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder des Aufsichtsrates gefasst, soweit nicht in dem Gesellschaftsvertrag eine andere Mehrheit vorgeschrieben ist. Bei Stimmengleichheit gilt der Antrag als abgelehnt.

Mitglieder des Aufsichtsrates sind:

Helga Loepp, freiber. Industriekauffrau	Vorsitzende
Bernhard Schulte, Rechtsanwalt	1. stellvertretender Vorsitzender
Christine Engels, Rentnerin	2. stellvertretende Vorsitzende
Rainer Bleek, Bürgermeister	
Friedel Burghoff, Versicherungskaufmann	
Markus Fischer, Dezernent	
Dagmar Keller-Bartel, Fachärztin für Allgemeinmedizin	
Monika Müller, Pensionärin	
Dr. Ralf Reetz, Ltd. Städt. Rechtsdirektor i.R.	
Thorsten Schmalt, Lehrer	
Volker Schmitz, Vermessungstechniker	
Dirk Wartmann, Selbständiger	
Petra Weber, Sekretärin	
Maurice Winter, Bankkaufmann	
Hartmut Zulauf, Pensionär	

4.3 Gesellschafterversammlung

In der Gesellschafterversammlung gewähren je 112.484,22 € eines Geschäftsanteils eine Stimme. Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit des Stammkapitals vertreten ist. Erweist sich eine Gesellschafterversammlung als beschlussunfähig, ist durch den Geschäftsführer binnen drei Wochen eine neue Gesellschafterversammlung mit derselben Tagesordnung einzuberufen. Die Gesellschafterversammlung ist in diesem Fall ohne Rücksicht auf die Zahl der vertretenen Stimmen beschlussfähig. Auf diese Folge ist in der Einladung ausdrücklich hinzuweisen. Beschlüsse werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst, soweit die Gesetze oder der Gesellschaftsvertrag nicht zwingend eine größere Mehrheit vorschreiben. Bei Stimmengleichheit findet eine nochmalige Aussprache und Abstimmung statt. Wenn auch diese Abstimmung Stimmengleichheit ergibt, gilt der Beschlussantrag als abgelehnt.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wurde in der Gesellschafterversammlung durch folgende Personen vertreten:

Ordentliches Mitglied

Allendorf, Werner
Eckl, Klaus
Klein, Hans Jürgen
Fürsich, Theodor
Witte, Gerd

Stellvertreter

Schiefer, Christopher
Thieme, Aggi
Ehren, Ursula
Franzen, Jürgen
Gewehr, Erika

5. Wirtschaftliche Daten

Das Betriebsergebnis aus der laufenden Geschäftstätigkeit konnte aufgrund der beschriebenen Leistungsentwicklung und Erhöhung des Landesbasisfallwertes gesteigert werden. Ohne die Rückstellung für die mögliche Nachzahlung von Sozialversicherungsbeiträgen für Honorarärzte wäre das Jahresergebnis mit rd. 150 T€ positiv.

Im Kerngeschäft der stationären Leistungen sind trotz Schließung der Geburtshilfe die Erlöse konstant geblieben. Die leicht gesunkene Leistungsmenge wurde durch die Erhöhung des Landesbasiswertes kompensiert. Erfreulich ist der weiterhin ungebrochene Zuspruch der Wahlleistungspatienten, wodurch hier wiederum die Umsätze gesteigert werden konnten. Der Rückgang der Erlöse aus ambulanten Leistungen liegt an einem leichten Rückgang der ambulanten OP's.

Die Personalkosten sind trotz Tarifsteigerungen konstant geblieben, da durch die Aufgabe der Geburtshilfe eine Reduzierung der Anzahl der Vollkräfte erreicht werden konnte.

Durch die Aufgabe der Geburtshilfe bei gleichzeitiger Leistungssteigerung in den chirurgischen Abteilungen wurden personalintensive Leistungen (Geburtshilfe) durch Sachkostenintensive (Implantate, OP-Bedarf etc.) ersetzt, dabei sind die Fälle insgesamt gesunken, da im DRG-System die Mutter und das Kind als jeweils 1 Fall gezählt werden. Dementsprechend sind die Kosten pro Fall und Pflegetag gestiegen. Die gesunkenen Instandhaltungsausgaben spiegeln den verantwortungsvollen Umgang mit den begrenzten finanziellen Mitteln wider.

Der Cashflow (788,8 T€) aus laufender Geschäftstätigkeit ist Teil der Kapitalflussrechnung zur Darstellung der Herkunft und Verwendung von Finanzmitteln. Dieser ist trotz der Aufgabe der Geburtshilfe weiterhin deutlich positiv.

Bilanz

Aktiva	31.12.2016 T€	31.12.2015 T€	31.12.2014 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	389	346	214
II. Sachanlagen	13.351	13.360	13.710
III. Finanzanlagen	45	20	20
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	501	565	756
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3.862	3.624	4.072
III. Wertpapiere		0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	1.364	1.509	1.043
Ausgleichsposten nach dem KHG für			
C. Eigenmittelförderung	920	920	920
D. Rechnungsabgrenzungsposten	2	6	11
Bilanzsumme	20.434	20.350	20.746

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	1.687	1.687	1.687
II. Kapitalrücklage	769	769	769
III. Gewinnrücklagen	5.676	5.436	6.254
IV. Verlustvortrag	0	0	- 757
V. Jahresfehlbetrag/-überschuss	-7	240	- 61
Sonderposten aus Zuwendungen zur			
B. Finanzierung des Anlagevermögens	7.166	6.837	7.060
C. Rückstellungen	1.849	1.612	1.767
D. Verbindlichkeiten	3.294	3.769	4.026
E. Ausgleichsposten aus Darlehensförderung	0	0	0
Bilanzsumme	20.434	20.350	20.746

Gewinn- und Verlustrechnung

	2016 T€	2015 T€	2014 T€
Erlöse aus Krankenhausleistungen	27.364	27.227	26.884
Erlöse aus Wahlleistungen	3.495	3.395	2.995
Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	1.113	1.203	1.024
Nutzungsentgelte der Ärzte	11	15	47
Umsatzerlöse nach § 277 HGB	763	595	0
Veränderung des Bestandes an unfertigen Leistungen	78	- 131	86
sonstige betriebliche Erträge	266	106	895
Personalaufwand	21.798	21.345	20.349
Materialaufwand	7.709	7.328	7.959
Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen	881	888	866
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und aufgrund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	751	754	808
Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und aufgrund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	884	894	892
Abschreibungen	1.343	1.323	1.317
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.972	2.969	3.091
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	1	2
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	23	39	42
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-7	240	- 43
Steuern	0	0	18
Jahresfehlbetrag/ -überschuss	-7	240	- 61

Kennzahlen

	Angaben in	2016	2015	2014
Stationäre Patienten:	Fallzahl	9.562	9.744	9.647
Case Mix (ohne Dialyse):	Punkte	8.154,5	8.243,8	8.314,1
Case Mix Index (ohne Dialyse):	Punkte	0,853	0,846	0,862
Pflegetage (ohne Dialyse):	Tage	51.363	53.779	54.961
Verweildauer (vollstationär):	Tage	5,37	5,52	5,7
Nutzungsgrad (vollstationär):	%	70,17	73,67	75,3

6. Beschäftigte

Die Anzahl der Mitarbeiter betrug im Jahresdurchschnitt:

Personal	2016	2015	2014
Angestellte	363	368	363
Gewerbliche Mitarbeiter	13	13	15
Krankenpflegeschüler bzw. -schülerinnen	28	29	30
Summe	404	410	408

Das Unternehmen zahlte im Geschäftsjahr 2016 insgesamt 17.578.447,77 € an Löhne und Gehälter sowie soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung und für Unterstützung in Höhe von 4.219.836,05 €.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Verflechtungen ergeben sich aus der einmaligen Kapitalbeteiligung in Höhe von 562.421,07 €. Die Stadt Wermelskirchen und der Rheinisch-Bergische Kreis übernehmen Verlustausgleichszahlungen bis zu 562.421,07 € pro Geschäftsjahr bzw. 1.687.263,21 € über 5 Jahre nach dem Verhältnis ihrer Geschäftsanteile (2/3 Stadt Wermelskirchen / 1/3 Rheinisch-Bergischer Kreis). Eine Notwendigkeit, die beiden Gesellschafter zum Verlustausgleich heranzuziehen, bestand bisher nicht.

8. Bewertung

Gegenüber dem Vorjahr konnten die Leistungszahlen nicht ganz gehalten werden und auch der Planwert aus dem Lagebericht des Vorjahres von 8.300 Punkte konnte nicht ganz erreicht werden. Berücksichtigt man aber die Schließung der Geburtshilfe im laufenden Jahr, konnte die Leistungsentwicklung insgesamt konstant gehalten werden. Da die personellen Umsetzungen durch die Schließung der Geburtshilfe schnell umgesetzt werden konnten, konnte die Belastung des Jahresergebnisses durch die fehlenden Leistungen fast vollständig kompensiert werden. Als Einmaleffekt wirkt sich die Rückstellung aus der Sozialversicherungsprüfung negativ auf das Ergebnis des Krankenhauses aus.

Unter Berücksichtigung der stabilen Entwicklung in der Inneren Medizin und der Chirurgie sowie der guten Möglichkeit einer positiven Leistungsentwicklung in der Gynäkologie sollten die zusätzlichen Belastungen durch die Tarifsteigerungen ausgeglichen werden können. Es ist deshalb im Geschäftsjahr 2017 mit einem leicht positiven Ergebnis zu rechnen.

Naturarena Bergisches Land GmbH

1. Allgemeine Unternehmensdaten

Naturarena Bergisches Land GmbH
Eichenhofstraße 31
51789 Lindlar

Telefon: 02266 / 463370
Telefax: 02266 / 4633737

Internet: www.dasbergische.de
E-Mail: info@dasbergische.de

2. Öffentlicher Zweck

Die Gesellschaft wurde am 07.06.2005 vom Oberbergischen Kreis, dem Touristik-Verband Oberbergisches Land e.V., dem Rheinisch-Bergischen Kreis sowie dem RheinBerg Tourismus e.V. gegründet. Eingetragen ist sie unter HRB 56359 im Handelsregister des Amtsgerichtes Köln.

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung des Tourismus auf den Gebieten des Oberbergischen Kreises und des Rheinisch-Bergischen Kreises. Die Gesellschaft ist berechtigt, Geschäfte aller Art zu tätigen, die dem Zweck der Gesellschaft dienen, sämtliche Handlungen vorzunehmen, die sich unmittelbar oder mittelbar auf den Gegenstand des Unternehmens beziehen oder geeignet sind, die Unternehmungen der Gesellschaft zu fördern. Zur Erzielung dieser Geschäftszwecke kann sich die Gesellschaft an anderen Unternehmen mit gleichem oder ähnlichem Unternehmensgegenstand beteiligen, solche erwerben oder veräußern.

3. Kapital- und Beteiligungsverhältnisse

An dem Stammkapital der Gesellschaft in Höhe von 25.000,00 € sind beteiligt:

Gesellschafter	Stammeinlage in €	in %
Naturarena Bergisches Land e.V.	10.000,00	40
Oberbergischer Kreis	7.500,00	30
Rheinisch-Bergischer Kreis	7.500,00	30

4. Organe der Gesellschaft

Die Gesellschaft hat folgende Organe:

- a) die Geschäftsführung
- b) die Gesellschafterversammlung.

4.1 Geschäftsführung

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt er die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft von zwei Geschäftsführern oder von einem Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten.

Geschäftsführer der Gesellschaft ist Herr Mathias Derlin.

4.2 Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterversammlungen werden von der Geschäftsführung einberufen, so oft dies im Interesse der Gesellschaft erforderlich erscheint, mindestens aber zweimal jährlich. Jeder Gesellschafter kann in die Gesellschafterversammlung bis zu drei Personen als ständige Mitglieder entsenden. Eine Stellvertretung ist möglich. Gesellschafterbeschlüsse werden, sofern sich nicht aus dem Gesetz oder aus dem Gesellschaftsvertrag etwas anderes ergibt, mit einfacher Mehrheit aller Stimmen gefasst. Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn von jedem Gesellschafter ein ständiges Mitglied anwesend oder vertreten ist. Andernfalls ist mit 2-wöchiger Frist eine zweite Gesellschafterversammlung einzuberufen, die ohne Rücksicht auf die Anzahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig ist. In der erneuten Einladung ist auf diese Rechtsfolge hinzuweisen. Das Stimmrecht der Gesellschafter richtet sich nach der Höhe ihrer Geschäftsanteile. Je 50,00 € des Stammkapitals gewähren eine Stimme. Jeder Gesellschafter kann die auf ihn entfallenden Stimmen nur einheitlich abgeben.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wurde in der Gesellschafterversammlung durch folgende Personen vertreten:

Ordentliches Mitglied

Müller, Vera
Schäfer, Lenore
Dr. Werdel, Erik

Stellvertreter

Reudenbach, Elvira
Bender, Christine
Dr. Tebroke, Hermann-Josef

5. Wirtschaftliche Daten

Das Geschäftsjahr 2016 schloss mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 831 T€. Die Betriebsleistung betrugen 180,4 T€. Das Anlagevermögen verringerte sich bei Investitionen um -47,2 T€. Die Eigenkapitalquote lag bei 63,6 %.

Das Anlagevermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr um knapp 30 T€ erhöht. Hier sind insbesondere Investitionen für die Neugestaltung der Website von rd. 19 T€ zu nennen. Daneben wurden im Rahmen des Büroumzuges Investitionen von rd. 27. T€ in die Betriebs- und Geschäftsausstattung getätigt.

Das Geschäftsjahr 2016 begann für die Naturarena erneut mit einer Reihe von Messeauftritten in den Niederlanden, dem Rheinland und Ruhrgebiet, sowie auf der Internationalen Tourismusbörse (ITB) in Berlin.

Mit Informationsständen in NRW und auf Veranstaltungen in der eigenen Region (Infostände) wurden während des Sommerhalbjahres potenzielle Tagesreisende und Kurzurlauber direkt angesprochen.

Neu war ab Mai 2016 die regelmäßige Durchführung von Infoständen bei touristischen Zielen wie Panarbora, dem Affen- und Vogelpark und dem Freilichtmuseum Lindlar. Im Herbst präsentierte sich die Naturarena drei Tage lang auf Deutschlands wichtigster Wandermesse „TourNatur“ in Düsseldorf sowie auf mehreren weiteren Veranstaltungen. Insgesamt war die Naturarena 2016 mit 88 Ausstellertagen extern präsent. Sowohl auf den Messen als auch bei einigen Veranstaltungen schlossen sich

verschiedene Kommunen an, andere Partner unterstützten die Naturarena mit publikumswirksamen Aktionen am Stand.

Im Verlauf des Jahres wurden von der Naturarena etliche Anzeigen bzw. redaktionelle Beiträge in Fachpublikationen (z.B. Wandermagazin) geschaltet.

Ganzjährig wurde monatlich der Email-Newsletter der Naturarena veröffentlicht. Daneben wurden über das gesamte Jahr etliche Presseinformationen herausgegeben sowie Zeitungs- und Radiointerviews durchgeführt. Außerdem unterstützte die Gesellschaft verschiedene Partner auf Presseterminen bei der Vorstellung neuer Projekte und touristischer Angebote. Das Internetportal wurde ständig aktualisiert und mit weiteren Inhalten angereichert.

Bilanz

Aktiva	31.12.2016 T€	31.12.2015 T€	31.12.2014 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	33	21	6
II. Sachanlagen	25	8	4
III. Finanzanlagen			
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	58	65	42
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	54	54	41
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	303	394	247
C. Rechnungsabgrenzungsposten	6	8	8
Bilanzsumme	479	550	348

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	25	25	25
II. Kapitalrücklage	280	400	266
III. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0	0	0
IV. Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0
B. Rückstellungen	47	26	17
C. Verbindlichkeiten	127	99	40
Bilanzsumme	479	550	348

Gewinn- und Verlustrechnung

	2016 T€	2015 T€	2014 T€
Umsatzerlöse	164	196	94
sonstige betriebliche Erträge	16	82	65
Materialaufwand	21	13	13
Personalaufwand	514	453	364
Abschreibungen	16	10	13
sonstige betriebliche Aufwendungen	458	385	299
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-830	- 583	- 530
Sonstige Steuern	7	1	1
Jahresfehlbetrag	-831	- 584	- 531
Entnahmen aus der Kapitalrücklage	831	584	531
Bilanzgewinn	0	0	0

Kennzahlen

	Angaben in	2016	2015	2014
Eigenkapitalquote:	%	63,6	77,2	83,4
cash-flow aus lfd. Geschäftstätigkeit:	T€	-757,3	- 541,4	- 507,7
cash-flow aus der Investitionstätigkeit	T€	-47,2	- 28,5	- 8,4
EBIT:	T€	-831,4	- 584,0	- 531,2

6. Beschäftigte

Personal	2016	2015	2014
Angestellte	13	12	7
davon Auszubildende	0	2	0

Die Gesellschafter Rheinisch-Bergischer Kreis und Oberbergischer Kreis haben sich gemäß Gesellschaftsvertrag zu einer unentgeltlichen Personalgestellung in einem für die Erfüllung der Aufgaben der Gesellschaft erforderlichen Umfang verpflichtet. Im Geschäftsjahr 2016 beschäftigte die Gesellschaft durchschnittlich 13 Mitarbeiter. Da der Rheinisch-Bergische Kreis seiner Personalgestellungsverpflichtung bisher nicht nachkommen konnte, werden der Naturarena Bergisches Land GmbH ersatzweise die Personalkosten für die Anstellung externer Mitarbeiter durch den Rheinisch-Bergischen Kreis erstattet. Der Erstattungsbetrag belief sich im Geschäftsjahr 2016 auf insgesamt 198.500,00 €.

Die um 61,3 T€ erhöhten Personalkosten resultieren im Wesentlichen aus einem erweiterten Personalstamm, allgemeinen Gehaltssteigerungen sowie aus gestiegenen Aushilfslöhnen von 8,9 T€ (Vj. 1,7 T€)

Die Personalkosten der Gesellschaft beliefen sich im Geschäftsjahr 2016 auf insgesamt 453.113,60 €. Davon entfielen 424.753,40 € auf Löhne und Gehälter sowie 89.612,07 € auf soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Neben seiner Beteiligung am Stammkapital in Höhe von 7.500,00 € hat sich der Rheinisch-Bergische Kreis gem. Gesellschaftsvertrag verpflichtet, einen jährlichen Mindestzuschuss in Höhe von 84.300,00 € zu leisten. Darüber hinaus haben sich die Gesellschafter Rheinisch-Bergischer Kreis und Oberbergischer Kreis vertraglich verpflichtet, die jährlichen Geschäftsführerkosten zu übernehmen. Für das Geschäftsjahr 2016 entfiel auf den Rheinisch-Bergischen Kreis ein Kostenanteil in Höhe von 53.200,00 €.

8. Bewertung

Das Jahr 2016 war erneut ein erfolgreiches Geschäftsjahr für die Gesellschaft. Die Nachfrage wurde weiter gesteigert (besonders online), was in erster Linie den neuen Wanderwegen und der Positionierung als TOP-Wanderregion zuzuschreiben ist.

Die Naturarena wird sowohl innerhalb als auch außerhalb der eigenen Gebietskulisse als kompetente, touristische Organisation wahrgenommen. Immer wieder werden Aufgaben und Kooperationswünsche an die Gesellschaft herangetragen, die mit dem verfügbaren Personal und Etat leider nicht alle umsetzbar sind.

Durch neue Arbeitskreise mit 21 Kommunen wurde in 2016 auch die Zusammenarbeit auf dieser Ebene gestärkt.

Bei seit Jahren fast gleichbleibendem Personaleinsatz sind die Grenzen der Aktivitätssteigerung jedoch weitgehend erreicht und neue Entwicklungen und Projekte kaum umsetzbar.

Die wirtschaftliche Basis der Gesellschaft ist stabil, und das Image und das Standing der Naturarena bzw. der Marke „Das Bergische“ entwickelten sich stetig positiv weiter. Der generelle Ausblick für die nächsten 2 Jahre legt eine deutlich positive Entwicklung der Gesellschaft nahe. Das touristische „Leuchtturmprojekt“ der Wanderwege wird eine verstärkte Aufmerksamkeit auf den Tourismus der gesamten Region lenken. Weitere herausragende Tourismusprojekte wie „Panarbora“, das „neue“ Schloss Homburg und der „Bergische Panoramaradweg“ haben ihren Betrieb aufgenommen und werden der Region einen weiteren großen Schub bringen. In Kürze eröffnet in Lindlar eine große Kletterhalle, die dann auch dieses Thema in unserer Region abdeckt. Die stetig steigende Nachfrage stellt eine strukturelle Herausforderung für die Gesellschaft dar. Die hieraus zu erwartende steigende Nachfrage muss strukturell durch den Ausbau der Gesellschaft aufgefangen werden.

Finanzielle Spielräume der Naturarena sind durch eine Rücklagenbildung der Vorjahre für 2017 noch ausreichend vorhanden.

PBH Papierservice „Britanniahütte“ gemeinnützige GmbH

1. Allgemeine Unternehmensdaten

PBH
Papierservice "Britanniahütte" gemeinnützige GmbH
Britanniahütte 10
51469 Bergisch Gladbach

Telefon: 02202 / 95585-0
Telefax: 02202 / 95585-16

2. Öffentlicher Zweck

Die Gesellschaft wurde im Mai 1994 als Werkstatt für psychisch Behinderte von der Werkstatt für Behinderte Leverkusen/Rhein-Berg e. V. unter der Firma PBH Papierservice „Britanniahütte“ gemeinnützige GmbH gegründet. Eingetragen ist sie unter HRB 46596 im Handelsregister des Amtsgerichts Köln. Zweck der Gesellschaft ist die Errichtung, Unterhaltung und der Betrieb zweier Werkstätten, die in ihrem Endausbau bis zu 215 psychisch Kranken oder Behinderten einen Arbeitsplatz bietet. Die Werkstattplätze werden in den Arbeitsbereichen Buchbinderei, Herstellung von Geschenkartikel, Mikroverfilmung bzw. Scanning, Archivdienstleistungen sowie Büroservice aller Art geschaffen.

Mit Gründung der Gesellschaft und der Kreisbeteiligung wird im Sinne des Psychiatrieplanes die Versorgung des Kreises mit Werkstattplätzen für psychisch Behinderte gewährleistet.

3. Kapital- und Beteiligungsverhältnisse

An dem Stammkapital der Gesellschaft in Höhe von 90.000 € sind beteiligt:

Gesellschafter	Stammeinlage in €	in %
Lebenshilfe Werkstätten Leverkusen/Rhein-Berg gemeinnützige GmbH	46.400	51,56
Die Kette-Rheinisch-Bergischer Verein für Sozialtherapeutische Dienste e.V.	12.800	14,22
Sozialpsychiatrisches Zentrum Leverkusen e.V.	12.800	14,22
Alpha e.V.	12.800	14,22
Stadt Leverkusen	2.600	2,89
Rheinisch-Bergischer Kreis	2.600	2,89

Der gemeinsame Anteil aller Gesellschafter, außer dem der Lebenshilfe Werkstätten Leverkusen/Rhein-Berg gemeinnützige GmbH, darf 49 % des Stammkapitals nicht übersteigen. Der Anteil jedes einzelnen Gesellschafters, außer dem der Lebenshilfe

Werkstätten Leverkusen/Rhein-Berg gemeinnützige GmbH, ist auf höchstens 24,5 % des Stammkapitals beschränkt.

4. Organe der Gesellschaft

Die Gesellschaft hat folgende Organe:

- a) die Geschäftsführung,
- b) die Gesellschafterversammlung.

4.1 Geschäftsführung

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Sie wird, falls mehrere Geschäftsführer bestellt sind, durch zwei Geschäftsführer gemeinsam oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Ist nur ein Geschäftsführer vorhanden, vertritt er die Gesellschaft allein.

Geschäftsführer der Gesellschaft ist Herr Alexander Marasch.

4.2 Gesellschafterversammlung

In der Gesellschafterversammlung gewähren je 50,00 € eine Stimme. Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn so viele Gesellschafter anwesend oder vertreten sind, dass sie gemeinsam zwei Drittel aller vorhandenen Stimmen auf sich vereinigen, mindestens aber drei Gesellschafter. Ist dies nicht der Fall, kann eine neue Versammlung einberufen werden, die ohne Rücksicht auf die Höhe des vertretenen Stammkapitals beschlussfähig ist, sofern hierauf in der ersten Einladung hingewiesen wurde. Die Beschlüsse der Gesellschafterversammlung werden, soweit das Gesetz keine andere Mehrheit vorschreibt, mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wurde in der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2016 wie folgt vertreten:

Ordentliches Mitglied
Wöber-Servaes, Sylvia

Stellvertreter
Eckl, Klaus

5. Wirtschaftliche Daten

Das Berichtsjahr 2016 ergab ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 11.612,82 €. Dies ist gegenüber dem Vorjahr (299.610,26 €) ein Fehlbetrag in Höhe von 287.997,44 €. Festzustellen sind insbesondere die Abnahme der Umsatzerlöse 2.662.080 € (Vorjahr 2.721.950 €) um 59.870 T€. Die Zunahmen der Personalaufwand 1.321.074 € (Vorjahr 1.202.655 €) um 118.419 €. Die planmäßigen Abschreibungen wurden nach der linearen Methode ermittelt.

Die Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um rd. 28 T€. Es handelte sich hierbei um Sozialversicherungsbeiträge behinderter Mitarbeiter.

Das durchschnittlich ausgezahlte monatliche Arbeitsentgelt je behindertem Mitarbeiter im Arbeitsbereich betrug 153,02 €. Die Arbeitsentgeltspanne reichte dabei von 75 € bis 255 €.

Bilanz

Aktiva	31.12.2016 T€	31.12.2015 T€	31.12.2014 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1	4	7
II. Sachanlagen	561	174	175
III. Finanzanlagen	0	0	0
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	33	30	33
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	523	467	527
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	1.400	1.687	1.153
C. Rechnungsabgrenzungsposten	3	2	2
Bilanzsumme	2.521	2.364	1.897

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	90	90	90
II. Gewinnrücklagen	1.572	1.618	1.350
III. Bilanzgewinn/Bilanzverlust	219	185	154
B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	230	8	11
C. Rückstellungen	64	58	50
D. Verbindlichkeiten	342	405	242
E. Rechnungsabgrenzungsposten	4	0	0
Bilanzsumme	2.521	2.364	1.897

Gewinn- und Verlustrechnung

	2016 T€	2015 T€	2014 T€
Umsatzerlöse	2.662	2.713	2.529
Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-0	- 1	- 1
Zuweisungen und Zuschüsse der öff. Hand	0	948	915
sonstige betriebliche Erträge	1.013	33	27
Materialaufwand	533	38	33
Personalaufwand	1.321	1.203	1.150
Abschreibungen	75	56	65
Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen des Anlagevermögens		116	0
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.755	2.099	2.000
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	1
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	0	3	4
Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	0	116	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-11	300	227
Sonstige Steuern	0	0	0
Jahresfehlbetrag	-11	300	227
Einstellungen/Entnahmen aus Rücklagen	46	- 269	- 79
Gewinnvortrag	184	154	6
Bilanzgewinn	219	185	154

Kennzahlen

	Angaben in	2016	2015	2014
Eigenkapitalquote:	%	74,61	80,1	83,99
Durchschnittliches mtl. Arbeitsentgelt je Werkstattbeschäftigten:	€	153,02	136,96	144,07

6. Beschäftigte

Die Anzahl der zum Bilanzstichtag 31.12. beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

Personal	2016	2015	2014
Angestellte	29	23	24
Mitarbeiter	176	166	170
Summe	205	189	194

Der Personalaufwand betrug im Berichtsjahr insgesamt 1.321.074,50 €. Davon entfielen auf Löhne und Gehälter 1.031.336,36 T€ und auf soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung und für Unterstützung 289.738,14 T€.

7. Verflechtungen mit dem Kreishaushalt

Neben seiner Beteiligung am Stammkapital in Höhe von 2.600 € hat der Rheinisch-Bergische Kreis den Aufbau der Werkstatt mit einem Darlehen in Höhe von 184.065,08 € sowie einem Zuschuss von 66.467,94 € gefördert. Gem. der Ergänzungsvereinbarung vom 10.09.1999 zum Darlehensvertrag vom 15.09.1994 zahlte die PBH für das gewährte Darlehen seit 2002 eine jährliche Tilgungsleistung von je 18.406,51 € über eine Laufzeit von 10 Jahren (bis 2011). Die letzte Tilgungsrate in Höhe von 18.406,49 € wurde im Geschäftsjahr 2011 an den Rheinisch-Bergischen Kreis überwiesen, so dass das Darlehen nunmehr vollständig getilgt ist. Verlustabdeckungen sind in dem Gesellschaftsvertrag der PBH nicht vorgesehen. Eine Nachschusspflicht der Gesellschafter sieht der Gesellschaftsvertrag nicht vor.

Radio Berg GmbH & Co. KG

1. Allgemeine Unternehmensdaten

Radio Berg GmbH & Co. KG
Cliev 19
51515 Kürten

Telefon: 02207 / 7016-0
Telefax: 02207 / 7016-97

Internet: www.radioberg.de
E-Mail: sekretariat@radioberg.de

2. Öffentlicher Zweck

Das Landesrundfunkgesetz Nordrhein-Westfalen sieht ein „Zwei-Säulen-Modell“ für den Lokalfunk in privater Trägerschaft vor. Als Betriebsgesellschaft stellt die Gesellschaft neben der Veranstaltergemeinschaft (Radio Berg e.V.) die zweite Säule des privaten Lokalrundfunks dar. Die am 20. Juli 1989 gegründete Gesellschaft ist im Handelsregister des Amtsgerichts Gummersbach unter der Nr. HRA 1940 eingetragen. Gründungssitz ist Gummersbach. Der Rheinisch-Bergische Kreis beteiligte sich an der Gesellschaft im Februar 1990.

Die rundfunkrechtliche Verantwortung hat entsprechend dem Landesrundfunkgesetz Nordrhein-Westfalen die Veranstaltergemeinschaft Radio Berg e.V. Sie beschäftigt die redaktionellen Mitarbeiter/innen des Senders.

Die Aufgaben der Betriebsgesellschaft liegen im kaufmännischen und technischen Bereich. Im Einzelnen ergeben sich für sie aus dem Landesrundfunkgesetz

1. die zur Produktion und zur Verbreitung des lokalen Rundfunks erforderlichen technischen Einrichtungen zu beschaffen und der Veranstaltergemeinschaft zur Verfügung zu stellen;
2. der Veranstaltergemeinschaft die zur Wahrnehmung ihrer gesetzlichen und durch Vereinbarung bestimmten Aufgaben erforderlichen Mittel im vertraglich bestimmten Umfang zur Verfügung zu stellen;
3. für die Veranstaltergemeinschaft Produktionshilfen zur Verfügung zu stellen;
4. Hörfunkwerbung zu verbreiten.

3. Kapital- und Beteiligungsverhältnisse

Die Gesellschaft firmiert in der Rechtsform der Kommanditgesellschaft. Bei dieser Rechtsform werden - neben der vollhaftenden Komplementärin - Kommanditisten ohne Berechtigung zur Geschäftsführung aufgenommen.

Komplementärin ist die Radio Berg Gesellschaft mbH, Gummersbach, deren einziger Gesellschafter die Radio Berg GmbH & Co. KG ist.
Zur Führung der Geschäfte ist nach § 14 des Gesellschaftsvertrages die Komplementärin allein berechtigt und verpflichtet.

Das Gesellschaftskapital als Summe der Einlagen der Kommanditisten beträgt 511.291,88 €.

Es ergeben sich nun folgende Kapitalanteile:

Gesellschafter	Stammeinlage in €	in %
Rundfunk-Holding Rhein-Berg/ Oberberg GmbH & Co. KG	383.468,91	75,0
Oberbergischer Kreis	32.211,39	6,3
Stadt Gummersbach	10.737,13	2,1
Stadt Wiehl	10.225,84	2,0
Stadt Bergneustadt	4.601,63	0,9
BGW Bau-, Grundstücks- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH der Gemeinde Lindlar	4.601,63	0,9
Gemeinde Nümbrecht	1.533,87	0,3
Rheinisch-Bergischer Kreis	63.911,48	12,5

Die kommunalen Träger haben die ihnen nach Landesrundfunkgesetz Nordrhein-Westfalen eingeräumte Möglichkeit ausgeschöpft, bis 25 % der Kapital- und Stimmrechtsanteile der Betriebsgesellschaft auf sich zu vereinigen.

Die Rundfunk-Holding vertritt die Interessen des Verlags M. DuMont Schauberg, Köln, sowie der Pressefunk Düsseldorf GmbH und der J. F. Ziegler KG, Remscheid.

4. Organisationsstruktur

Die Gesellschaft hat folgende Organe:

- a) die Geschäftsführung,
- b) die Gesellschafterversammlung.

4.1 Geschäftsführung

Geschäftsführer der alleinvertretungsberechtigten Komplementärin, der Radio Berg GmbH, mit Sitz in Gummersbach, ist Herr Dietmar Henkel.

4.2 Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn die anwesenden oder gemäß Absatz 5 des Gesellschaftsvertrages vertretenen Gesellschafter mindestens die Mehrheit aller vorhandenen Stimmen vertreten. Erweist sich eine Gesellschafterversammlung als beschlussunfähig, so hat die Geschäftsführung binnen drei Wochen eine neue Gesellschafterversammlung mit der gleichen Tagesordnung einzuberufen. Diese zweite Gesellschafterversammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der vertretenen Stimmen beschlussfähig, in der Einladung ist darauf hinzuweisen. Die Beschlüsse der Gesellschafterversammlung werden mit Mehrheit aller vorhandenen Stimmen gefasst, innerhalb einer zweiten Gesellschafterversammlung

mit der Mehrheit aller vertretenen Stimmen. Das Stimmrecht bestimmt sich nach der Höhe der Kommanditeinlage. Stimmenthaltungen gelten als nicht abgegebene Stimmen.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wird in der Gesellschafterversammlung durch Herrn Kreistagsabgeordneter Diego Faßnacht vertreten.

5. Wirtschaftliche Daten

Die Radio Berg GmbH & Co. KG schloss das Berichtsjahr 2016 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 463 T€ ab und lag damit um 248 T€ über dem Vorjahresergebnis.

Die Umsatzerlöse lagen in Summe mit 2.450 T€ um 17,8 % bzw. 370 T€ höher als im Geschäftsjahr 2015. Die lokalen und regionalen Werbeerlöse, die über die HSG Hörfunk Service GmbH akquiriert wurden, konnten um 263 T€ (17,30 %) zum Vorjahr gesteigert werden. Die Vertriebsprovisionen des Mantelprogramzulieferers Radio NRW GmbH verbesserten sich um 73 T€ (13,5 %) auf 614 T€. Hierin sind die Erträge aus der Flexibilisierung der Werbezeiten mit 49 T€ enthalten.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich um 67 T€ (3,7 %). Der Kostenanstieg entfällt mit 34 T€ auf die Kosten der Veranstaltergemeinschaft. Die Umlage der HSG Hörfunk Service GmbH erhöhte sich um 179 T€ auf 618 T€ (40,7 %). Die Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2016 sehr solide. Mit einem Eigenkapital von 511 T€ lag die Eigenkapitalquote zum 31.12.2016 bei 44 %.

Bilanz

Aktiva	31.12.2016 T€	31.12.2015 T€	31.12.2014 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	2	4	6
II. Sachanlagen	52	33	23
III. Finanzanlagen	26	26	26
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte		0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.079	825	1.199
III. Wertpapiere		0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	0	0	0
C. Rechnungsabgrenzungsposten	3	4	0
Bilanzsumme	1.162	892	1.254

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Kommanditkapital	511	511	511
II. Gewinnrücklagen	0	0	0
B. Rückstellungen	66	66	64
C. Verbindlichkeiten	585	315	679
Bilanzsumme	1.162	892	1.254

Gewinn- und Verlustrechnung

	2016 T€	2015 T€	2014 T€
Umsatzerlöse	2.449	2.080	2.242
sonstige betriebliche Erträge	14	28	56
Materialaufwand	2	0	0
Personalaufwand	8	8	4
Abschreibungen	18	16	27
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.876	1.810	1.585
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	8	17	24
Steuern vom Ertrag	88	42	109
Ergebnis nach Steuern	463	215	549
Sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss	463	215	549

6. Beschäftigte

Im Berichtsjahr 2016 wurden Aushilfslöhne in Höhe von 8.142,95 € gezahlt.

7. Verflechtungen mit dem Kreishaushalt

Neben seiner Beteiligung am Stammkapital in Höhe von 63.911,48 € gewährte der Rheinisch-Bergische Kreis der Gesellschaft gem. Darlehensverträge vom 09.12.1993 und 14.01.1997 Darlehen von insgesamt 121.431,82 €. Diese wurden zwischenzeitlich vollständig von der Gesellschaft zurückgezahlt.

Der Jahresüberschuss aus dem Geschäftsjahr 2016 in Höhe von 462.619,37 € wurde an die Gesellschafter im Verhältnis ihrer Stammkapitalbeteiligung ausgeschüttet. Auf den Rheinisch-Bergischen Kreis entfiel ein Gewinnanteil in Höhe von 59.514,05 € einschließlich Zinsen in Höhe von 1.686,63 € (12,5 %).

8. Bewertung

Die Ergebnisse des Senders sind stark abhängig zum einen von den erzielten Werbeerlösen und zum anderen von den Hörer-Reichweiten als Grundlage der Vertriebsprovision von Radio NRW.

Über die Jahre sind die Werbeerlöse, die direkt für die Sender akquiriert werden, relativ stabil. Umsatzrückgänge bei regionalem Großhandel und im nationalen Geschäft konnten durch höhere lokale Erlöse aufgefangen werden.

Die für die Auszahlung der Vertriebsprovision anzusetzende Hörer-Reichweite aus den E.M.A.-Messungen im März und Juli eines Jahres können schwanken und zu Erlösrisiken führen. Über die Jahre hinweg sind jedoch größere Schwankungen eher die Ausnahme.

Für das Geschäftsjahr 2017 sieht die Geschäftsführung keine besonderen Risiken, die die Gesellschaft außerordentlich gefährden.

Regionalverkehr Köln GmbH

1. Allgemeine Unternehmensdaten

Regionalverkehr Köln GmbH
Theodor-Heuss-Ring 19-21
50668 Köln

Telefon: 0221 / 16370
Telefax: 0221 / 1637239

Internet: www.rvk.de
E-Mail: info@rvk.de

2. Öffentlicher Zweck

Gegenstand der Regionalverkehr Köln GmbH (RVK) sind die Durchführung des Personennahverkehrs und hiermit zusammenhängende Nebengeschäfte, die der Förderung des Hauptgeschäftes dienen. Die Gesellschaft kann alle Geschäfte betreiben, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind. Sie darf Zweigniederlassungen errichten und sich an Unternehmen gleicher oder verwandter Art beteiligen, solche Unternehmen gründen oder erwerben. Die Gesellschaft ist im Handelsregister des Amtsgerichts Köln unter der Nummer 7432 eingetragen.

Die Gesellschaft entstand im Jahre 1976 aus einem Zusammenschluss der Bahn- und Post-Omnibusdienste. In der Zeit von 1978 bis 1995 gehörte die RVK der Unternehmensgruppe "Vereinigte Bundesverkehrsbetriebe GmbH" (VBG) an. 1995 erwarben sieben kommunale Unternehmen und der Rheinisch-Bergische Kreis das Unternehmen zu jeweils gleichen Anteilen. Die RVK ist alleinige Anteilseignerin der Regio-Bus-Rheinland GmbH (RBR), Köln. Die RBR führt im Wesentlichen Verkehrsleistungen und Dienstleistungen im Auftrag der RVK durch.

Das Verkehrsgebiet umfasst im Rheinisch-Bergischen Kreis den südlichen Teil der Stadt Bergisch Gladbach sowie der Städte Overath und Rösrath. Außerdem werden bedeutende Verkehrsleistungen im Stadtgebiet Wermelskirchen, sowie in angrenzenden Teilen der Städte Remscheid und Solingen erbracht.

Die Verkehrsleistungen im Rheinisch-Bergischen Kreis werden von den Niederlassungen in Bergisch Gladbach (gemeinsam betrieben mit der KWS AG) und Wermelskirchen aus gefahren.

3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Der Rheinisch-Bergische Kreis hält Anteile an der RVK mit einem Nennwert von 447.400 €. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt insgesamt 3.579.200 €. Die Beteiligungsverhältnisse stellen sich wie folgt dar:

Gesellschafter	Stammeinlage in €	in %
Kölner Verkehrs-Betriebe AG, Köln	447.400	12,5
Stadtwerke Bonn Verkehrs-GmbH, Bonn	447.400	12,5
Elektrische Bahnen der Stadt Bonn und des Rhein-Sieg-Kreises - SSB - GmbH, Bonn	447.400	12,5
Kreisholding Rhein-Sieg GmbH , Siegburg	447.400	12,5
Oberbergischer Kreis , Gummersbach	89.480	2,5
Rhein-Erft-Verkehrsgesellschaft mbH, Bergheim	447.400	12,5
Kreis Euskirchen, Euskirchen	447.400	12,5
Rheinisch-Bergischer Kreis, Bergisch Gladbach	447.400	12,5
Eigene Anteile	357.920	10,0

4. Organisationsstruktur

Die Gesellschaft hat folgende Organe:

- a) die Geschäftsführung,
- b) der Aufsichtsrat,
- c) die Gesellschafterversammlung.

4.1 Geschäftsführung

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Bei nur einem Geschäftsführer wird die Gesellschaft durch diesen allein, bei mehreren Geschäftsführern durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen gesetzlich vertreten.

Die Gesellschaft wurde im Berichtsjahr 2016 durch den Geschäftsführer Eugen Puderbach gesetzlich vertreten.

4.2 Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der RVK GmbH besteht aus 12 Mitgliedern, wobei je 1 Mitglied von den 8 Gesellschaftern entsandt und 4 Mitglieder nach den Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes gewählt werden. Die Mitglieder des Aufsichtsrates werden längstens für die Zeit bis zur Beendigung der Gesellschafterversammlung bestellt, die über die Entlastung für das vierte Geschäftsjahr nach dem Beginn der

Amtszeit beschließt; hierbei wird das Geschäftsjahr, in dem die Amtszeit beginnt, nicht mitberechnet. Die Wiederbestellung ist zulässig.

Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn mindestens sieben Mitglieder, darunter der Aufsichtsratsvorsitzende oder einer seiner Stellvertreter, an der Beschlussfassung teilnehmen. Jedes Mitglied des Aufsichtsrates hat eine Stimme.

Der Aufsichtsrat setzte sich im Geschäftsjahr 2016 wie folgt zusammen:

- Günter Rosenke, Landrat Kreis Euskirchen, Weilerswist (Vorsitzender)
- Heinz Jürgen Reining, Geschäftsführer SWBV, Wachtberg (stellvertr. Vorsitzender)
- Michael Bauch, freigestellter Betriebsrat RVK, Bergheim (stellvertr. Vorsitzender)
- Björn Bourauel, Geschäftsführer SSB, Eitorf (bis 04.10.2016)
- Peter Densborn, Vorstand KVB, Wachtberg
- Andreas Frauenkron, Disponent, stellvertr. Niederlassungsleiter RVK, Hellenthal
- Hans-Jürgen Kellner, freigestellter Betriebsrat RVK (BR-Vorsitzender), Morsbach
- Hans-Jürgen Koenig, Busfahrer, Betriebsrat RVK, Bad Münstereifel
- Holger Müller, Landtagsabgeordneter NRW, Rösrath (bis 04.10.2016)
- Martin Schmitz, Geschäftsführer REVG, Pulheim
- Uwe Stranz, Dezernent OBK, Gummersbach
- Svenja Udelhoven, Kreiskämmerin, Bonn

Neu im Aufsichtsrat:

- Thorsten Schmalt, Lehrer, Kreistagsmitglied RBK, Wermelskirchen (seit 05.10.2016)
- André Seppelt, Prokurist SWBV, Bonn (seit 05.10.2016)

4.3 Gesellschafterversammlung

Je 50,00 € Geschäftsanteil gewähren eine Stimme in der Gesellschafterversammlung. Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens 2/3 des Stammkapitals vertreten sind. Erweist sich eine Gesellschafterversammlung als nicht beschlussfähig, so ist binnen zwei Wochen eine zweite Versammlung mit gleicher Tagesordnung einzuberufen und innerhalb weiterer drei Wochen abzuhalten, die ohne Rücksicht auf die Höhe des vertretenen Stammkapitals beschlussfähig ist; hierauf ist in der Einladung hinzuweisen. Eine ordentliche Gesellschafterversammlung muss in jedem Jahr innerhalb von acht Monaten nach Ende des vorangegangenen Geschäftsjahres abgehalten werden.

In der Gesellschafterversammlung der RVK wurde der Rheinisch-Bergische Kreis im Berichtsjahr durch Herrn Reinhard Haase vertreten.

5. Wirtschaftliche Daten

Die Gesamtfahrleistungen im RVK-Konzern sind im Berichtsjahr 2016 gestiegen und umfassen insgesamt 26,44 Mio. km.

Der RVK-Konzern verfügte am Ende des Berichtsjahres im Fahrzeugbestand über 319 eigene Omnibusse, mit denen 51 % der Gesamtfahrleistungen erbracht wurden. Für die weiteren 49 % der Fahrleistungen wurden durchschnittlich 335 Omnibusse von privaten Verkehrsunternehmen eingesetzt.

Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen sind im Berichtsjahr 2016 lediglich auf Ebene der Muttergesellschaft und in einem Umfang von rd. 5.664 T€ erfolgt. Auf Konzernebene ergab sich somit ebenfalls ein Investitionsvolumen in Höhe von rd. 5.664 T€. Die Investitionen betrafen überwiegend die Busbeschaffung (3.283 T€). Die Eigenkapitalquote (ohne Sonderposten) des

Konzerns beträgt unter Berücksichtigung der von den Gesellschaftern in 2016 im Rahmen der Ergebniskonsolidierung geleisteten Zahlungen 32,21 %.

Die Umsatzerlöse stiegen im RVK-Konzern um insgesamt ca. 165 T€ auf 65.462 T€, bei der Muttergesellschaft lag eine Steigerung um ca. 79 T€ auf 67.505 T€ vor.

Bilanz, RVK GmbH

Aktiva	31.12.2016 T€	31.12.2015 T€	31.12.2014 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	388	589	854
II. Sachanlagen	32.612	34.823	37.954
III. Finanzanlagen	236	239	290
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	159	186	180
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	5.812	6.596	6.723
III. Kassenbestand, Bankguthaben	11.882	12.657	16.845
C. Rechnungsabgrenzungsposten	82	102	129
Bilanzsumme	51.171	55.192	62.975

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Ausgegebenes Kapital			
1. Gezeichnetes Kapital			
I. 2. Nennwert eigene Anteile	3.579	3.579	3.579
	-358	-358	
II. Kapitalrücklage	6.594	6.258	7.886
III. Gewinnrücklagen	710	710	710
IV. Bilanzgewinn	4.337	3.872	5.686
B. Sonderposten für erhaltene Investitionszuschüsse	5.170	7.123	9.281
C. Rückstellungen	5.832	10.651	9.148
D. Verbindlichkeiten	24.750	22.884	26.182
E. Rechnungsabgrenzungsposten	557	473	503
Bilanzsumme	51.171	55.192	62.975

Gewinn- und Verlustrechnung, RVK GmbH

	2016 T€	2015 T€	2014 T€
Umsatzerlöse	67.505	67.427	66.203
sonstige betriebliche Erträge	21.016	16.201	20.449
Materialaufwand	51.168	47.833	46.503
Personalaufwand	19.733	20.136	20.638
Abschreibungen	7.198	7.154	7.852
sonstige betriebliche Aufwendungen	8.400	7.407	8.029
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3	8	21
Erträge aus Beteiligungen	0	0	3
Erträge aus Gewinnabführung	21	19	26
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	580	596	670
Ergebnis nach Steuern	1.466	529	3.010
sonstige Steuern	39	26	39
Jahresüberschuss	1.427	503	2.971

Kennzahlen, RVK GmbH

	Angaben in	2016	2015	2014
Eigenkapitalquote:	%	29	25	28
Eigenkapitalrentabilität:	%	9,6	3,6	16,6
Investitionen:	T€	5.664	3.843	1.592
Personalaufwandsquote:	%	29,23	31,2	31,2
Materialaufwandsquote:	%	75,8	74,2	70,2
Cash-flow aus lfd. Geschäftstätigkeit:	T€	1.661	6.237	7.210
Betriebsstreckenlänge:	Km	2.362	2.306	2.238
Anzahl der Fahrzeuge:	Anzahl	319	299	286

Bilanz, Konzern

Aktiva	31.12.2016 T€	31.12.2015 T€	31.12.2014 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	388	588	854
II. Sachanlagen	32.613	34.825	37.956
III. Finanzanlagen	9	12	63
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	159	186	180
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	5.841 12.268	6.609	6.740
III. Kassenbestand, Bankguthaben	12.268	13.497	17.150
C. Rechnungsabgrenzungsposten	85	108	129
Bilanzsumme	51.363	55.825	63.072

A. Eigenkapital			
I. Ausgegebenes Kapital	3.579	3.579	3.579
1. Gezeichnetes Kapital			
2. Nennwert eigene Anteile	-358	-358	
II. Kapitalrücklage	6.591	6.255	7.883
III. Gewinnrücklagen	711	711	711
IV. Bilanzgewinn	4.354	3.889	5.703
Sonderposten für erhaltene			
B. Investitionszuschüsse	5.170	7.122	9.281
C. Rückstellungen	6.606	11.276	9.523
D. Verbindlichkeiten	24.153	22.878	25.889
E. Rechnungsabgrenzungsposten	557	473	503
Bilanzsumme	51.363	55.825	63.072

Gewinn- und Verlustrechnung, Konzern

	2016 T€	2015 T€	2014 T€
Umsatzerlöse	65.461	65.297	64.063
sonstige betriebliche Erträge	21.060	16.268	20.425
Materialaufwand	34.430	33.076	32.950
Personalaufwand	34.271	32.631	31.861
Abschreibungen	7.198	7.154	7.853
sonstige betriebliche Aufwendungen	8.575	7.584	8.167
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3	8	22
Erträge aus Beteiligungen	0	0	3
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	583	599	672
Ergebnis nach Steuern	1.467	529	3.010
sonstige Steuern	40	26	39
Jahresüberschuss	1.427	503	2.971

Kennzahlen, Konzern

	Angaben in	2016	2015	2014
Eigenkapitalquote:	%	32,2	28,9	33,2
Investitionen:	T€	5.664	3.843	1.562
Materialintensität:	%	39,8	40,6	39,0
Cash-flow aus lfd. Geschäftstätigkeit:	T€	1.221	7.952	7.409
Betriebsstreckenlänge:	Km	2.362	2.306	2.201
Anzahl der Fahrzeuge:	Anzahl	319	299	286

6. Beschäftigte

Im Jahresdurchschnitt wurden folgende Mitarbeiter beschäftigt:

Personal	2016		2015		2014	
	RVK	Konzern	RVK	Konzern	RVK	Konzern
Angestellte	172	181	183	192	192	199
Arbeiter	236	613	257	590	279	590
Summe	408	794	440	782	471	789

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Neben seiner Beteiligung am Stammkapital in Höhe von 447.400 € hat der Rheinisch-Bergische Kreis im Rahmen einer sogenannten marktorientierten Direktvergabe seine Bestellentscheidung für ÖPNV-Leistungen gegenüber der RVK umgesetzt. Darüber erfolgt der Ausgleich für defizitäre Leistungen in beihilfekonformer Weise und über eine gebietskörperschaftsscharfe Abrechnung.

8. Bewertung

Die Gesamtlage für öffentliche Verkehrsunternehmen ist weiterhin dadurch geprägt, dass die Verkehrsunternehmen und ihre Eigentümer bzw. die Aufgabenträger, den geänderten gesetzlichen Rahmenbedingungen folgend Vorbereitungen für EU-rechtskonforme Beauftragungen treffen. Gleichzeitig befinden sich die Strukturen des Nahverkehrsmarktes in einem Veränderungsprozess.

Für den RVK-Konzern (RVK und RBR) soll die Entwicklung des Unternehmens zu noch kostengünstigeren Strukturen fortgesetzt und die permanente Qualitätssicherung sowie der systematische Umweltschutz als Ziel fortbestehen.

Wie in den Jahren zuvor wird die RVK angebotsverträgliche Einschnitte in das Busfahrleistungsangebot anregen, wenn und soweit durch andere, an der Nachfrage orientierte, Verkehrsangebote (Ruf- oder TaxiBus) ein öffentliches Mobilitätsangebot sichergestellt werden kann. Bei entsprechender Berücksichtigung in den Nahverkehrsplänen der Gebietskörperschaften und entsprechender Beschlusslage des jeweiligen Aufgabenträgers wird die RVK diese Angebote umsetzen.

Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft mbH

1. Allgemeine Unternehmensdaten

Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft mbH
An der Gohrsmühle 25
51465 Bergisch Gladbach

Telefon: 02202 / 95220
Telefax: 02202 / 952244

Internet: www.rbs-wohnen.de
E-Mail: info@rbs-wohnen.de

2. Öffentlicher Zweck

Nach dem zweiten Weltkrieg war Wohnraum vielerorts überaus knapp. Es galt, in sehr kurzer Zeit Häuser und Wohnungen für sehr viele Menschen bereitzustellen. Diese Situation führte im Rheinisch-Bergischen Kreis zur Gründung der Rheinisch-Bergischen Siedlungsgesellschaft am 13.05.1948. Die Gesellschaft ist im Handelsregister des Amtsgerichts Köln unter der Nr. 45523 eingetragen.

Schwerpunkt der Tätigkeit der Gesellschaft ist der soziale Wohnungsbau. Sie trägt vorrangig zu einer sicheren und sozial verantwortbaren, ökologisch ausgerichteten Wohnungsversorgung breiter Bevölkerungsschichten bei. Zu diesem Zweck errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet die Gesellschaft Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen. Neubauten sollen nur im Rheinisch-Bergischen Kreis errichtet werden. Sie kann alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaues und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen.

3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 4.500.000 €.
Die Gesellschaftsanteile gliedern sich wie folgt auf:

Gesellschafter	Stammeinlage in €	in %
Stadt Bergisch Gladbach	1.478.200	32,85
Zweckverband für die Kreissparkasse Köln	299.950	6,67
Kreissparkasse Köln	89.900	1,99
Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft mbH (eigene Anteile)	1.131.900	25,15
Gemeinde Kürten	21.850	0,49
Rheinisch-Bergischer Kreis	1.478.200	32,85

4. Organisationsstruktur

Die Gesellschaft hat folgende Organe:

- a) die Geschäftsführung,
- b) den Aufsichtsrat,
- c) die Gesellschafterversammlung.

4.1 Geschäftsführung

Die Gesellschaft hat je nach der Bestimmung des Aufsichtsrates einen oder mehrere Geschäftsführer/innen. Ist nur ein/e Geschäftsführer/in vorhanden, so vertritt diese/r die Gesellschaft allein. Die Geschäftsführung vertritt die Gesellschaft gerichtlich und außergerichtlich. Sind mehrere Geschäftsführer/innen bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer/innen gemeinschaftlich oder, falls Prokuristen vorhanden sind, durch eine/n Geschäftsführer/in gemeinschaftlich mit einem Prokuristen vertreten. Die Geschäftsführer/innen werden von der Gesellschafterversammlung bestellt. Wiederholte Bestellung ist zulässig. Die Bestellung kann vorzeitig nur aus wichtigem Grund von der Gesellschafterversammlung widerrufen werden.

Seit dem 01.10.2001 ist Frau Sabine Merschjohann, Bergisch Gladbach, alleinige Geschäftsführerin der Gesellschaft. Für die Geschäftsführung besteht seit Januar 1994 eine Geschäftsordnung.

4.2 Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht gem. § 10 des Gesellschaftsvertrages aus 11 Mitgliedern. Hiervon werden je 4 Mitglieder von der Stadt Bergisch Gladbach und dem Rheinisch-Bergischen Kreis und ein Mitglied vom Zweckverband Kreissparkasse entsandt. Darüber hinaus sind der/die Hauptverwaltungsbeamte(n) des Kreises und der Stadt Bergisch Gladbach oder von diesen zu benennende Vertreter/innen geborene Mitglieder des Aufsichtsrates.

Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter für die Dauer einer kommunalen Wahlperiode.

Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder in der Sitzung zugegen sind und mindestens fünf Mitglieder an der Beschlussfassung teilnehmen. Stimmenthaltung gilt als Nichtteilnahme an der Beschlussfassung. Der Aufsichtsrat fasst, soweit durch den Gesellschaftsvertrag nicht anders bestimmt ist, seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit. Bei Stimmgleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.

Über die Angleichung der Stammkapitalanteile der beiden Hauptgesellschafter Stadt Bergisch Gladbach und Rheinisch-Bergischer Kreis wird eine Parität bei den Stimmenanteilen und damit eine angemessene Vertretung des Rheinisch-Bergischen Kreises im Aufsichtsrat der Gesellschaft gewährleistet.

Der Aufsichtsrat setzte sich im Geschäftsjahr 2016 wie folgt zusammen:

Dr. Hermann-Josef Tebroke
Landrat Rheinisch-Bergischer Kreis

Vorsitzender

Herrn Michael Zalfen
Außendienstler

stellvertretender Vorsitzender

Frau Sarah Bähler
Veterinärhomöopathin

Herrn Udo Buschmann
Vorstandsmitglied der Kreissparkasse Köln

Herrn Volker Damm
Rentner

Frau Ursula Ehren
Produktionsassistentin

Frau Dipl.-Ing. Petra Holtzmann
Lebensmitteltechnik

Herrn Jürgen Mumdey
Stadtkämmerer

Herrn Frank Rausch
Mess- und Regeltechniker

Herrn Lutz Schade
Rechtsanwalt

Herr Dr. Klaus-Georg Wey
Leitender Regierungsschuldirektor

4.3 Gesellschafterversammlung

In der Gesellschafterversammlung, in der je 50,00 € Geschäftsanteil eine Stimme gewähren, werden Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Beschlüsse der Gesellschafterversammlung über die Abberufung von Aufsichtsratsmitgliedern und den Widerruf der Bestellung von Geschäftsführern, die Verschmelzung, Vermögensübertragung oder Umwandlung der Gesellschaft, die Änderung des Gesellschaftsvertrages, die Auflösung der Gesellschaft, die Zustimmung zur Abtretung von Geschäftsanteilen und zum Beitritt neuer Gesellschafter sowie dem Abschluss und der Änderung von Unternehmensverträgen bedürfen zu ihrer Gültigkeit einer Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen Stimmen.

Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte des Stammkapitals vertreten ist. Ist die Versammlung nicht beschlussfähig, so ist mit einem Zwischenraum von mindestens zwei höchstens vier Wochen eine neue Gesellschafterversammlung mit der gleichen Tagesordnung einzuberufen, die ohne Rücksicht auf die Höhe des vertretenden Stammkapitals beschlussfähig ist.

Die ordentliche Gesellschafterversammlung hat spätestens bis Ende August jeden Jahres in der Regel am Sitz der Gesellschaft stattzufinden.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wurde in der Gesellschafterversammlung durch folgende Personen vertreten.

Herr Klaus-Dieter Becker
Frau Monika Dinkelmann
Frau Dilara Soylu
Herr Dirk Weber

Kreistagsabgeordneter
Leiterin der Wohnungsbauförderung
Kreistagsabgeordnete
Kreistagsabgeordneter

5. Wirtschaftliche Daten

Die Gesellschaft schloss das Geschäftsjahr 2016 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 2.296.343,49 € ab.

Es wurde wie im Vorjahr eine Bruttodividende in Höhe von 8 % = 270.000 € für das Geschäftsjahr 2016 an die ausschüttungsberechtigten Gesellschafter ausgezahlt.

Im Jahre 2016 wurden 1.913 T€ an Fremdkosten für die Instandsetzung und Instandhaltung der Mietobjekte aufgewandt.

Neben der laufenden Instandhaltung wurden größere Projekte im Bereich der Fassadensanierung, der Erneuerung von Dächern, Überarbeitung von Außenanlagen, der Austausch von Heizkesseln und systematisch von Wohnungseingangstüren und ähnliches durchgeführt.

Die Gesamtausgaben für Instandhaltung einschließlich verrechneter Personal- und Sachkosten betrugen im Jahr 2016 insgesamt 2.302 T€.

Die Mieterträge betrugen 8.557 T€ und erfuhren damit eine Steigerung um knapp 1,4 %. Im Jahre 2016 wurden 157 Wohnungen gekündigt, so dass stichtagsbezogen eine Fluktuation von 8,5 Prozent zu verzeichnen war. Zum Stichtag 31.12.2016 standen 23 Wohnungen leer, davon allein renovierungs-/modernisierungsbedingt 15 Wohnungen. Zur Vorbereitung von Abrissmaßnahmen stehen vier Wohnungen seit 2015 leer. Weitere 29 Wohnungen kamen in 2016 sukzessive dazu.

Das um 851 T€ verbesserte Ergebnis aus der Hausbewirtschaftung resultierte insbesondere aus den geringeren Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen. Zudem konnten die Erträge leicht gesteigert und der Zinsaufwand für Darlehen reduziert werden.

Bilanz

Aktiva	31.12.2016 T€	31.12.2015 T€	31.12.2014 T€
A. Anlagevermögen			
Immaterielle			
I. Vermögensgegenstände	6	1	2
II. Sachanlagen	61.219	62.374	63.447
III. Finanzanlagen	0	0	0
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	3.544	3.555	3.349
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	64	84	95
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	7.867	3.572	2.316
C. Rechnungsabgrenzungsposten	16	20	19
Bilanzsumme	72.716	69.606	69.228

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	3.368	3.368	3.368
II. Kapitalrücklage	0	0	0
III. Gewinnrücklagen	19.474	18.100	16.515
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0	0	0
V. Bilanzgewinn	2.296	1.644	1.855
B. Rückstellungen	244	253	134
C. Verbindlichkeiten	47.255	46.152	47.286
D. Rechnungsabgrenzungsposten	79	89	70
Bilanzsumme	72.716	69.606	69.228

Gewinn- und Verlustrechnung

	2016 T€	2015 T€	2014 T€
Umsatzerlöse	11.949	11.713	11.606
Erhöhung/Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen	- 1	202	- 81
andere aktivierte Eigenleistungen	29	23	29
sonstige betriebliche Erträge	85	130	100
Aufwendungen für Hausbewirtschaftung	4.946	5.820	5.331
Personalaufwand	1.222	1.176	1.139
Abschreibungen	1.632	1.661	1.570
sonstige betriebliche Aufwendungen	457	400	369
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4	4	4
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	862	903	934
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.947	2.112	2.315
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	325	181	88
Sonstige Steuern	326	288	290
Jahresüberschuss	2.296	1.643	1.937
Einstellungen in Rücklagen	0	0	82
Bilanzgewinn	2.296	1.643	1.855

Kennzahlen

	Angaben in	2016	2015	2014
Eigenkapitalquote:	%	34,2	32,8	31,0
Investitionen in Sachanlagen:	T€	475	589	2.304
cash-flow:	T€	3.927	3.308	3.510
Eigenkapitalrentabilität:	%	10,4	7,9	9,0
Wohnungseinheiten:	Anzahl	1.916	1.921	1.906
Durchschnittliche Sollmiete:	€/m²/mtl.	6,03	5,98	5,87
Fluktuationsquote der Wohn- und Gewerbeeinheiten:	%	8,5	8,5	8,3
Leerstandsquote der Wohn- und Gewerbeeinheiten:	%	1,3	0,8	0,9

6. Beschäftigte

Im Geschäftsjahr 2016 wurden durchschnittlich 19 Arbeitnehmer/innen beschäftigt.

Personal/Bereiche	2016	2015	2014
Kaufmännische Angestellte	7	8	7
Kaufmännische Angestellte (Teilzeitkräfte)	4	3	3
Technische Angestellte	2	2	2
Auszubildende	0	1	2
Mitarbeiter im Regiebetrieb, Hauswarte	5	5	5
Mitarbeiter im Regiebetrieb, Hauswarte (Teilzeitkräfte)	1	1	1
Summe	19	20	20

Das Unternehmen zahlte im Geschäftsjahr 2016 insgesamt 980.302,47 € an Löhne und Gehälter sowie soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung in Höhe von 241.471,62 T€.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Die Verbindungen zum Kreishaushalt resultieren aus der o.a. Kapitalbeteiligung. Abzüglich der Kapitalertragsteuer sowie des Solidaritätsbeitrags konnte der Rheinisch-Bergische Kreis in 2017 für das Geschäftsjahr 2016 eine Dividende von rd. 100 T€ vereinnahmen.

8. Bewertung

Die Gesellschaft ergänzt das örtliche Wohnungsangebot durch vorhandenen oder neu erstellten preiswerten Wohnraum. Dies führt zu positiven Synergieeffekten bei der Ansiedlung von Industrie und Handwerksbetrieben. Erfolgreich wird die Gesellschaft bei der Förderung eines modernen, zukunftsweisenden Wohnungsbaus vor allem dann sein, wenn preisgünstige Grundstücke zur Verfügung stehen.

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft war im Berichtsjahr 2016 weiterhin auf das Kerngeschäft der Bewirtschaftung der eigenen Bestände ausgerichtet. In den nächsten Jahren soll die Neubautätigkeit erhöht werden, was wesentlich von den Möglichkeiten der Beschaffung von Grundstücken abhängt.

Als Ziel wurde der Neubau von etwa 200 Wohnungen in den nächsten fünf Jahren definiert.

Das Unternehmen liegt trotz seines Anteils an öffentlich geförderten Wohnungen lagebedingt und aufgrund des hohen Modernisierungsgrades der Bestände und den damit verbundenen Mietanpassungen über dem Bundesdurchschnitt des GdW, bleibt jedoch regional ebenso deutlich – bis zu 25 Prozent – unter den Durchschnittswerten der örtlichen Mietspiegel.

Bis auf einige vereinzelte Leerstände – in der Regel renovierungsbedingt – ist eine Vollvermietung des Wohnungsbestandes zu verzeichnen. Die Fluktuationsquote entspricht dem regionalen Markt.

An diesen Zahlen wird deutlich, dass das Unternehmen trotz der teurer werdenden Investitionen den Zielen einer angemessenen, derzeit sogar hohen, Eigenkapitalrendite und einer dennoch moderaten, sogar günstigen Nettokaltmiete für die Bevölkerung des Rheinisch-Bergischen Kreises gerecht wird.

Dies sichert die Ertragslage des Unternehmens und fördert auch die hohe, noch einmal gestiegene Eigenkapitalquote und die Möglichkeit weiterer Investitionen, um das Unternehmen zukunftsfähig zu machen.

Rheinisch-Bergisches TechnologieZentrum GmbH

1. Allgemeine Unternehmensdaten

Rheinisch-Bergisches TechnologieZentrum GmbH
Friedrich-Ebert-Straße
51429 Bergisch Gladbach

Telefon: 02204 / 842470
Telefax: 02204 / 842471

Internet: www.tz-bg.de
E-Mail: info@tz-bg.de

2. Öffentlicher Zweck

Die Rheinisch-Bergisches TechnologieZentrum GmbH wurde am 26.10.1994 gegründet und ist im Handelsregister Köln unter der Nummer HRB 46635 eingetragen.

Gegenstand der Gesellschaft ist die Einrichtung und der Betrieb eines Technologiezentrums, mit dem die Gründung neuer Unternehmen sowie die Entwicklung junger Unternehmen, die neue Technologien, Güter oder Verfahren entwickeln, produzieren und vermarkten, gefördert werden soll. Weiterhin sollen Unternehmen koordiniert und gefördert werden, deren Tätigkeiten auf dem Gebiet des Umweltschutzes liegen. (§ 2 Gesellschaftsvertrag)

Die Gesellschaft bietet innovativen Unternehmen ein Zentrums-Management, Service-Einrichtungen und anforderungsgerechte Betriebsräume an. Die Leistungen des Zentrums-Managements liegen vorwiegend in einer betriebswirtschaftlichen und technischen Beratung der im Zentrum ansässigen Unternehmen sowie in der Vermittlung von Kontakten zu Wirtschafts- und Forschungsinstitutionen in der Wirtschaftsregion.

Der gemeinsame Standort soll die Absatzchancen verbessern sowie wirtschaftliche Verflechtungen innerhalb des Zentrums und der Region fördern. Das Technologiezentrum soll einen Beitrag zur notwendigen Strukturverbesserung der regionalen Wirtschaft leisten.

3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 100.000 €.
Es ergeben sich folgende Beteiligungsverhältnisse:

Gesellschafter	Stammeinlage in €	in %
Kreissparkasse Köln GmbH	48.000	48,0
Stadt Bergisch Gladbach	25.000	25,0
IHK Köln	2.000	2,0
Rheinisch-Bergischer Kreis	25.000	25,0

4. Organisationsstruktur

Die Gesellschaft hat folgende Organe:

- a) die Geschäftsführung,
- b) die Gesellschafterversammlung.

4.1 Geschäftsführung

Die Gesellschaft kann einen hauptberuflichen und bis zu drei nebenberufliche Geschäftsführer haben. Bestellung und Anstellung der Geschäftsführer sowie die Geschäftsverteilung unter ihnen erfolgen durch die Gesellschafterversammlung.

Hauptamtlicher Geschäftsführer des Unternehmens ist Herr Martin Westermann, Prokurist Stadtentwicklungsbetrieb Stadt Bergisch Gladbach AöR.

Nebenamtliche Geschäftsführer sind die Herren:

Stefan Dürselen, Dipl.-Ing.,
Dr. Erik Werdel, Kreisdirektor.

4.2 Gesellschafterversammlung

Je 500 € eines Geschäftsanteils gewähren eine Stimme. Die den einzelnen Gesellschaftern zustehenden Stimmen können nur einheitlich abgegeben werden. Die Beschlüsse der Gesellschafter werden mit einer Mehrheit von mehr als drei Vierteln der abgegebenen Stimmen gefasst, soweit nicht im Gesetz oder im Gesellschaftsvertrag etwas anderes bestimmt ist. Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens drei Viertel des Stammkapitals vertreten sind. Erweist sich eine Gesellschafterversammlung als beschlussunfähig, so ist durch die Geschäftsführung binnen zwei Wochen eine neue Gesellschafterversammlung mit gleicher Tagesordnung einzuberufen. Diese Gesellschafterversammlung ist, worauf in der Einladung ausdrücklich hinzuweisen ist, ohne Rücksicht auf die Zahl der vertretenen Stimmen beschlussfähig.

Der Rheinisch-Bergische Kreis verfügt gemäß seiner Beteiligung am Stammkapital über 50 Stimmen. Die Vertretung des Rheinisch-Bergischen Kreises in der Gesellschafterversammlung wurde im Geschäftsjahr 2016 durch Herrn Landrat Dr. Hermann-Josef Tebroke wahrgenommen.

5. Wirtschaftliche Daten

Das Geschäftsjahr 2016 schloss mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 119.061,70 €. Seit dem Bestehen der Gesellschaft wurden 735 Gründungsvorhaben geprüft. Bis zum 31.12.2016 wurden insgesamt 260 Unternehmen gegründet. Als Gründer in das Rheinisch-Bergische TechnologieZentrum wurden bisher 92 Unternehmen aufgenommen. Am 31.12.2016 hatten dort 15 Existenzgründer Mietverträge.

Von der zum 31.12.2016 angemieteten, vermietbaren Flächen in der Größenordnung von ca. 1.431 m² waren rd. 1.299 m² belegt. Die Eigennutzung des TechnologieZentrums ist hierbei ausgenommen.

Zum Zeitpunkt der jeweiligen Existenzgründung im TechnologieZentrum werden seit 20 Jahren nachweislich zum Unternehmensstart durchschnittlich 2 neue Arbeitsplätze geschaffen. Aus Mieterbefragungen zum Ende der vorangegangenen Jahre ergibt sich eine durchschnittliche Mitarbeiterzahl von rd. 8,6 über die letzten 14 Jahre.

Legt man eine ähnliche Wachstumsentwicklung für die Gesamtmieterschaft des TechnologieZentrums seit 1995 und eine TechnologieZentrum-spezifische Insolvenzquote in Höhe von 7,6 % zugrunde (von 92 Unternehmen wurden 7 im

Rahmen eines Insolvenzverfahrens abgewickelt), so werden von den erfolgreichen Unternehmen, die im TechnologieZentrum gegründet wurden, heute rd. 730 qualifizierte Arbeitsplätze bereitgestellt. Die Gesamtzahl der durch die in TechnologieZentrum, TechnologiePark und Region neu gegründeten 260 Unternehmen geschaffenen Arbeitsplätze lässt sich unter Zugrundelegung der TZ-spezifischen Insolvenzquote somit auf bis rd. 2.060 hochrechnen. Die hierdurch erreichten strukturellen Effekte und Folgewirkungen für die Region dürften sehr hoch sein, lassen sich aber zahlenmäßig ohne größeren Aufwand nicht quantifizieren. Die Umsatzerlöse verringerten sich im abgelaufenen Berichtsjahr 2016 auf rd. 339 T€ Diese betrafen im Wesentlichen die vereinnahmten Mieten der im Technologiepark angemieteten und weitervermieteten Flächen sowie Erträge aus einem Werbevertrag.

Bilanz

Aktiva	31.12.2016 T€	31.12.2015 T€	31.12.2014 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		0	1
II. Sachanlagen	3	4	6
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	124	118	104
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	405	419	459
C. Rechnungsabgrenzungsposten	2	0	1
Bilanzsumme	534	541	571

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	100	100	100
II. Kapitalrücklage	26	26	26
III. Gewinnrücklage	356	363	373
IV. Bilanzverlust	-19	- 7	- 10
B. Rückstellungen	37	42	49
C. Verbindlichkeiten	34	2	16
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	15	17
Bilanzsumme	534	541	571

Gewinn- und Verlustrechnung

	2016 T€	2015 T€	2014 T€
Umsatzerlöse	339	333	310
Sonstige betriebliche Erträge	7	80	101
Personalaufwand	135	132	131
Abschreibungen	2	6	4
Sonstige betriebliche Aufwendungen	328	382	386
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit/ Jahresfehlbetrag	-119	- 107	- 110
Entnahme aus der Kapitalrücklage	100	100	100
Bilanzverlust/-gewinn	-19	- 7	- 10

Kennzahlen

	Angaben in	2016	2015	2014
Eigenkapitalquote:	%	86,7	89,1	85,5
cash-flow aus lfd. Geschäftstätigkeit:	T€	-113	- 137	- 112
cash-flow aus der Investitionstätigkeit	T€	-1	- 3	- 7

6. Beschäftigte

Neben dem hauptamtlichen Geschäftsführer beschäftigt die Gesellschaft durchschnittlich wie im Vorjahr eine Arbeitnehmerin.

Die Gesellschaft zahlte im Berichtsjahr 2016 insgesamt 135.651,87 T€ an Personalaufwendungen. Davon 107.921,57 T€ an Löhne und Gehälter sowie 27.730,30 T€ an soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung und für Unterstützung.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Die Gesellschafter Stadt Bergisch Gladbach und Rheinisch-Bergischer Kreis haben sich gem. Gesellschaftsvertrag bereiterklärt, etwaige Betriebsverluste der Gesellschaft bis zu einer Obergrenze von 100.000 € pro Jahr auszugleichen.

Der Verlust wird zu einem Anteil von jeweils 50 % durch die beiden v.g. Gesellschafter übernommen.

Der Rheinisch-Bergische Kreis hat von dem Jahresfehlbetrag des Geschäftsjahres 2016 (rd.119T€) einen Verlustanteil in Höhe von 50.000,00 € durch neue Einzahlung in die Kapitalrücklage übernommen.

Die KSK Köln Beteiligungsgesellschaft mbH ist gem. Gesellschaftsvertrag nicht zur anteiligen Verlustübernahme verpflichtet. Aus dem vielseitigen Aufgabenspektrum des Rheinisch-Bergischen TechnologieZentrums als Existenzgründungsdienstleister technologieorientierter Gründungen ergibt sich jedoch ein hoher Werbeeffect auch für die Geschäftsinteressen der Kreissparkasse Köln in diesem Bereich, der entsprechend von der Kreissparkasse Köln an das TechnologieZentrum vergütet wird.

Gem. Gesellschaftsvertrag nimmt die Industrie- und Handelskammer zu Köln mit ihren Geschäftsanteilen am Gewinn/Verlust der Gesellschaft nicht teil.

8. Bewertung

Seit einundzwanzig Jahren hat sich das Rheinisch-Bergische TechnologieZentrum in Bergisch Gladbach als Keimzelle für technologieorientierte Existenzgründer und Jungunternehmer etabliert. Tätigkeitsschwerpunkt ist die qualifizierte und kostenlose Begleitung bei technologieorientierten Unternehmensgründungen als Maßnahmenpaket der kommunalen und regionalen Wirtschaftsförderung.

Die Rheinisch-Bergische TechnologieZentrum GmbH leistet einen Beitrag zur Gründungsförderung sowie zur Weiternutzung eines ausgewiesenen Technologiestandorts.

Der Imageeffekt für die Region und den Standort Rhein-Berg ist hoch. Die Existenz eines Zentrums kann Standort- und Arbeitsplatzentscheidungen von Unternehmen in technologieorientierten Bereichen positiv beeinflussen.

Im Rheinisch-Bergischen TechnologieZentrum liegt der Schwerpunkt gemäß Gesellschafterauftrag auf Qualität statt Quantität der Gründungen. Die geringe Insolvenzquote im TechnologieZentrum (7,6 % über 22 Jahre) ist ein Ergebnis der kontinuierlichen und qualitätsorientierten Gründerauswahl.

Um die Ansiedlung von technologieorientierten Gründungsvorhaben sicherzustellen und zu intensivieren, wurden auch in 2016 speziell für technologieorientierte Unternehmen zugeschnittene Workshops und Seminare im Rahmen des ManagementsForums in Zusammenarbeit mit der Kreissparkasse Köln, dem TechnologieZentrum St@rt HÜRTH, den Gründer- und Technologiezentren Gummersbach, Rheinbach sowie dem BusinessCampus Rhein-Sieg in Sankt Augustin und Start Media in Hürth konzipiert und durchgeführt. Die Aktivitäten sollen auch im Jahr 2017 fortgeführt und durch TZ-interne Impulsvorträge zu jeweils aktuellen Themen ergänzt werden.

Im Rahmen der Fortbildungsveranstaltungen „ManagementForum 2016“ wurden rd. 400 Teilnehmer erreicht, zwei Veranstaltungen fanden im TechnologieZentrum statt.

Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH

1. Allgemeine Unternehmensdaten

Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH
Friedrich-Ebert-Straße 75
51429 Bergisch Gladbach

Telefon: 02204 / 97630
Telefax: 02204 / 976399

Internet: www.rbw.de
E-Mail: info@rbw.de

2. Öffentlicher Zweck

Am 19.12.1991 traf der Kreistag seine Grundsatzentscheidung zur Auflösung des bisherigen Referats für Wirtschaftsförderung bei gleichzeitiger Gründung der Rheinisch-Bergischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft mit beschränkter Haftung (RBW). Die Konzeption einer privatrechtlich organisierten Wirtschaftsförderung, die dieser Entscheidung nach mehrjähriger Diskussion in den Kreisgremien zugrunde lag, geht vom Modell des „strategischen Dreiecks“ für die zukünftige Kreiswirtschaftsförderung aus. Die Basis in diesem Verbund bilden die kreisangehörigen Städte und Gemeinden sowie der Rheinisch-Bergische Kreis mit ihren Aufgaben zur lokalen bzw. regionalen Wirtschaftsförderung. Im Sinne des public-private-partnership sind die öffentlich-rechtlichen Sparkassen und Kreditgenossenschaften mit Sitz im Kreisgebiet integriert.

Die Gesellschaft ist im Registergericht des Amtsgerichtes Köln unter der Nr. HRB 46525 eingetragen. Unternehmensgegenstand ist die Förderung der Wirtschaft auf dem Gebiet des Rheinisch-Bergischen Kreises. Die Gesellschaft wird ergänzend zum eigenständigen örtlichen Angebot wirtschaftsfördernder Leistungen der kreisangehörigen Kommunen nach Abstimmung und in Kooperation mit den Gesellschaftern tätig. Zweck der Gesellschaft ist die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Struktur des Kreisgebietes durch Förderung der Wirtschaft. Im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse sollen die Tätigkeiten der Gesellschaft vorhandene Arbeitsplätze sichern und neue Arbeitsplätze schaffen. Die Tätigkeiten dürfen nicht über den für die Zweckverwirklichung sachlich gebotenen Umfang hinausgehen, insbesondere dürfen sie nicht den Umfang einer laufenden Unternehmensberatung annehmen.

Zu den Aufgaben und Tätigkeiten der Gesellschaft im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse gehören insbesondere:

- Förderung und Vermarktung des Wirtschaftsstandortes Rheinisch-Bergischer Kreis,
- Pflege, Sicherung und Entwicklung des Unternehmensbestandes im Kreisgebiet,
- Entwicklung und Förderung von Kompetenzfeldern im Kreisgebiet,
- Unterstützung bei der Entwicklung, Erschließung und Vermarktung von Gewerbeflächen im Kreisgebiet,
- Fachkräftesicherung und –marketing für das Kreisgebiet.

Zur Erzielung dieser Geschäftszwecke kann sich die Gesellschaft an anderen Unternehmen, Gesellschaften und Institutionen unmittelbar oder mittelbar beteiligen und/oder deren Geschäftsführung übernehmen.

3. Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 74.300 €
Die Beteiligungsverhältnisse stellen sich wie folgt dar:

Gesellschafter	Stammeinlage in €	in %
Rheinisch-Bergischer Kreis	37.900	51,0
Stadt Bergisch Gladbach	7.020	9,45
Stadt Burscheid	1.040	1,4
Stadt Leichlingen	1.820	2,45
Stadt Wermelskirchen	2.600	3,5
Gemeinde Kürten	1.040	1,4
Gemeinde Odenthal	1.040	1,4
Stadt Overath	1.820	2,45
Stadt Rösrath	1.820	2,45
Öffentlich-rechtliche Sparkassen im Rheinisch-Bergischen Kreis		
KSK Kapitalbeteiligung Holding GmbH der Kreissparkasse Köln	7.800	10,5
Stadtsparkasse Wermelskirchen	1.300	1,75
Volks- und Raiffeisenbanken im Rheinisch-Bergischen Kreis (in Gesellschaft bürgerlichen Rechts)		
Bensberger Bank eG Paffrather Raiffeisenbank eG Raiffeisenbank Kürten-Odenthal eG Raiffeisenbank Overath-Rösrath eG	9.100	12,25

4. Organisationsstruktur

Die Gesellschaft hat folgende Organe:

- a) die Geschäftsführung,
- b) die Gesellschafterversammlung.

4.1 Geschäftsführung

Die Geschäftsführung wird von der Gesellschafterversammlung bestellt und abberufen.
Die Geschäftsführung führt die Geschäfte der Gesellschaft eigenverantwortlich nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen und des Gesellschaftsvertrages.

Geschäftsführer ist Herr Volker Suermann.

Er ist einzelvertretungsberechtigt und von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

4.2 Gesellschafterversammlung

In die Gesellschafterversammlung entsenden:

- | | |
|--|--------------------|
| - der Rheinisch-Bergische Kreis | 9 Vertreter (9) |
| - die beteiligten kreisangehörigen Kommunen | je 1 Vertreter (8) |
| - die KSK-Kapitalbeteiligung Holding GmbH sowie die Stadtparkasse Wermelskirchen | je 1 Vertreter (2) |
| - die GbR der Volks- und Raiffeisenbanken im Rheinisch-Bergischen Kreis | 2 Vertreter (2) |

Die Gesellschafterversammlung ist jährlich spätestens 6 Monate nach Schluss des Geschäftsjahres - als ordentliche Gesellschafterversammlung - einzuberufen. Je 10 € eines Geschäftsanteils gewähren eine Stimme. Die dem einzelnen Gesellschafter zustehenden Stimmen können nur einheitlich abgegeben werden, ansonsten sind sie ungültig.

Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte des Stammkapitals vertreten ist. Beschlüsse werden mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst, soweit der Gesellschaftsvertrag oder das Gesetz nicht eine größere Mehrheit vorschreiben.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wird in der Gesellschafterversammlung durch folgende Personen vertreten:

Ordentliches Mitglied

Dr. Werdel, Erik
Büscher, Wolfgang
Feller, Jörg
Höhne, Bert
Pakendorf, Uwe
Seydholdt, Claudia
von der Ohe, Alexandra
Weiß, Friedhelm
Winkels, Robert

Stellvertreter

Becker, Klaus-Dieter
Sonnenberg, Hendrik
Cleve, Maximilian
Witte, Gerd
Zorn, Gerhard
Schneider, Rainer
Rickes, Roland
Clemen, Christiane

5. Wirtschaftliche Daten

Die Gesellschaft erzielte in 2016 bei Betriebserträgen von 47 T€ und Betriebsaufwendungen von 655 T€ ein Betriebsergebnis von – 607 T€. Nach Verrechnung des Finanzergebnisses von 7 T€ ergab sich ein Jahresfehlbetrag von 600 T€.

Durch den Wegfall der Sponsoringeinnahmen (u.a. turnusmäßig kein Unternehmerpreis in 2016) verminderten sich die Betriebserträge in 2016 um rd. 7 T€ gegenüber dem Vorjahr.

Die Betriebsaufwendungen stiegen um rd. 11 T€. Diese Steigerung ergab sich u.a. aus mit einer Neueinstellung einer Arbeitnehmerin verbundenen gestiegenen Personalaufwendungen.

Im Ergebnis fiel der Jahresfehlbetrag in 2016 damit etwas höher aus als im Vorjahr. Der Jahresfehlbetrag wurde durch Entnahmen aus der Kapitalrücklage vollständig ausgeglichen. Die gewährten Gesellschafterbeiträge lagen in 2016 mit 592 T€ unter dem Jahresfehlbetrag von 600 T€, so dass die Kapitalrücklage dadurch per Saldo um 8 T€ leicht verringert wurde.

Den sonstigen Ausleihungen aus dem Public-Leasing in Höhe von rd. 95 T€ standen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in etwa gleicher Höhe gegenüber. Unter

den sonstigen Vermögensgegenständen wurden zudem Forderungen gegen Leasingnehmer aus gestundeten bzw. rückständigen Leasingraten in Höhe von rd. 4 T€ ausgewiesen.

Die Guthaben bei Kreditinstituten betrugen zum 31.12.2016 rd. 3.180 T€. Verbindlichkeiten konnten stets innerhalb der Zahlungsziele beglichen werden.

Die Kapitalrücklagen betrugen zum Jahresende rd. 2.889 T€.

Bilanz

Aktiva	31.12.2016 T€	31.12.2015 T€	31.12.2014 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	20	29	14
II. Sachanlagen	22	30	40
III. Finanzanlagen	95	608	740
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	12	1.221	1.216
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	3.180	1.945	1.802
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	3.329	3.833	3.812

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	74	74	74
II. Kapitalrücklage	2.889	2.906	2.895
B. Rückstellungen	113	108	109
C. Verbindlichkeiten	253	745	734
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	3.329	3.833	3.812

Gewinn- und Verlustrechnung

	2016 T€	2015 T€	2014 T€
Umsatzerlöse	35	44	43
sonstige betriebliche Erträge	13	11	36
Materialaufwand	0	0	0
Personalaufwand	394	379	386
Abschreibungen	18	16	13
sonstige betriebliche Aufwendungen	242	250	261
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	20	28	34
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	1	1
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	14	20	23
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	600	- 581	- 569
Sonstige Steuern	0	0	0
Jahresfehlbetrag	600	- 581	- 569
Entnahme aus der Kapitalrücklage	600	581	569
Bilanzgewinn/- verlust	0	0	0

Kennzahlen

	Angaben in	2016	2015	2014
Eigenkapitalquote:	%	89,0	77,74	77,91
Betriebsergebnis:	T€	- 608	- 590	- 580,6
cash-flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit:	T€	616	- 437	- 1.442,7

6. Beschäftigte

Die Gesellschaft zahlte im Berichtsjahr 2016 insgesamt 394.247,03 T€ an Personalaufwendungen. Davon 324.687,44 T€ an Löhne und Gehälter sowie 69.559,59 T€ an soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung und für Unterstützung.

Insgesamt wurden im Geschäftsjahr 2016 durchschnittlich 6 Arbeitnehmer beschäftigt.

Personal	2016	2015	2014
Angestellte	6	5	7

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Neben seiner Beteiligung am Stammkapital in Höhe von 37.900 € hat sich der Rheinisch-Bergische Kreis verpflichtet, zur Deckung etwaiger Verluste der Gesellschaft einen jährlichen Gesellschafterbeitrag in Höhe von 600.000 € an die RBW zu leisten. Vereinbarungsgemäß wurde dieser Gesellschafterbeitrag ab dem Geschäftsjahr 2014 auf 592.000 € reduziert, da die bisherige Zahlung der RBW an den Naturarena Bergisches Land e.V. in Form eines Mitgliederbeitrages in gleicher Höhe ab 2014 entfallen ist.

Der Rheinisch-Bergische Kreis ist berechtigt, den Gesellschafterbeitrag angemessen herabzusetzen, wenn der Beitrag andernfalls im Verhältnis zur Ertragslage der Gesellschaft unangemessen hoch wäre. Der Beitrag des Rheinisch-Bergischen Kreises wird gegen etwaige Verluste der Gesellschaft gebucht; soweit er diesen Betrag übersteigt, erfolgt eine Verbuchung auf gesondertem Rücklagenkonto zugunsten des Rheinisch-Bergischen Kreises. Zur Abdeckung des Jahresfehlbetrages 2016 der RBW, wurde der Gesellschafterbeitrag durch den Rheinisch-Bergischen Kreis in voller Höhe (592.000 €) an die Gesellschaft ausgezahlt.

Darüber hinaus stellte der Rheinisch-Bergische Kreis im Einvernehmen mit den Städten und Gemeinden der RBW ursprünglich 4,35 Mio. € als Sondervermögen zur Verfügung. Hiervon wurden zwischenzeitlich 1 Mio. € an den Rheinisch-Bergischen Kreis zurücküberwiesen. Das Sondervermögen wird zur gezielten Förderung des Unternehmensgegenstandes eingesetzt. Insbesondere dient es der Unterstützung bei der Entwicklung und Erschließung von Gewerbeflächen und deren Vermarktung sowie für besondere Einzelprojekte. Da das Sondervermögen langfristig zu erhalten ist, wird an die Mittelverwendung grundsätzlich eine Rückzahlungsverpflichtung gekoppelt. Die Einzelheiten der Verwendung sind in einer gesonderten Vergaberichtlinie geregelt, welche die Gesellschafterversammlung beschließt.

Die Verwaltung des Sondervermögens erfolgt seit Oktober 2006 bei der Rheinisch-Bergischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft.

8. Bewertung

Auch im Geschäftsjahr 2016 stellte sich die Gesellschaft in allen Bereichen als steuerungsfähige Wirtschaftsförderungsgesellschaft dar. Die operativen Tätigkeitsfelder Existenzgründung, Unternehmenssicherung und –nachfolge, Fördermittel, Behördenscout, Technologietransfer, Gewerbeflächenservice, Fachkräftesicherung und –marketing sowie Standortmarketing und Öffentlichkeitsarbeit zeigten im Geschäftsjahr 2016 einen planmäßigen Geschäftsverlauf. Der Zweck der Gesellschaft, die soziale und wirtschaftliche Struktur des Rheinisch-Bergischen Kreises durch die Förderung der Wirtschaft zu verbessern, wurde erreicht.

Seit der Umstrukturierung der Gesellschaft im Jahr 2005 wurde ein kontinuierlicher Prozess zur Verbesserung der Arbeit der Gesellschaft eingeleitet. Dieser Prozess setzte sich im Jahr 2016 fort. Die Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft entwickelte ein speziell auf die Gesellschaft abgestimmtes Controlling, das erstmals in 2006 durchgeführt wurde. Im Geschäftsjahr 2016 wurde dieses Controlling fortgeschrieben. Insgesamt zeigte sich die Kontinuität des Geschäftsverlaufs in den einzelnen Tätigkeitsfeldern der RBW. Mit der Umsetzung des Controllings leistet die Gesellschaft weiterhin einen Beitrag zur Transparenz der Tätigkeit sowohl für die Gesellschafter als auch für die Kunden.

Die RBW wurde im Rahmen eines Re-Zertifizierungsaudits am 24.11.2016 nach der neuen Prüfungsnorm ISO 9001:2015 zertifiziert. Danach wurde bescheinigt, dass die RBW ein effektives System zur Erfüllung ihrer Politik und Ziele aufgebaut und umgesetzt hat. Damit ist die RBW weiterhin mit einem jeweils aktuell angepassten und für die Zukunft sicheren Qualitätsmanagementsystem ausgestattet.

Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung in Köln GbR

1. Allgemeine Unternehmensdaten

Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung in Köln
Konrad-Adenauer-Straße 13
50996 Köln

Telefon: 0221 / 937663
Telefax: 0221 / 9376650

Internet: www.rheinstud.de
E-Mail: Abt.Koeln@Rheinstud.de

2. Öffentlicher Zweck

Das Studieninstitut vermittelt den Dienstkräften der Gesellschafter sowie ihrer kreisangehörigen Städte und Gemeinden, einschließlich deren Eigenbetriebe, durch planmäßigen Unterricht eine gründliche Berufsausbildung, nimmt die vorgeschriebenen Prüfungen ab und sorgt für die berufliche Fortbildung. Es kann darüber hinaus weitere Aufgaben übernehmen.

Das Studieninstitut übernimmt auch die Ausbildung, Prüfung und Fortbildung der Dienstkräfte gemeindlicher Zweckverbände sowie solcher Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts, deren Leiterin oder Leiter Beamtin oder Beamter einer Gemeinde oder eines Gemeindeverbands ist.

Das Studieninstitut hat ferner die Aufgabe, die Anstellungskörperschaften bei der Auslese der Bewerberinnen und Bewerber nach dem geltenden Beamten- sowie Arbeits- und Tarifrecht zu beraten und zu unterstützen. Insbesondere hat es die vorgeschriebenen Auswahlverfahren durchzuführen.

Das Studieninstitut kann auch Dienstkräfte anderer Verwaltungen, Körperschaften und Einrichtungen, die öffentlichen Zwecken dienen, auswählen, ausbilden, prüfen und fortbilden.

3. Beteiligungsverhältnisse

Mitglieder der Gesellschaft und damit Träger des Instituts sind:

Stadt Köln,
Stadt Bonn,
Landschaftsverband Rheinland,
Rhein-Erft-Kreis,
Kreis Euskirchen,
Oberbergischer Kreis,
Rhein-Sieg Kreis,
Rheinisch-Bergischer Kreis

4. Organisationsstruktur

Die Gesellschaft hat folgende Organe:

- a) den Institutsvorsteher,
- b) den Institutsausschuss,
- c) die Gesellschafterversammlung.

4.1 Institutsvorsteher

Der Institutsvorsteher ist Vorsitzender der Gesellschafterversammlung, Leiter des Instituts und Geschäftsführer im Sinne der §§ 710 ff BGB.

Institutsvorsteher war im Geschäftsjahr 2016 Herr Michael Vogel, Kreisdirektor Rhein-Erft-Kreis.

Im Rahmen der Geschäftsführung wird der Institutsvorsteher durch die Studienleiterin Frau Patricia Florack vertreten.

4.2 Institutsausschuss

Zur Unterstützung und Beratung des Institutsvorstehers wird unter seinem Vorsitz ein Institutsausschuss gebildet. Kraft ihres Amtes sind neben dem Institutsvorsteher Mitglieder des Institutsausschusses:

- die Vertreter der einzelnen Gesellschafter
- die Studienleiterin des Institutes

Für 5 Jahre, jedoch längstens für die Dauer ihres Amtes bzw. Mandates, werden von der Gesellschafterversammlung als Mitglieder berufen:

- jeweils bis zu zwei von den Räten der kreisfreien Städte bzw. der Kreistage der Landkreise und vom Landschaftsausschuss des Landschaftsverbandes Rheinland zu benennende Vertreter und deren Stellvertreter,
- je ein Vertreter der Dienstkräfte des mittleren und gehobenen Verwaltungsdienstes aus jeder Abteilung, die von den Personalräten der einzelnen Gemeinden und Gemeindeverbände vorzuschlagen sind.

Studienleiterin ist Frau Patricia Florack. Die stellvertretende Studienleitung liegt bei Herrn Heinrich Johann.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wird im Institutsausschuss durch folgende Kreistagsabgeordnete vertreten:

Ordentliches Mitglied

Dünner, Johannes
Hilden, Stefanie

Stellvertreter

Büscher, Wolfgang
Dr. Wey, Klaus-Georg

4.3 Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterversammlung beschließt über die Angelegenheiten des Instituts. Aufgaben, die der Gesellschafterversammlung vorbehalten sind, ergeben sich aus § 10 des Gesellschaftsvertrages.

Vorsitzender der Gesellschafterversammlung bzw. sein Stellvertreter ist jeweils für ein Jahr der/die Oberbürgermeister/-in der Städte Bonn und Köln, die Landräte des Rhein-Erft-Kreises, des Rhein-Sieg Kreises, des Oberbergischen Kreises, des Rheinisch-Bergischen Kreises, des Kreises Euskirchen und die Direktorin des Landschaftsverbandes Rheinland.

Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn die anwesenden Vertreterinnen und Vertreter der Gesellschafter wenigstens die Hälfte der vertraglichen Stimmenzahl erreichen. Beschlüsse der Gesellschafterversammlung werden, soweit nichts anderes bestimmt ist, mit Stimmenmehrheit gefasst. Bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wird in der Gesellschafterversammlung durch Frau Dezernentin Aggi Thieme vertreten.

5. Wirtschaftliche Daten

Die Gesellschaft schloss das Geschäftsjahr 2016 mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von -8.215,76 € (Vorjahr 50.225,97) ab.

Die Umsatzerlöse betrugen im Berichtszeitraum insgesamt 3.242T€ und lagen somit um 21,5 % über dem Vorjahreswert.

Ein größerer Anstieg ist insbesondere bei den Materialaufwendungen erfolgt. Dieser stieg auf 99.092,72 € (+69.828,62 €) an.

Der Anstieg machte sich insbesondere bei den Tagungskosten bemerkbar. (+70.390,83 €)

Desweiteren fielen insgesamt die Aufwendungen für bezogene Leistungen wie die Honorarkosten für z.B. Prüfungstätigkeiten, Eignungstests und Fortbildungen um rd. 536 T€ höher aus.

Bilanz

Aktiva	31.12.2016 T€	31.12.2015 T€	31.12.2014
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0
II. Sachanlagen	59	60	73
III. Finanzanlagen	0	0	0
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	389	329	290
II. Kassenbestand, Bankguthaben	1.361	1.184	1.313
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	1.809	1.573	1.676

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Anfangskapital	626	576	809
II. Jahresfehlbetrag, -überschuss	-8	50	- 233
B. Rückstellungen	1.143	888	761
C. Verbindlichkeiten	29	59	339
D. Rechnungsabgrenzungsposten	19	0	0
Bilanzsumme	1.809	1.573	1.676

Gewinn- und Verlustrechnung

	2016 T€	2015 T€	2014 T€
Umsatzerlöse	3.242	2.668	2.552
sonstige betriebliche Erträge	49	14	6
Materialaufwand	1.984	1.378	1.539
Personalaufwand	415	427	406
Abschreibungen	23	27	30
sonstige betriebliche Aufwendungen	877	800	822
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		0	7
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	8	50	- 233
Steuern		0	0
Jahresfehlbetrag	8	50	- 233

Kennzahlen

	Angaben in	2016	2015	2014
Eigenkapitalquote:	%	34,1	39,8	34,3
cash-flow aus lfd. Geschäftstätigkeit:	T€	199.341,26	- 77.127,34	- 391.573,84

6. Beschäftigte

Zum Bilanzstichtag waren im Geschäftsjahr 2016 insgesamt 10 Mitarbeiter beschäftigt.

Personal	2016	2015	2014
Summe	10	11	11

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Soweit die zur Erfüllung der Aufgaben der Gesellschaft erforderlichen Mittel nicht durch die Lehrgangs- und Prüfungsgebühren abgedeckt werden können, werden von den Gesellschaftern Umlagen erhoben. Der Verrechnungsschlüssel wird zum einen von der Gesellschafterversammlung festgesetzt und richtet sich nach der Zahl der von den einzelnen Gebietskörperschaften angemeldeten Lehrgangsteilnehmer. Auf dieser Basis werden ca. 50 % der tatsächlich entstehenden Kosten gedeckt.

Weitere 50 % der Kosten werden im Rahmen eines Umlagesystems von den Gesellschaftern getragen. Hierbei wird als Verteilungskriterium die Einwohnerzahl herangezogen.

Der Rheinisch-Bergische Kreis hat im Geschäftsjahr 2016 eine Umlage in Höhe von insgesamt 89.287,00 € gezahlt.

RWE AG, Essen

1. Allgemeine Unternehmensdaten

RWE Aktiengesellschaft
Huyssenallee 2
45128 Essen

Telefon: 0201 / 1200
Telefax: 0201 / 1215199

Internet: www.rwe.com
E-Mail: contact@rwe.com

2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Gesellschaft mit Sitz in Essen ist die Leitung einer Gruppe von Unternehmen, die insbesondere auf folgenden Geschäftsfeldern tätig sind:

- Erzeugung und Beschaffung von Energie, einschließlich erneuerbarer Energien,
- Gewinnung, Beschaffung und Verarbeitung von Bodenschätzen und anderen Rohstoffen,
- Versorgung und Handel mit Energie,
- Errichtung, Betrieb und Nutzung von Transportsystemen für Energie,
- Versorgung mit Wasser und Behandlung von Abwasser,
- Erbringung von Dienstleistungen auf den vorgenannten Gebieten, einschließlich Energieeffizienzdienstleistungen.

Die Gesellschaft kann andere Unternehmen gründen, erwerben und sich an ihnen beteiligen, insbesondere an solchen, deren Unternehmensgegenstände sich ganz oder teilweise auf die vorgenannten Geschäftsfelder erstrecken. Sie kann Unternehmen, an denen sie beteiligt ist, unter ihrer einheitlichen Leitung zusammenfassen oder sich auf die Verwaltung der Beteiligung beschränken. Sie kann ihren Betrieb ganz oder teilweise in verbundene Unternehmen ausgliedern oder verbundenen Unternehmen überlassen.

3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Das Grundkapital der RWE AG beträgt 1.573.748.477,44 €. Es ist eingeteilt in 575.745.499 Stück Stammaktien und 39.000.000 Stück Vorzugsaktien ohne Stimmrecht.

3.1 Aktien im Kämmergeivermögen

Der Rheinisch-Bergische Kreis hält insgesamt 70.860 Stammaktien der RWE AG im Kämmergeivermögen.

Für das Geschäftsjahr 2016 erfolgte von der RWE AG keine Ausschüttung auf RWE-Stammaktien.

Hintergrund sind die zuletzt drastisch verschlechterten Ertragsperspektiven in der konventionellen Stromerzeugung und aktuelle politische Risiken.

3.2 Aktien im Vermögen der Kraftverkehr Wupper-Sieg AG

Das Verkehrsunternehmen des Rheinisch-Bergischen Kreises, die Kraftverkehr Wupper-Sieg AG, hat durch die RW-Holding AG im Geschäftsjahr 2002 insgesamt 671.385 RWE AG Stammaktien erworben. Der Rheinisch-Bergische Kreis übt gem. eines zwischen der Kraftverkehr Wupper-Sieg AG und dem Rheinisch-Bergischen

Kreis abgeschlossenen Legitimationsvertrages die Verwaltungsrechte aus den Aktien in eigenem Namen, aber für Rechnung der Kraftverkehr Wupper-Sieg AG aus.
Für das Geschäftsjahr 2016 erfolgte von der RWE AG keine Ausschüttung auf RWE-Stammaktien.

Hintergrund sind die zuletzt drastisch verschlechterten Ertragsperspektiven in der konventionellen Stromerzeugung und aktuelle politische Risiken.

4. Organisationsstruktur

Die RWE AG hat folgende Organe:

- a) den Vorstand,
- b) den Aufsichtsrat,
- c) die Hauptversammlung.

4.1 Vorstand

Der Vorstand besteht aus mindestens zwei Personen. Im Übrigen wird die Zahl seiner Mitglieder durch den Aufsichtsrat festgelegt. Die Gesellschaft wird durch zwei Mitglieder des Vorstands oder durch ein Mitglied des Vorstands zusammen mit einem Prokuristen gesetzlich vertreten.

Vorstandsmitglieder im Geschäftsjahr 2016 waren die Herren:

Dr. Rolf Martin Schmitz	Vorstandsvorsitzender
Dr. Markus Krebber	Finanzvorstand
Uwe Tigges	Personalvorstand und Arbeitsdirektor

4.2 Aufsichtsrat und Wirtschaftsbeirat

Der Aufsichtsrat besteht aus zwanzig Mitgliedern, von denen zehn von der Hauptversammlung nach den Bestimmungen des Aktiengesetzes und zehn von den Arbeitnehmern nach den Bestimmungen des Mitbestimmungsgesetzes vom 04.05.1976 gewählt werden. Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte den Vorsitzenden und einen Stellvertreter. Er ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder, aus denen er insgesamt zu bestehen hat, an der Beschlussfassung teilnimmt. Beschlüsse des Aufsichtsrats bedürfen der Mehrheit der abgegebenen Stimmen, soweit nicht gesetzlich zwingend etwas anderes bestimmt ist.

Der Vorstand kann einen Wirtschaftsbeirat für die Gesellschaft bilden und für ihn eine Geschäftsordnung erlassen.

Der Rheinisch-Bergische Kreis ist im Aufsichtsrat und Wirtschaftsbeirat der Gesellschaft nicht vertreten.

Mitglieder im Aufsichtsrat waren im Geschäftsjahr 2016:

Dr. Werner Brand	Vorsitzender
Dr. Manfred Schneider	(Vorsitzender bis 20. April 2016)
Frank Bsirske	stellv. Vorsitzender
Reiner Böhle	
Sandra Bossemeyer	
Dieter Faust	
Roger Graef	
Arno Hahn	
Andreas Henrich	
Maria von der Hoeven	

Manfred Holz
Prof. Dr.-Ing. Dr.-Ing. E.h. Hans-Peter Keitel
Mag. Dr. h.c. Monika Kircher
Martina Koederitz
Monika Krebber
Frithjof Kühn
Hans Peter Lafos
Harald Louis
Christine Merkamp
Dagmar Mühlenfeld

4.3 Hauptversammlung

Die Hauptversammlung wird, soweit nicht nach Gesetz oder Satzung auch andere Personen dazu befugt sind, vom Vorstand einberufen. Die Einberufung muss mindestens sechsdrei Tage vor dem Tag der Versammlung bekanntgemacht werden. Aktionäre, die an der Hauptversammlung teilnehmen oder das Stimmrecht ausüben wollen, müssen sich vor der Versammlung anmelden. Die Anmeldung bedarf der Textform und muss in deutscher oder englischer Sprache erfolgen. Die Aktionäre müssen außerdem die Berechtigung zur Teilnahme an der Hauptversammlung oder zur Ausübung des Stimmrechts nachweisen. Dazu bedarf es eines in Textform erstellten Nachweises des Anteilsbesitzes durch das depotführende Kredit- oder Finanzdienstleistungsinstitut. Der Nachweis muss in deutscher oder englischer Sprache erfolgen. Jede Stammaktie gewährt in der Hauptversammlung eine Stimme. Soweit den Vorzugsaktionären nach dem Gesetz ein Stimmrecht zusteht, gewährt jede Vorzugsaktie eine Stimme. Die Beschlüsse der Hauptversammlung werden, soweit nicht die Satzung oder zwingende gesetzliche Vorschriften etwas Abweichendes bestimmen, mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen und, soweit außerdem eine Kapitalmehrheit erforderlich ist, mit einfacher Mehrheit des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals gefasst.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wird in der Hauptversammlung durch den Kreistagsabgeordneten Herrn Robert Winkels vertreten. Sein Stellvertreter ist Herr Kreistagsabgeordneter Ulrich Heimann.

5. Wirtschaftliche Daten

Der RWE-Konzern hat 2016 einen tiefgreifenden Restrukturierungsprozess durchlaufen, mit dem er sich organisatorisch und finanziell für die aktuellen energiewirtschaftlichen Herausforderungen gerüstet hat. Im Zuge der Restrukturierung sind die Geschäftsfelder Erneuerbare Energien, Netze und Vertrieb in einer neuen Tochtergesellschaft mit dem Namen Innogy zusammengeführt und an die Börse gebracht worden. Seitdem hält die RWE AG 76,8 % an der Gesellschaft und führt sie als Finanzbeteiligung.

Der RWE-Konzern hat 2016 einen Außenumsatz von 45.833 Mio. € erwirtschaftet. Gegenüber dem Vorjahr haben sich die Erlöse um 5 % verringert. Der Umsatz aus dem Verkauf von Strom ist um 4 % auf 32.534 Mio. € zurückgegangen. Eine wichtige Rolle spielte hier der rückläufige Absatz an Privat-, Gewerbe und Industriekunden; die damit verbundenen Erlöseinbußen konnten durch gestiegene Lieferungen an deutsche Weiterverteiler

nicht ausgeglichen werden. Positiven Einfluss hatte, dass der slowakische Versorger VSE 2016 erstmals ganzjährig zum Konzernumsatz beitrug. Die Gaserlöse sind um 11 % auf 10.330 Mio. € zurückgegangen, u. a. wegen der gesunkenen

Liefermengen. Darüber hinaus haben einige Vertriebsgesellschaften die Preise gesenkt. Die Umsatzentwicklung im RWE-Konzern war auch durch Wechselkurseinflüsse geprägt: Der Jahresdurchschnittskurs des britischen Pfunds verringerte sich von 1,38 € auf 1,22 €, sodass die in Großbritannien erzielten Erlöse umgerechnet in Euro niedriger ausfielen. Bereinigt um die Sondereffekte aus VSE und dem schwächeren Pfundkurs sank der Außenumsatz um 3 %. 2016 wurde ein Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen (EBITDA) von 5.403 Mio. € erwirtschaftet. Bei der Ermittlung dieser Kennzahl werden wesentliche nicht-operative und aperiodische Effekte herausgerechnet. Vor diesem Hintergrund das EBITDA in „bereinigtes EBITDA“ umbenannt. Beim betrieblichen Ergebnis – das aus dem gleichen Grund nun „bereinigtes EBIT“ heißt – wurde ein Wert von 3.082 Mio. € erreicht. Beide Kennzahlen liegen damit im oberen Bereich des Prognosekorridors.

Im Berichtsjahr wurde 2.382 Mio. € investiert, 28 % weniger als 2015. Der prognostizierte Korridor von 2,0 bis 2,5 Mrd. € wurde damit eingehalten. Mit 2.027 Mio. € (Vorjahr: 2.898 Mio. €) wurde ein Großteil der Mittel für Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte eingesetzt. Die Ausgaben für Finanzanlagen in Höhe von 355 Mio. € (Vorjahr: 405 Mio. €) entfielen größtenteils auf innogy. Sie ergaben sich u. a. dadurch, dass neu gegründete oder bestehende Tochtergesellschaften mit Kapital ausgestattet wurden.

Die Nettoschulden lagen zum 31. Dezember 2016 bei 22,7 Mrd. € Gegenüber 2015 haben sich um 2,8 Mrd. € verringert. Der Rückgang der Nettoschulden ist maßgeblich auf die Erlöse aus dem Börsengang von Innogy zurückzuführen.

Bilanz

Aktiva	31.12.2016	31.12.2015 Mio. €	31.12.2014 Mio. €
Langfristiges Vermögen			
Immaterielle Vermögensgegenstände	12.749	13.215	12.797
Sachanlagen	24.455	29.357	31.059
Investment Property	63	72	83
At-Equity-bilanzierte Beteiligungen	2.908	2.952	3.198
Übrige Finanzanlagen	1.055	885	958
Finanzforderungen	403	501	592
Sonstige Forderungen und sonstige Vermögenswerte	1.175	1.810	1.374
Ertragsteueransprüche	219	195	327
Latente Steuern	2.884	2.466	3.836
		<u>51.453</u>	<u>54.224</u>
Kurzfristiges Vermögen			
Vorräte	1.968	1.959	2.232
Finanzforderungen	1.471	1.074	1.843
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	4.999	5.601	6.512
Sonstige Forderungen und sonstige Vermögenswerte	7.418	9.088	8.182
Ertragsteueransprüche	234	159	202
Wertpapiere	9.825	7.437	4.410
Flüssige Mittel	4.576	2.522	3.171
Zur Veräußerung bestimmte Vermögenswerte	0	41	5.540
	<u>30.491</u>	<u>27.881</u>	<u>32.092</u>
Bilanzsumme	76.402	79.334	86.316
Passiva			
Eigenkapital			
Anteile der Aktionäre der RWE AG	2.754	5.847	7.388
Anteile der Hybridkapitalgeber der RWE AG	942	950	2.705
Anteile anderer Gesellschafter	4.294	2.097	1.679
Langfristige Schulden			
Rückstellungen	20.686	24.623	27.540
Finanzverbindlichkeiten	16.041	16.718	15.224
Übrige Verbindlichkeiten	2.196	2.741	2.695
Latente Steuern	723	1.233	865
	<u>39.646</u>	<u>45.315</u>	<u>46.324</u>
Kurzfristige Schulden			
Rückstellungen	12.175	5.186	5.504
Finanzverbindlichkeiten	2.142	2.362	3.342
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	5.431	6.122	6.309
Ertragsteuerverbindlichkeiten	131	50	69
Übrige Verbindlichkeiten	8.887	11.386	10.361
Zur Veräußerung bestimmte Schulden	0	19	2.635
	<u>28.766</u>	<u>25.125</u>	<u>28.220</u>
Bilanzsumme	76.402	79.334	86.316

Gewinn- und Verlustrechnung

	2016 Mio. €	2015 Mio. €	2014 Mio. €
Umsatzerlöse (inkl. Erdgas-/Stromsteuer)	45.833	48.599	48.468
Erdgas-/Stromsteuer	2.243	2.242	2.319
Umsatzerlöse	43.590	46.357	46.149
Sonstige betriebliche Erträge	1.435	2.420	2.335
Materialaufwand	33.397	34.376	33.687
Personalaufwand	4.777	4.803	4.850
Abschreibungen	6.647	5.522	3.115
Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.323	3.608	3.282
Ergebnis aus at-Equity-bilanzierten Beteiligungen	387	238	364
Übriges Beteiligungsergebnis	153	246	180
Finanzerträge	1.883	1.865	917
Finanzaufwendungen	4.111	3.454	2.765
Ergebnis vor Steuern	-5.807	- 637	2.246
Ertragsteuern	-323	603	553
Ergebnis fortgeführter Aktivitäten	-5.484	- 1.240	1.693
Ergebnis nicht fortgeführter Aktivitäten	0	1.524	364
Ergebnis	-5.484	284	2.057
Davon: Ergebnisanteile anderer Gesellschafter	167	356	245
Davon: Ergebnisanteile der Hybridkapitalgeber der .RWE AG	59	98	108
Davon: Nettoergebnis/Ergebnisanteile der Aktionäre der RWE AG	-5.710	- 170	1.704
Ergebnis je Aktie in €	-9,29	- 0,28	2,77

Kennzahlen

	Angaben in	2016	2015	2014
Eigenkapitalquote:	%	10,5	11,2	13,6
Cash-Flow aus lfd. Geschäftstätigkeit:	Mio. €	2.352	3.339	5.556
Außenumsatz:	Mio. €	45.833	48.599	48.468
EBITDA:	Mio. €	3.082	7.017	7.131
Investitionen einschl. Akquisitionen:	Mio. €	2.382	3.303	3.440
Bilanzielles Eigenkapital	%	7.990	8.894	11.772
Ausschüttung:	Mio. €	5	5	615
Dividende je Stammaktie:	€	0	0	1,00
Dividende je Vorzugsaktie:	€	0,13	0,13	1,00

6. Beschäftigte

Mitarbeiter ¹	2016	2015	2014
Summe	58.652	59.762	59.784

¹ Zum 31.12., umgerechnet in Vollzeitstellen

Zum 31.12.2016 beschäftigte die RWE AG 58.652 Mitarbeiter. Es wurden rund 1.100 Stellen abgebaut. Bei der Ermittlung dieser Zahl wurden Teilzeitstellen anteilig berücksichtigt.

Durch operative Veränderungen haben per saldo 1.110 Mitarbeiter das Unternehmen verlassen; dabei spielten Rationalisierungsmaßnahmen eine zentrale Rolle, insbesondere im Unternehmensbereich Konventionelle Stromerzeugung.

In Deutschland sind 735 und im Ausland 375 Stellen weggefallen. Rationalisierungsmaßnahmen spielten dabei eine zentrale Rolle, insbesondere in der konventionellen Stromerzeugung. Im Unternehmensbereich Trading /Gas Midstream kam die Veräußerung des britischen Kraftwerks Lynemouth zum Tragen. Leicht angestiegen ist der Personalbestand von innogy, was aber hauptsächlich darauf beruht, dass Beschäftigte der RWE AG und der RWE Group Business Services GmbH im Zuge der Konzernreorganisation zu unserer Tochter gewechselt sind. Unsere Auszubildenden werden in den Mitarbeiterzahlen nicht erfasst. Ende 2016 erlernten 2.258 junge Menschen bei uns einen Beruf und damit etwa so viele wie ein Jahr zuvor.

7. Bewertung

Die RWE AG ist einer der führenden Strom- und Gasanbieter in Europa. Mit eigenen Konzerngesellschaften werden alle Stufen der Wertschöpfungskette im Energiesektor abgedeckt, angefangen bei der Gewinnung von Braunkohle, über die Stromerzeugung aus Gas, Kohle, Kernkraft und regenerativen Quellen, dem Energiehandel, und Verteilernetzbetrieb bis hin zum Vertrieb von Strom und Gas und innovativen Energielösungen. Die wichtigsten Märkte sind Deutschland, Großbritannien, Niederlande/Belgien und Osteuropa. Bei der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien ist die Gesellschaft auch außerhalb dieser Regionen aktiv, z.B. in Spanien und Italien.

Mit ihrem Mix aus regenerativer Stromerzeugung, intelligenten Netzen und innovativen Vertriebsangeboten hat innogy nicht nur hervorragende unternehmerische Perspektiven, sondern auch das Rüstzeug dazu, treibende Kraft für das Gelingen der Energiewende zu sein.

Die Prognose zum diesjährigen Energieverbrauch leitet sich aus der angenommenen konjunkturellen Entwicklung ab. Darüber hinaus wird unterstellt, dass die Temperaturen im laufenden Jahr auf Normalniveau liegen und damit insgesamt niedriger ausfallen wird als 2016. Unter diesen Voraussetzungen rechnen wir für Deutschland, die Niederlande und Großbritannien mit einer stabilen bis leicht steigenden Stromnachfrage. Den Impulsen, die vom Wirtschaftswachstum und einer möglicherweise kühleren Witterung ausgehen, stehen dämpfende Einflüsse eines immer effizienteren Energieeinsatzes gegenüber. Für die wichtigsten osteuropäischen Strommärkte von innogy – Polen, die Slowakei und Ungarn – wird ein Plus von jeweils 1 % bis 2 % veranschlagt. Beim Gas werden prognostizierend steigende Verbräuche in allen Vertriebsregionen von innogy. Daneben dürfte das prognostizierte Wirtschaftswachstum die Gasnachfrage anregen. Möglicherweise gehen auch vom Stromerzeugungssektor Impulse aus, falls sich die Marktbedingungen für Gaskraftwerke weiter verbessern. Gegenläufige Einflüsse werden vom Trend zum Energiesparen erwartet.

RW Holding AG

1. Allgemeine Unternehmensdaten

RW Holding Aktiengesellschaft
c/o BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Georg-Glock-Straße 8
40474 Düsseldorf

Telefon: 0211 / 1371-0
Telefax: 0211 / 1371-120

E-Mail: info@rwholding.de

2. Öffentlicher Zweck

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die der Erreichung und Förderung des Gegenstandes der Gesellschaft notwendig oder nützlich erscheinen.

Die Gesellschaft wurde als Aktiengesellschaft mit Vertrag vom 11.12.1992 errichtet und beim Amtsgericht Düsseldorf in das Handelsregister unter der Nummer HRB 29121 eingetragen. Sitz der Gesellschaft ist Düsseldorf.

3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt 74.362.859,52 € und ist eingeteilt in 29.047.992 Stammaktien. Die Aktien sind Stückaktien und lauten auf den Inhaber. Der Rheinisch-Bergische Kreis ist derzeit über sein Verkehrsunternehmen wupsi GmbH mit 671.385 Stammaktien an der RW Holding AG beteiligt. Die Aktien haben einen rechnerischen Nennwert von 2,56 €/Aktie. Somit beläuft sich die Beteiligung am Grundkapital der Gesellschaft auf 1.718.745,60 €.

Aufgrund von Treuhandverträgen übt der Rheinisch-Bergische Kreis die Verwaltungsrechte (so z.B. Stimmrechte, Rechte auf Teilnahme an der Hauptversammlung) aus den Anteilen aus. Er hält die Aktien im eigenen Namen, aber für Rechnung der Kraftverkehr Wupper-Sieg GmbH.

4. Organisationsstruktur

Die RW Holding AG hat folgende Organe:

- a) den Vorstand,
- b) den Aufsichtsrat,
- c) die Hauptversammlung.

4.1 Vorstand

Der Vorstand besteht aus mindestens zwei Personen. Die Bestellung von stellvertretenden Mitgliedern des Vorstands ist zulässig. Diese haben in Bezug auf die Vertretung der Gesellschaft nach außen dieselben Rechte wie die ordentlichen Mitglieder des Vorstands. Die Gesellschaft wird durch zwei Vorstandsmitglieder gemeinschaftlich oder durch ein Mitglied des Vorstands zusammen mit einem Prokuristen gesetzlich vertreten.

Der Vorstand setzte sich im Berichtsjahr 2015/2016 wie folgt zusammen:

Ralf Josten, Duisburg,
Direktor Portigon AG

Frithjof Kühn, St. Augustin
Landrat a.D.

4.2 Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus neun Mitgliedern, die von der Hauptversammlung gewählt werden.

Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn alle Mitglieder unter der zuletzt bekanntgegebenen Anschrift eingeladen sind und mindestens die Hälfte der Mitglieder, aus denen er insgesamt zu bestehen hat, an der Beschlussfassung teilnimmt. Beschlüsse des Aufsichtsrats werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst, soweit das Gesetz nichts anderes bestimmt.

Dem Aufsichtsrat gehörten im Geschäftsjahr 2015/2016 folgende Personen an:

Dagmar Mühlenfeld, Mülheim/Ruhr	Vorsitzende (bis 30.11.2015)
Peter Ottmann, Nettetal	Stellvertretender Vorsitzender (bis 30.11.2015)
Dr. Wolfgang Kirsch, Münster	
Reinhard Paß, Essen	
Bernd Tischler, Bottrop	(bis 30.11.2015)
Peter Scholten, Bad Kreuznach	
Wolfgang Schwade, Köln	
Volker Behr, Essen	
Günther Scharz, Trier-Saarburg	Vorsitzender (seit 30.11.2015)
Thomas Geisel, Düsseldorf	Stellvertretender Vorsitzender (seit 30.11.2015)

Der Rheinisch-Bergische Kreis ist im Aufsichtsrat der RW Holding AG nicht vertreten.

4.3 Hauptversammlung

Die Hauptversammlung wird, soweit nicht nach Gesetz oder Satzung auch andere Personen dazu befugt sind, vom Vorstand oder vom Aufsichtsratsvorsitzenden einberufen. Die ordentliche Hauptversammlung wird innerhalb der ersten sechs Monate eines jeden Geschäftsjahres abgehalten. Außerordentliche Hauptversammlungen können so oft einberufen werden, wie es im Interesse der Gesellschaft erforderlich erscheint. Zur Teilnahme an der Hauptversammlung sind diejenigen Aktionäre berechtigt, die ihre Aktien bei der Gesellschaft, bei einer Wertpapiersammelbank, bei einem deutschen Notar oder bei den sonst in der Einberufung genannten Stellen bis zum Schluss der Hauptversammlung hinterlegen. Die Hinterlegung hat so zeitig zu erfolgen, dass zwischen dem Tage der Hinterlegung und dem Tage der Hauptversammlung vier Werktage freibleiben. Zum Vorsitz in der Hauptversammlung ist der Vorsitzende des Aufsichtsrats berufen. Jede Stammaktie gewährt in der Hauptversammlung eine Stimme. Die Beschlüsse der Hauptversammlung bedürfen der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen, soweit nicht das Gesetz zwingend etwas anderes vorschreibt. Im Falle der Stimmengleichheit gilt, ausgenommen bei Wahlen, ein Antrag als abgelehnt.

In der Hauptversammlung wurde der Rheinisch-Bergische Kreis im Geschäftsjahr 2016 durch Herrn Landrat Dr. Hermann-Josef Tebroke vertreten.

5. Wirtschaftliche Daten

Neben der RWEB GmbH & Co. KG (32,5 %) und der KEB Holding AG (35,7 %) ist die RW Holding AG seit dem 19. August 2014 mit 31,8 % am Kapital der RWEB GmbH beteiligt.

Die Finanzanlagen beinhalten mit 429.134 T€ die Beteiligung an der RWEB GmbH (entspricht einem Kapitalanteil von 31,82 %) sowie mit 123 T€ (Vorjahr: 113 T€) die Beteiligung an der RWE AG. Die direkte Beteiligung betrifft unverändert 8.421 Stammaktien an der RWE AG. Die RWE AG-Aktie weist im Geschäftsjahr 2015/2016 erhebliche Kurseinbrüche auf. Die Nachhaltigkeit von Wertminderungen bei Aktien ist nach herrschender Auffassung anhand IDW RS VFA 2 zu beurteilen. Die Beteiligung an der RWEB GmbH wurde dementsprechend mit dem niedrigeren beizulegenden Wert (§ 253 Abs. 3 S. 5 HGB) mit 14,67 €/Aktie bewertet. Es ergab sich ein Abschreibungsbedarf von 429.880 T€. Für die direkte Beteiligung an der RWE AG ergab sich zum Stichtag ein Zuschreibungsbedarf von 11 T€ auf 14,67 €/Aktie nach einer im Vorjahr vorgenommenen Wertberichtigung auf den niedrigeren beizulegenden Wert von 13,39 €/Aktie.

Über die Ausschüttung aus der RWEB GmbH (zuvor aus der RWEB GmbH & Co. KG) floss der RWH indirekt die Dividende der RWE AG zu. Der Zufluss betrug im Geschäftsjahr 2014/2015 rd. 0,98 € pro Aktie. Darüber hinaus hatte die RWH im April 2015 Dividenden aus 8.421 Stück direkt gehaltener Stammaktien der RWE AG in Höhe von 8 T€ vereinnahmt. Der Negativbetrag betraf die Rückführung einer Überentnahme 2013/2015 aus der RWEB GmbH & Co. KG (118 T€). Für 2015 hat die RWE AG die Aussetzung der Dividende für Stammaktien beschlossen. Die RWEB GmbH hat daher in 2016 keine Dividende der RWE AG erhalten infolge dessen auch keine Ausschüttung an die RWH beschlossen.

Bilanz

Aktiva	31.08.2016 T€	31.08.2015 T€	31.08.2014 T€
A. Anlagevermögen			
I. Sachanlagen		0	0
II. Finanzanlagen	429.257	859.126	859.336
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	561	4.474	33.511
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	496	21.581	725
C. Rechnungsabgrenzungsposten	5	5	4
Bilanzsumme	430.319	885.186	893.576

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	74.363	74.363	74.363
II. Kapitalrücklage	303.692	733.572	733.572
III. Gewinnrücklagen	46.901	46.901	46.901
IV. Bilanzgewinn	1.018	29.784	28.948
B. Rückstellungen	522	552	569
C. Verbindlichkeiten	3.823	14	9.223
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	430.319	885.186	893.576

Gewinn- und Verlustrechnung

	2015/2016 T€	2014/2015 T€	2013/2014 T€
Sonstige betriebliche Erträge	11	63	9
Personalaufwand	85	85	110
Sonstige betriebliche Aufwendungen	364	145	104
Erträge aus Beteiligungen	0	28.527	27.997
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	22	314	73
Abschreibungen auf Finanzanlagen	429.880	209	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	19	109	117
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-430.315	28.356	27.748
Außerordentliche Aufwendungen	8	0	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	146	216	154
Jahresfehlbetrag	-430.469	28.140	27.594
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	1.607	1.644	1.355
Entnahme aus der Kapitalrücklage	429.880		
Bilanzgewinn	1.018	29.784	28.949

6. Beschäftigte

Die RW Holding AG beschäftigt keine eigenen Mitarbeiter.

Die Personalaufwendungen enthalten Vergütungen für die beiden Vorstandsmitglieder. Die Besorgung der Geschäfte erfolgt durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BDO AG, Düsseldorf, gegen Entgelt auf Grundlage eines Geschäftsbesorgungsvertrages.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Aufgrund der Aussetzung der RWE AG-Dividende für 2015 konnte die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2015/2016 keine Erträge aus der Beteiligung an der RWEB GmbH bzw. aus den von ihr direkt gehaltenen Aktien der RWE AG realisieren.

Die Steuerrückstellungen in Höhe von 487.677,00 betreffen die Körperschaftsteuer einschließlich Solidaritätszuschlag und Gewerbesteuer für das Veranlagungsjahr 2015. Im Geschäftsjahr 2015/2016 wurde keine Dividende von der RW-Holding AG ausgeschüttet.

Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH

1. Allgemeine Unternehmensdaten

Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH
Rüttenscheider Straße 62
45130 Essen

Telefon: 0201 / 243439

Internet: www.vka-rwe.de

Telefax: 0201 / 222974

E-Mail: info@vka-rwe.de

2. Öffentlicher Zweck

Gemeinden, Städte und Kreise sind im Rahmen ihrer allgemeinen Daseinsvorsorge verpflichtet, ihre Bürger mit Wasser, Strom und anderen Energien zu versorgen sowie Abwässer und Abfälle zu beseitigen. Weil diese Aufgaben häufig die Leistungskraft einer einzelnen Gemeinde übersteigen, schließen sich die Gebietskörperschaften mit Privatunternehmen in der Form des gemischtwirtschaftlichen Unternehmens zusammen. In dieser Organisationsform wurde die RWE 1898 in Essen gegründet. Wegen der Vorteile in diesem Verbund erwarben immer mehr Kommunen RWE-Aktien, so dass die kommunale Seite im Jahre 1920 über die Stimmen- und Kapitalmehrheit in der RWE-Hauptversammlung verfügte. Die schwierige Haushalts- und Finanzlage zwang in den 20iger Jahren einige Kommunen zum Verkauf ihrer RWE-Aktien. Weil Aktienverkäufe an „nichtkommunale Interessenten“ die kommunale Seite geschwächt hätte, schlossen die Städte Essen, Duisburg, Gelsenkirchen, Mülheim und Remscheid sowie die Kreise Essen und Mettmann -vertreten durch die Stadt Essen als Treuhänderin- ab 1927 mit den kommunalen Aktionären des RWE Bindungsverträge, die die Kommunen unter Konventionalstrafe verpflichteten, die RWE-Aktien bei Veräußerung zunächst den übrigen kommunalen Aktionären zu einem Vorzugspreis anzubieten. Um den Zusammenschluss eine feste Rechtsform zu geben, gründeten 11 Städte und Kreise sowie der Provinzialverband Rheinland am 23.11.1929 die "Kommunale Aufnahmegruppe für Aktien GmbH" in Essen. Die Gesellschaft wurde am 11.01.1930 in das Handelsregister beim Amtsgericht Essen eingetragen. Am 09.12.1947 verabschiedete die Gesellschafterversammlung dieser GmbH einen neuen Gesellschaftsvertrag (Verbandssatzung). Als Firmenname wurde festgelegt: "Verband der kommunalen RWE- Aktionäre Gesellschaft mit beschränkter Haftung". Durch den Bindungsvertrag haben sich die kommunalen Aktionäre verpflichtet, ihre Aktien an der RWE-AG vor einer Veräußerung an Dritte zunächst den übrigen kommunalen Anteilseignern anzubieten. Erst wenn sich aus deren Kreis innerhalb von sechs Wochen kein Interessent meldet, können die Papiere über den Markt veräußert werden. Die Veräußerung der ursprünglich gebundenen RWE-Stammaktien hat allerdings binnen 12 Monaten nach Freistellungserklärung durch den Verband der kommunalen RWE-Aktionäre zu erfolgen, andernfalls sind diese Aktien wieder gebunden.

Gegenstand des Verbandes ist die Bildung einer einheitlichen Auffassung der Gesellschafter in energiewirtschaftlichen und damit zusammenhängenden kommunalpolitischen Fragen sowie die Unterstützung ihrer Gesellschafter bei deren Aufgaben zur Sicherung einer wirtschaftlichen sinnvollen Daseinsvorsorge und bei der Darbietung einer sicheren und preiswerten Ver- und Entsorgung in den Bereichen Strom, Öl, Gas, Wasser, Abwasser und Abfall. Hierzu hat die Gesellschaft die Aufgaben die Interessen der Gesellschafter in den Fragen der Versorgung und Entsorgung ihrer Gebiete wie auch des angemessenen Einsatzes heimischer

Energieträger zu koordinieren, soweit dies erforderlich ist, und diese gegenüber staatlichen Stellen, gegenüber anderen Verbänden und gegenüber der Öffentlichkeit zu vertreten sowie die Gesellschafter und ihre Gemeinden in allen Fragen der Versorgung und der Entsorgung zu beraten.

Der Verband ist im Handelsregister des Amtsgerichts Essen unter der HRB Nr. 322 eingetragen.

3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 127.822,97 €. Bei einem Kapitalanteil von 2.147,42 € beträgt der Stimmanteil des Rheinisch-Bergischen Kreises 1,68 %. Dem Verband gehören 85 Mitgliedskörperschaften an.

4. Organisationsstruktur

Die Gesellschaft hat folgende Organe:

- a) die Geschäftsführung,
- b) der Verwaltungsrat,
- c) die Gesellschafterversammlung.

Außer den Organen werden vier Gebietsausschüsse gebildet.

4.1 Geschäftsführung

Die Gesellschaft hat zwei Geschäftsführer. Sie wird gemeinsam durch die beiden Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer gemeinschaftlich mit einem Prokuristen vertreten. Die Geschäftsführer werden durch Beschluss der Gesellschafterversammlung bestellt und abberufen. Die Bestellung erfolgt jeweils auf die Dauer von sechs Jahren.

Geschäftsführer des Verbandes sind Herr Landrat a.D. Roger Graef (bis zum 30. April 2016) und Herr Staatssekretär a.D. Ernst Gerlach. Ab dem 01. Mai 2016 wurde Landrat a.D. Peter Ottmann zum neuen Geschäftsführer bestellt.

Die Aufgabe der Prokuristen wird durch Herrn Günter Berndmeyer und Frau Judith Roßberg wahrgenommen.

4.2 Verwaltungsrat

Der Verwaltungsrat besteht aus dem Vorsitzenden, dem ersten und zweiten stellvertretenden Vorsitzenden und 10 weiteren Mitgliedern. Die Mitglieder des Verwaltungsrates werden aus der Mitte der Gesellschafterversammlung für eine Amtszeit von 5 Jahren gewählt.

Die Beschlüsse des Verwaltungsrates werden mit einfacher Mehrheit aller abgegebenen Stimmen gefasst. Jedes Mitglied hat eine Stimme.

Der Verwaltungsrat setzte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr 2015/2016 wie folgt zusammen:

Vorsitzende/r

Günther Schartz, Landrat, Landkreis Trier-Saarburg (ab 21. Oktober.2015)

1. stellvertretende/r Vorsitzende/r

Thomas Geisel, Oberbürgermeister, Düsseldorf (ab 20. November 2015)

2. stellvertretender Vorsitzender

Sven-Georg Adenauer, Landrat, Kreis Gütersloh (ab 21. Oktober 2015)

Mitglieder

Volker Behr	Vorsitzender des Vorstandes, Sparkasse Essen (ab 01.01.2015)
Rudolf Bertram	Bürgermeister, Eschweiler
Michael Breuer	Präsident, Rheinischer Sparkassen- u. Giroverband
Thomas Hendele	Landrat, Mettmann (ab 21.10.2015)
Michael Lieber	Landrat, Kreis Altenkirchen
Dr. Peter Schäfer	Sprecher der Geschäftsführung, Essener Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH
Claus Schick	Landrat, Landkreis Mainz-Bingen
Ulrich Scholten	Oberbürgermeister, Mülheim an der Ruhr (ab 20. November. 2015)
Wolfgang Spelthahn	Landrat, Kreis Düren
Bernd Tischler	Oberbürgermeister, Bottrop (ab 20. November 2015)

Der Rheinisch-Bergische Kreis ist im Verwaltungsrat personell nicht vertreten.

4.3 Gesellschafterversammlung

In der Gesellschafterversammlung kann sich jeder Gesellschafter nur durch eine Person vertreten lassen.

Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Gesellschafter sowie mindestens die Hälfte des Stammkapitals vertreten und der Vorsitzende oder einer der stellvertretenden Vorsitzenden des Verwaltungsrates anwesend sind. Wird die Beschlussfähigkeit nicht erreicht, so ist unverzüglich mit gleicher Tagesordnung und gleichen Beschlussgegenständen sowie mit gleichen Formen und Fristen eine erneute Gesellschafterversammlung einzuberufen. Diese ist beschlussfähig, wenn stimmberechtigte Gesellschafter vertreten sind und auf die Voraussetzungen der Beschlussfähigkeit im erneuten Einladungsschreiben hingewiesen worden ist. Ein Beschluss der Gesellschafterversammlung bedarf, soweit nicht kraft zwingenden Rechtes oder aufgrund des Gesellschaftsvertrages etwas anderes vorgeschrieben ist, der einfachen Mehrheit aller abgegebenen Stimmen. Jeder Gesellschafter hat eine Stimme.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wurde in der Gesellschafterversammlung durch Herrn Landrat Dr. Hermann-Josef Tebroke vertreten. Sein Stellvertreter war Herr Kreisdirektor Dr. Erik Werdel.

5. Wirtschaftliche Daten

Das Geschäftsjahr 2015/2016 schloss mit einem Jahresfehlbetrag von 214.021,77 € und einem Bilanzverlust von 1.707.308,03 € ab.

Das Eigenkapital der Gesellschaft wurde durch Zuzahlung der Gesellschafter von 173.322,00 € in die Kapitalrücklage gestärkt und entsprach somit 93,1 % der Bilanzsumme.

Aus dem Bilanzgewinn 2005/2006 wurden 650 T€ in die Gewinnrücklagen (Ausgleichsrücklage) zur Finanzierung zukünftiger außerordentlicher Aufwendungen eingestellt. Zur Deckung der Buchverluste aus dem Abgang der Capped Bonus – Zertifikate im Geschäftsjahr 2008/2009 wurden im Geschäftsjahr 2009/2010 auf der Grundlage des Gesellschafterbeschlusses vom 26.11.2009 250 T€ aus der Ausgleichsrücklage entnommen. Zum 30.06.2016 belief sich die Ausgleichsrücklage unverändert zum Bilanzstichtag des Vorjahres auf 400 T€.

Bilanz

Aktiva	30.06.2016 T€	30.06.2015 T€	30.06.2014 T€
A. Anlagevermögen			
I. Sachanlagen	0	1	2
II. Finanzanlagen	163	163	273
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	8	15	11
III. Wertpapiere		0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	201	250	116
C. Rechnungsabgrenzungsposten	2	0	0
Bilanzsumme	374	429	402

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	128	128	128
Eigene Anteile	-12	- 12	- 3
II. Kapitalrücklage	1.528	1.355	1.181
III. Gewinnrücklagen	412	412	402
IV. Bilanzverlust	-1.707	- 1.493	- 1.338
B. Rückstellungen	21	35	23
C. Verbindlichkeiten	4	4	9
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	374	429	402

Gewinn- und Verlustrechnung

	2015/2016 T€	2014/2015 T€	2013/2014 T€
sonstige betriebliche Erträge	12	120	1
Personalaufwand	-157	200	179
Abschreibungen auf Sachanlagen	0	1	1
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-85	80	90
Erträge aus anderen Wertpapieren des Finanzanlagevermögens	16	15	20
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	1	2
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-214	- 145	- 247
Steuern	0	0	0
Jahresfehlbetrag	-214	- 145	- 247

6. Beschäftigte

Der Personalaufwand umfasste die Vergütungen der Geschäftsführer, die Gehälter für die beiden Prokuristen (jeweils zwei halbe Stellen) und einer weiteren Mitarbeiterin einschließlich Sozialabgaben. Der Personalaufwand belief sich im Berichtsjahr auf insgesamt 157.416,08 €. Davon entfielen 148.239,09 € auf die Gehälter und 9.176,99 € auf soziale Abgaben.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Neben seiner Beteiligung am Stammkapital in Höhe von 2.147,42 € haben sich die Gesellschafter des Verbandes, und somit auch der Rheinisch-Bergische Kreis, gem. Gesellschaftsvertrag verpflichtet, zur Deckung der lfd. Ausgaben der Gesellschaft, Nachschüsse zu leisten. Die Höhe der Nachschüsse wurde durch die Gesellschafterversammlung auf die 1,5-fache Höhe des jeweiligen Gesellschaftskapitalanteils der Gesellschafter festgelegt.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2015/2016 hat der Rheinisch-Bergische Kreis einen Zuschuss in Höhe von 3.221,00 € an den Verband geleistet.

8. Bewertung

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2015/2016 die Interessen der Gesellschafter in den Fragen der Versorgung und Entsorgung ihrer Gebiete wie auch des angemessenen Einsatzes heimischer Energieträger koordiniert und diese gegenüber staatlichen Stellen, gegenüber anderen Verbänden und gegenüber der Öffentlichkeit vertreten.

Für die Zukunft geht die Geschäftsführung bei der Struktur der Gesellschaft weiterhin davon aus, dass auch künftig die laufenden Aufwendungen für die Durchführung der Aufgaben der Gesellschaft nicht aus den Erträgen des eigenen Vermögens gedeckt werden können und die Gesellschaft daher weiterhin darauf angewiesen ist, dass Fehlbeträge durch Nachschüsse der Gesellschafter ausgeglichen werden.

Wesentliche Chancen und Risiken, die die zukünftige bilanzielle Entwicklung der Gesellschaft beeinflussen, werden von der Geschäftsführung nicht gesehen.

Wasserversorgungsverband Rhein-Wupper

1. Allgemeine Unternehmensdaten

Wasserversorgungsverband Rhein-Wupper
Schürholz 38
42929 Wermelskirchen

Telefon: 02193 / 51110
Telefax: 02193 / 2791

Internet: www.wvv-rhein-wupper.de
E-Mail: info@wvv-rhein-wupper.de

2. Öffentlicher Zweck

Der Wasserversorgungsverband Rhein-Wupper wurde am 25.01.1960 gegründet. Der Verband hat die Aufgabe, die Trinkwasserversorgung im Verbandsgebiet durch Wasserbeschaffung und Wasserlieferung an Versorgungsunternehmen sicherzustellen und hierfür die notwendigen Anlagen zu errichten, zu betreiben und zu unterhalten. Er kann an Versorgungsunternehmen außerhalb des Verbandsgebietes Trinkwasser liefern und hierfür die notwendigen Anlagen errichten, betreiben und unterhalten.

3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Das Stammkapital des Verbandes beträgt 11.200.000 €.

Für das Stimmrecht in der Verbandsversammlung, für die Umlegung der Verbandsausgaben und für die Auseinandersetzung des Vermögens und der Verbindlichkeiten bei Auflösung des Verbandes gilt bei den Mitgliedern des Verbandes folgendes Beteiligungsverhältnis:

Rheinisch-Bergischer Kreis	20 %
Stadt Burscheid	14 %
Stadt Hückeswagen	4 %
Stadt Leichlingen	13 %
Stadt Leverkusen (für den Stadtteil Bergisch-Neukirchen)	5 %
Gemeinde Odenthal	9 %
Stadt Radevormwald	14 %
Stadt Solingen (für den Stadtteil Burg a.d.W.)	1 %
Stadt Wermelskirchen	20 %

4. Organisationsstruktur

Der Verband hat folgende Organe:

- a) Verbandsversammlung,
- b) Verbandsvorsteher.

4.1 Verbandsversammlung

In der Verbandsversammlung steht jedem Verbandsmitglied für je 3% Beteiligungsanteil eine Stimme zu, mindestens jedoch 2 Stimmen. Es entfallen von den insgesamt 37 Stimmen auf

den Rheinisch-Bergischer Kreis 7

die Stadt Burscheid	5
die Stadt Hückeswagen	2
die Stadt Leichlingen	4
die Stadt Leverkusen	2
die Gemeinde Odenthal	3
die Stadt Radevormwald	5
die Stadt Solingen	2
die Stadt Wermelskirchen	7

Jedes Verbandsmitglied entsendet in die Verbandsversammlung so viele Vertreter, als ihm Stimmen zustehen. Die Mitglieder der Verbandsversammlung sind von den Kreis-, Stadt- und Gemeindevertretungen für deren Amtszeit zu wählen. Für jedes Mitglied der Verbandsversammlung ist für den Fall der Verhinderung ein Stellvertreter zu bestellen. Die Verbandsversammlung wählt aus ihrer Mitte den Vertreter eines Verbandsmitgliedes zum Vorsitzenden. In gleicher Weise wählt sie einen Stellvertreter des Vorsitzenden. Die Verbandsversammlung entscheidet u.a. in allen Angelegenheiten, die nach der Eigenbetriebsverordnung dem Rat der Gemeinde vorbehalten sind. Sie ist beschlussfähig, wenn die anwesenden Vertreter der Mitglieder wenigstens die Hälfte der Stimmzahl erreichen.

In der Verbandsversammlung wird der Rheinisch-Bergische Kreis durch folgende Mitglieder vertreten:

ordentliches Mitglied

Allendorf, Werner
Klein, Hans Jürgen
Kübler, Wolfgang
Lautz, Peter Hermann
Reichert, Elke
Schulte, Bernhard
Soylu, Dilara

stellvertretendes Mitglied

Schmalt, Thorsten
Wurmbach, Sabine
Winter, Maurice
Bosbach, Martin
Kreuzer, Manfred
Bleek, Rainer
Seydholdt, Claudia

4.2 **Verbandsvorsteher**

Der Verbandsvorsteher wird von der Verbandsversammlung aus dem Kreis der Hauptverwaltungsbeamten oder mit Zustimmung ihres Dienstvorgesetzten aus dem Kreis der allgemeinen Vertreter oder der leitenden Bediensteten der Mitglieder gewählt. Zum Stellvertreter wählt die Verbandsversammlung einen Beamten eines Verbandsmitgliedes.

Der Verbandsvorsteher führt die laufenden Geschäfte sowie nach Maßgabe der Gesetze, der Verbandssatzung und der Beschlüsse der Verbandsversammlung die übrige Verwaltung des Verbandes und vertritt den Verband gerichtlich und außergerichtlich.

Verbandsvorsteher war Herr Landrat Dr. Hermann-Josef Tebroke, Rheinisch-Bergischer Kreis. Sein Stellvertreter ist Herr Bürgermeister Dietmar Persian, Hückeswagen.

Die Verwaltungsgeschäfte des Verbandes werden nach Weisung des Verbandsvorstehers durch den Betriebsleiter erledigt.

Betriebsleiter ist Herr Günter Wasserfuhr. Die stellvertretende Betriebsleitung liegt bei Frau Anita Domogala.

5. Wirtschaftliche Daten

Der Jahresabschluss des Verbandes weist zum Ende des Geschäftsjahres 2016 einen Jahresüberschuss in Höhe von 226.700,13 € aus. Zu dem positiven Ergebnis des Jahres 2016 haben insbesondere die sonstigen betrieblichen Erträge, darunter vorrangig die Erstattungen des Wupperverbandes (Erstattung des Beitrages und des Wasserentnahmeentgeltes) sowie die aktivierten Eigenleistungen beigetragen. Die durchschnittliche Tagesabgabe im Jahr 2016 betrug 18.761 m³ (2015 = 18.608 m³).

Die Entwicklung des Verbandes im vorangegangenen Geschäftsjahr wurde durch keine besonderen Ereignisse geprägt. Die prognostizierte Trinkwasserabgabe in Höhe von 6,8 Mio. m³ wurde mit 67 Tm³ überschritten.

Im Rahmen der Trinkwasseruntersuchungen wurden im Berichtszeitraum 2.457 Proben bearbeitet. Wie in den Jahren zuvor lag keine Beanstandung durch die Bezirksregierung oder den Amtsarzt vor. Zusätzlich zu dem in der Trinkwasserverordnung vorgegebenen Untersuchungsumfang wurde von Seiten des Amtsarztes eine zusätzliche umfasst-sende Untersuchung verlangt. Die Probenahme und Untersuchung erfolgte durch das nach DIN EN ISO/IEC 17025 akkreditierte Laboratorium der Rhein-Energie (Köln). Alle Parameter dieser Probe erfüllten bzw. unterschritten die von der Trink-Wasserverordnung vorgegebenen Grenzwerte.

Bilanz

Aktiva	31.12.2016 T€	31.12.2015 T€	31.12.2014 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	382	387	372
II. Sachanlagen	17.061	17.041	16.572
III. Finanzanlagen	3	3	3
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	101	105	98
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	661	580	794
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	985	780	408
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	3
Bilanzsumme	19.193	18.896	18.250

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Stammkapital	11.200	11.200	11.200
II. Kapitalrücklage	1.549	1.549	1.549
III. Gewinnvortrag	503	376	285
IV. Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	227	127	91
B. Aushändigungsverpflichtung	2.884	2.953	3.021
C. Sonderposten für Zuschüsse	817	714	336
D. Rückstellungen	629	591	599
E. Verbindlichkeiten	1.384	1.386	1.169
F. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	19.193	18.896	18.250

Gewinn- und Verlustrechnung

	2016 T€	2015 T€	2014 T€
Umsatzerlöse	5.714	5.652	5.576
Andere aktivierte Eigenleistungen	11	31	2
sonstige betriebliche Erträge	218	134	136
Materialaufwand	3.123	3.172	3.213
Personalaufwand	1.851	1.798	1.696
Abschreibungen	471	460	464
sonstige betriebliche Aufwendungen	227	222	200
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	1	1
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	27	30
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	249	148	112
Sonstige Steuern		21	22
Jahresfehlbetrag	227	127	90

Kennzahlen

	Angaben in	2016	2015	2014
Eigenkapitalquote:	%	70,2	70	72
Wasserabgabe:	Mio./m³	6.867	6.792	6.718
Wassergebühr: *	€/m³	0,79	0,79	0,79
cash flow aus lfd. Geschäftstätigkeit:	T€	908	1.006	737

* ab 01.04.2013 inkl. Wasserentnahmeentgelt in Höhe von 0,05 €/ m³:

6. Beschäftigte

Der Verband beschäftigte zum 31.12.2016 insgesamt 29 Mitarbeiter.

Personal	2016	2015	2014
Mitarbeiter	29	28	29
davon			
Teilzeitbeschäftigte	4	4	4
geringfügig Beschäftigte	2	2	3
Auszubildende	0	0	0

Der Verband zahlte im Geschäftsjahr 2016 insgesamt 1.432 T€ an Löhne und Gehälter sowie 419 T€ an soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung und für Unterstützung.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Gemäß § 2 Abs. 4 der Verbandssatzung erstrebt der Verband keinen Gewinn an. Sollten die sonstigen Einnahmen des Verbandes zur Deckung des Aufwandes nicht ausreichen, wird der entstehende Aufwand auf die Verbandsmitglieder nach dem Beteiligungsschlüssel (siehe Ziffer 3) umgelegt. Dies wurde bisher nicht notwendig.

8. Bewertung

Zur Deckung des Trinkwasserbedarfs der Verbandsmitglieder stehen insgesamt 10,2 Mio. m³/a Trink- und Rohwasser zur Verfügung. Zusätzlich steht noch eine vertraglich geregelte Menge von 1 Mio. m³/a aus dem Kontingent der EW Remscheid (Vorsperre Große Dhünn-Talsperre) zur Verfügung.

Die Tageskapazität der Aufbereitungsanlage im Wasserwerk Schürholz ist mit 36.000 m³ ausgelegt und verfügt bei einem max. Tagesverbrauch von ca. 30.000 m³ noch über Reserven.

Bei einem eventuellen Ausfall der Dhünn-Talsperre oder der Aufbereitungsanlage kann die erforderliche Wassermenge über die Verbindungsleitung DN 800 zum Aggerverband bezogen werden. Dadurch ist eine hohe Versorgungssicherheit gegeben.

Im Wirtschaftsjahr 2017 wird mit einem ausgeglichenen Ergebnis gerechnet. Der Erfolgsplan schließt in Erträgen mit TEUR 5.513 (Vj. 5.652) und Aufwendungen mit TEUR 5.513 (Vj. TEUR 5.905) ab. Die Wassergebühr beträgt 0,72 €/m³ (Vj. 0,74 €/m³) zzgl. Wasserentnahmeentgelt in Höhe von 0,05 €/m³.

wupsi GmbH

1. Allgemeine Unternehmensdaten

wupsi GmbH
Borsigstraße 18
51381 Leverkusen

Telefon: 02171 / 50070
Telefax: 02171 / 5007177

Internet: www.wupsi.de
E-Mail: info@wupsi.de

2. Öffentlicher Zweck

Die Gesellschaft wurde als kommunale Eigengesellschaft im März des Jahres 1924 im ehemaligen Landkreis Wipperfürth gegründet. Im Januar 1929 erfolgte die Umwandlung in die Rechtsform einer Aktiengesellschaft unter der Firmierung „Kraftverkehr Wupper-Sieg AG“. Als Folge der kommunalen Neugliederung in Nordrhein-Westfalen im Jahre 1975 wurde das Aktienkapital des Unternehmens zu gleichen Teilen auf die Stadt Leverkusen und den Rheinisch-Bergischen Kreis aufgeteilt. Im März 1979 wurde der Betriebshof mit Hauptverwaltung und Zentralwerkstatt nach 51381 Leverkusen, Borsigstraße 18, verlegt. Ein zweiter Betriebshof befindet sich in Kooperation mit der Regionalverkehr Köln GmbH in 51469 Bergisch Gladbach, Hermann-Löns-Straße 48 a. Von dort aus wird das Liniennetz im Rheinisch-Bergischen Kreis bedient.

Mit Wirkung zum 31.05.2016 wurde die Gesellschaft in eine GmbH mit der Firmierung „wupsi GmbH“ umgewandelt. Hintergrund sind rechtliche Anforderungen in Bezug auf die Direktvergabe von Verkehrsleistungen an einen internen Betreiber durch die Aufgabenträger ab Ende 2016.

Dem Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH (VRS) mit Sitz in Köln gehört das Unternehmen seit dessen Gründung im Jahr 1987 an. Verbundgedanke ist, zusammen mit den Gebietskörperschaften eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit öffentlichen Verkehrsmitteln im Kooperationsraum Rhein-Sieg zu wirtschaftlichen Bedingungen sicherzustellen.

Die wupsi GmbH plant und betreibt öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in weiten Teilen des Rheinisch-Bergischen Kreises und in Leverkusen. Sie wird in der Hauptsache für ihre Anteilseigner und in deren Gebiet tätig. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten, ferner Interessengemeinschaften eingehen und Zweigniederlassungen errichten.

Die wupsi GmbH hält 100 % der Geschäftsanteile am Unternehmen Herweg Busbetrieb GmbH (HBB). Neben der Subunternehmerleistung für die wupsi GmbH im Linienverkehr betätigt sich die HBB im Gelegenheitsverkehr und im freigestellten Schülerverkehr.

3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 5.524.000,00 €. An dem Stammkapital halten die Stadt Leverkusen eine Stammeinlage von 2.762.100,00 € (50 %) und der Rheinisch-Bergische Kreis eine Stammeinlage von 2.762.000,00 € (50 %).

Gesellschafter	Stammeinlage in €	in %
Stadt Leverkusen	2.762.100	50
Rheinisch-Bergischer Kreis	2.762.100	50

4. Organisationsstruktur

Die Gesellschaft hat folgende Organe:

- a) Geschäftsführung,
- b) Aufsichtsrat,
- c) Gesellschafterversammlung.

4.1 Geschäftsführung

Die Geschäftsführung leitet die Gesellschaft gemäß GmbH-Gesetz unter eigener Verantwortung. Darüber hinaus führt sie die Geschäfte und vertritt die Gesellschaft als juristische Person.

Geschäftsführer der Gesellschaft ist Herr Marc Kretkowski, Krefeld.

4.2 Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus neun Mitgliedern (3 Stadt Leverkusen, 3 Rheinisch-Bergischer Kreis, 3 Arbeitnehmer). Die Amtszeit der Mitglieder des Aufsichtsrats endet mit Ablauf der regelmäßigen kommunalen Wahlperiode. Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder zur Sitzung ordnungsgemäß geladen sind und mindestens fünf Mitglieder, darunter der Vorsitzende oder sein Stellvertreter und jeweils ein Mitglied der Stadt Leverkusen, des Rheinisch-Bergischen Kreises und der Arbeitnehmer in der Sitzung zugegen sind. Der Aufsichtsrat fasst seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen, sofern nichts anderes bestimmt ist. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden oder seines Stellvertreters, wenn dieser den Vorsitz führt.

Der Aufsichtsrat setzte sich im Jahr 2016 aus folgenden Personen zusammen:

Wilmund Opladen,
Studiendirektor i.R., Bergisch Gladbach Vorsitzender

Christian Melchert,
Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Leverkusen Stellvertretender Vorsitzender
(bis 31.01.2016)

Oliver Ruß,
kfm. Angestellter, Leverkusen Stellvertretender Vorsitzender
(ab 07.04.2016)

Harald Breutling,
wupsi-Mitarbeiter, Odenthal

Andrea Deppe
Baudezernentin der Stadt Leverkusen

Ulrich Hölkeskamp,
wupsi-Mitarbeiter, Leverkusen

Thomas Merten,
Dezernent des Rheinisch-Bergischen Kreises, Leverkusen (bis 10.03.2016)

Ralf Nonnenbroich,
wupsi-Mitarbeiter, Langenfeld (bis 18.08.2016)

Zoran Maslovaric,
wupsi-Mitarbeiter, Langenfeld (ab 18.08.2016)

Albrecht Omankowsky,
Rechtsanwalt, Leverkusen

Gerhard Zorn,
Landesverwaltungsdirektor, Overath (bis 10.03.2016)

Bernhard Schulte,
Rechtsanwalt, Wermelskirchen (ab 07.04.2016)

Reinhard Haase,
stellvertretender Dezernent des Rheinisch-Bergischen Kreises,
Wipperfürth (ab 07.04.2016)

4.3 Hauptversammlung (bis 31.05.2016)

In 2016 haben zwei außerordentliche Sitzungen der Hauptversammlung stattgefunden. Am 07.04.2016 wurden neue Aufsichtsratsmitglieder gewählt, am 11.05.2016 wurde die Umwandlung der KWS AG in die wupsi GmbH beschlossen.

Vertreter des Rheinisch-Bergischen Kreises in der Hauptversammlung des Geschäftsjahres 2016 war Herr Wolfgang Kübler.

4.4 Gesellschafterversammlung (ab 31.05.2016)

Die Gesellschafterversammlung besteht aus 6 Mitgliedern. 3 Mitglieder vertreten den Gesellschafter Rheinisch-Bergischer Kreis und 3 Mitglieder vertreten den Gesellschafter Stadt Leverkusen. Die Vertreter der Gesellschafter können die auf ihren Gesellschafter entfallenden Stimmen nur einheitlich abgeben. Die Beschlüsse der Gesellschafterversammlung werden, sofern nicht das Gesetz oder der Gesellschaftsvertrag etwas Abweichendes vorschreiben, mit Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt. Je EUR 1,00 eines Geschäftsanteils gewährt eine Stimme.

Vertreter des Rheinisch-Bergischen Kreises in der Gesellschafterversammlung des Geschäftsjahres 2016 waren Herr Wolfgang Kübler, Herr Gerhard Zorn und Herr Gerd Wölwer.

5. Wirtschaftliche Daten

Die Bilanzsumme hat sich bei der wupsi GmbH um 7.879 T€ auf 43.295 T€ und im Konzern um 7.729 T€ auf 40.879 T€ verringert.

Das Anlagevermögen ist im Jahr 2016 um 734 T€ bei der wupsi GmbH sowie um 634

T€ im Konzern gestiegen. Die Ursache hierfür liegt in einem durch die Fahrzeuginvestitionen bedingten Anstieg des Sachanlagevermögens. Zur Realisierung der Rückzahlungsverpflichtungen im Zuge der Vergleichsvereinbarung zur VRS-Verkehrserhebung wurden Guthaben bei Kreditinstituten in Anspruch genommen und Forderungen gegen die Gesellschafter realisiert. In der Folge ist das Umlaufvermögen gesunken, bei der wupsi GmbH um 8.607 T€ und im Konzern um 8.358 T€.

Auf der Passivseite der Bilanz hat sich das Eigenkapital bei der wupsi GmbH und im Konzern um 1.689 T€ verringert. Ursächlich hierfür ist die im Berichtsjahr erfolgte Gewinnausschüttung an die Anteilseigner, die noch aus vereinnahmten RWE-Dividenden aus dem Geschäftsjahr 2015 resultierte.

Die Rückstellungen haben sich bei der wupsi GmbH um 9.270 T€ und im Konzern um 9.123 T€ verringert. Wesentliche Ursache für diesen Rückgang ist die Umsetzung der Vergleichsvereinbarung zur VRS-Verkehrserhebung 2009. Für die damit zusammenhängenden Rückzahlungen an die VRS-Partnerunternehmen wurden die in den Vorjahren gebildeten Rückstellungen in Anspruch genommen.

Erhöht haben sich die Verbindlichkeiten, bei der wupsi GmbH um 3.080 T€ und im Konzern um 3.083 T€. Dies resultiert aus höheren Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten im Rahmen der langfristigen Finanzierung von Investitionen, aus der Abrechnung der Inhouse-Vereinbarung mit den Gesellschaftern und aus Rückzahlungen im Rahmen der Umsetzung der VRS-Verkehrserhebung 2009, die erst nach Vorlage der endgültigen Zahlen für das Jahr 2015 nach dem Bilanzstichtag geleistet wurden.

Die Eigenkapitalquote beläuft sich bei der wupsi GmbH auf 53,6 %. Im Konzern liegt sie bei 50,1 %.

Der Finanzmittelfonds belief sich zum Bilanzstichtag auf 3,6 Mio. € bei der wupsi GmbH bzw. auf 4,3 Mio. € im Konzern. Die im festverzinslichen Bereich gehaltenen Beträge dienen insbesondere zur Deckung der zum Bilanzstichtag noch ausstehenden Rückzahlungsverpflichtungen aus der VRS-Verkehrserhebung 2009 für die Jahre 2015 und 2016.

Die Umsatzerlöse sind bei der wupsi GmbH um 4,4 % und im Konzern um 4,6 % gestiegen. Bei diesem Anstieg sind die geänderten Ausweisvorschriften des BilRUG berücksichtigt. Wesentliche Ursache für die Entwicklung ist der Anstieg der Umsatzerlöse aus Verbundverkehren.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind um 18,8 % bei der wupsi GmbH und im Konzern gesunken. Hier wirkt sich der Effekt aus dem BilRUG in umgekehrter Richtung zu den Umsatzerlösen aus. Diese Entwicklung resultiert im Wesentlichen aus verringerten Betriebskostenzuschüssen, geringeren Erlösen aus Anlagenverkäufen sowie geringeren Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen. Der Materialaufwand ist um 1,4 % bei der wupsi GmbH und um 2,7 % im Konzern gestiegen, insbesondere aufgrund höherer Aufwendungen für Fahrleistungen von Subunternehmern. Der Aufwand für den Bezug von Dieselmotorkraftstoff ist aufgrund niedrigerer Preise gesunken.

Die Entwicklung des Personalaufwandes mit einem Anstieg von 3,4 % bei der wupsi GmbH bzw. 2,0 % im Konzern resultiert insbesondere aus der Umsetzung der tarifvertraglich vereinbarten Entgelterhöhungen sowie einer kurzfristigen Verlagerung von Fahrleistungen der HBB GmbH auf die wupsi GmbH. Aufgrund einer zu Jahresbeginn ungeklärten tarifvertraglichen Situation bei der HBB GmbH wurden Fahrleistungen vorübergehend von der wupsi GmbH übernommen.

Die Abschreibungen sind aufgrund der Aktivierung von Investitionen wie etwa den Fahrzeugen für den Linienverkehr um 2,6 % bei der wupsi GmbH bzw. 1,3 % im Konzern gestiegen. Zu berücksichtigen ist, dass sich im Bereich der Fahrzeuginvestitionen auch weiterhin der aufwandsteigernde Effekt aus dem Wegfall der Fahrzeugförderung auswirkt.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen bei der wupsi GmbH um 0,4 % unter dem Vorjahreswert, im Konzern um 0,5 % darüber.

Das Finanzergebnis des Konzerns wird wesentlich durch die RWE-Beteiligungen geprägt. Im Jahr 2016 konnten keine Dividendenerträge aus diesen Beteiligungen mehr erzielt werden. Im Vorjahreswert des Finanzergebnisses enthaltene kursbedingte Abschreibungen auf die RWE-Anteile waren im Jahr 2016 nicht vorzunehmen. Insgesamt fällt das Finanzergebnis im Konzern aufgrund des Zinsaufwandes mit -305 T€ negativ aus. Das Finanzergebnis der wupsi GmbH, das zusätzlich die Gewinnabführung der HBB GmbH enthält, liegt mit 299 T€ dagegen im positiven Bereich.

Der Jahresüberschuss des Konzerns und der wupsi GmbH, der Zahlungen der Gesellschafter aus öffentlichen Dienstleistungsaufträgen in Höhe von ca. 3,4 Mio. € beinhaltet, beläuft sich auf 311 T€ (Vorjahr: -12.946 T€).

Bilanz, wupsi GmbH

Aktiva	31.12.2016 T€	31.12.2015 T€	31.12.2014
A. Anlagevermögen			
Immaterielle			
I. Vermögensgegenstände	193	327	373
II. Sachanlagen	18.592	17.724	17.161
III. Finanzanlagen	18.775	18.775	33.989
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	459	503	498
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.606	5.113	3.867
III. Wertpapiere		0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	3.636	8.692	6.838
C. Rechnungsabgrenzungsposten	34	40	28
Bilanzsumme	43.295	51.174	62.754

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	5.524	5.524	5.524
II. Kapitalrücklage	8.380	8.380	22.835
III. Gewinnrücklagen	103	103	103
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag		0	0
V. Bilanzgewinn	9.219	10.908	11.398
B. Sonderposten aus Rücklageanteil	0	0	0
C. Sonderposten aus Investitionszu- schüssen zum Anlagevermögen	0	0	0
D. Rückstellungen	6.404	15.674	13.798
E. Verbindlichkeiten	13.647	10.567	9.078
F. Rechnungsabgrenzungsposten	18	18	18
Bilanzsumme	43.295	51.174	62.754

Gewinn- und Verlustrechnung, wupsi GmbH

(in 2015 Korrekturen aufgrund BilRUG)

	2016 T€	2015 T€	2014 T€
Umsatzerlöse	38.928	37.276	35.727
sonstige betriebliche Erträge	4.732	5.829	6.520
Materialaufwand	22.427	22.117	22.524
Personalaufwand	12.874	12.456	11.790
Abschreibungen	2.990	2.915	2.632
sonstige betriebliche Aufwendungen	5.323	5.344	5.309
Erträge aus Beteiligungen	1	1	0
Erträge aus Gewinnabführung	604	635	735
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0	1.954	1.981
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	5	19	259
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	4	15.462	2.518
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	307	337	351
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-1	-3	
Ergebnis nach Steuern	346	- 12.915	98
			-27
			-4
Sonstige Steuern	35	31	30
Jahresüberschuss	311	- 12.946	45
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	10.907	11.398	12.703
Ausschüttung an die Gesellschafter	-2.000	- 2.000	1.350
Bilanzgewinn	9.218	10.908	11.398

Kennzahlen, wupsi GmbH

	Angaben in	2016	2015	2014
Eigenkapitalquote:	%	53,6	48,7	63,5
Deckungsgrad gebundenes Vermögen:	%	88,5	92,3	93,2
Investitionen (ohne Finanzanlagen):	T€	4.349	3.431	4.127
Anlagenintensität:	%	86,7	66,5	82,1
cash-flow:	T€	-407	- 1.043	-2.157
EBIT:	T€	-2.797	- 18.689	-6.162
EBITDA:	T€	197	- 312	-1.012
Umsatzrentabilität:	%	-8,0	- 51,9	-18,2
Eigenkapitalrentabilität:	%	-12,0	- 75,0	-16,3
Betriebsstreckenlänge:	km	515	515	515
Fahrgäste im Linienverkehr:	Mio.	31,44	32,65	32,12
Anzahl der Fahrzeuge für den Linienverkehr:	Stck.	181	181	180

Bilanz, Konzern

Aktiva	31.12.2016 T€	31.12.2015 T€	31.12.2014 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	193	327	373
II. Sachanlagen	18.650	17.881	17.451
III. Finanzanlagen	15.776	15.777	30.990
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	459	503	498
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.472	4.915	3.642
III. Wertpapiere		0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	4.294	9.164	7.250
C. Rechnungsabgrenzungsposten	35	4	30
Bilanzsumme	40.879	48.607	60.234

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	5.524	5.524	5.524
II. Kapitalrücklage	5.629	5.629	20.084
III. Gewinnrücklagen	103	103	103
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag		0	0
V. Bilanzgewinn	9.222	10.911	11.402
B. Sonderposten aus Investitionszuschüssen zum Anlagevermögen	0	0	0
C. Rückstellungen	6.683	15.805	13.960
D. Verbindlichkeiten	13.700	10.617	9.143
E. Rechnungsabgrenzungsposten	18	18	18
Bilanzsumme	40.879	48.607	60.234

Gewinn- und Verlustrechnung, Konzern

(in 2015 Korrekturen aufgrund BilRUG)

	2016 T€	2015 T€	2014 T€
Umsatzerlöse	35.050	33.521	32.130
sonstige betriebliche Erträge	4.739	5.835	6.440
Materialaufwand	12.285	11.967	12.295
Personalaufwand	18.342	17.982	17.355
Abschreibungen	3.089	3.048	2.790
sonstige betriebliche Aufwendungen	5.420	5.449	5.402
Erträge aus Beteiligungen	1	1	1
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0	1.954	1.981
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	5	19	259
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	4	15.462	2.518
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	307	337	351
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-2	-3	
Ergebnis nach Steuern	348	- 12.913	100
			-27
			-4
Sonstige Steuern	38	33	32
Jahresüberschuss	311	- 12.946	45
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	10.911	11.402	12.706
Ausschüttung an die Gesellschafter	-2.000	- 2.000	-1.350
Bilanzgewinn	9.222	10.911	11.401

Kennzahlen, Konzern

	Angaben in	2016	2015	2014
Eigenkapitalquote:	%	50,1	45,6	61,6
Deckungsgrad gebundenes Vermögen:	%	88,1	94,7	92,7
Investitionen (ohne Finanzanlagen):	T€	4.349	3.431	4.127
Anlagenintensität:	%	84,7	70,2	81,0
cash-flow:	T€	-308	- 1.489	-2.064
EBIT:	T€	-2.793	- 3.227	-6.162
EBITDA:	T€	296	- 179	-854
Umsatzrentabilität:	%	-8,8	- 10,8	-20,3
Eigenkapitalrentabilität:	%	-15,1	- 16,1	-17,5
Betriebsstreckenlänge:	km	515	515	515
Fahrgäste im Linienverkehr:	Mio.	31,44	32,65	32,12
Anzahl der Fahrzeuge für den Linienverkehr:	Stck.	181	181	180

6. Beschäftigte

Die Anzahl der Mitarbeiter (ohne Geschäftsführer) betrug im Jahresdurchschnitt:

Personal	2016		2015		2014	
	wupsi	Konzern	wupsi	Konzern	wupsi	Konzern
Fahrdienst, Werkstatt	193	332	194	338	194	342
Verwaltung, Vertrieb	69	70	69	70	67	70
Summe	262	402	263	408	261	412

Insgesamt wurden im Konzern 14.477 T€ an Löhne und Gehälter gezahlt. Die sozialen Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung und Unterstützung beliefen sich auf insgesamt 3.866 T€.

7. Verflechtungen mit dem Kreishaushalt

Das Unternehmen ist als kommunale Eigengesellschaft voraussichtlich auch zukünftig auf Ausgleichsleistungen für die Erfüllung von gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen angewiesen.

Die im Geschäftsjahr 2016 erfolgten Ausschüttungen aus den Dividendeneinlagen des Rheinisch-Bergischen Kreises von der RW Holding AG sowie der RWE AG wurden dem Kreishaushalt zugeführt.

8. Bewertung der Beteiligung

Auch das Jahr 2016 konnte die wupsi GmbH mit einem guten wirtschaftlichen Ergebnis abschließen.

Das Unternehmen geht in engem Zusammenwirken mit den Anteilseignern weiterhin Fahrplan- und Umlafoptimierungsmöglichkeiten gezielt nach. Die hieraus entwickelbaren Verbesserungen sollen zielstrebig umgesetzt werden.

Darüber hinaus war die Gesamtlage für öffentliche Verkehrsunternehmen im Jahre 2016 weiterhin durch Vorbereitung auf geänderte gesetzliche Rahmenbedingungen und von der Anpassung bereits bestehender Gesetze und Regelungen geprägt.

Zweckverband für die Kreissparkasse Köln

1. Allgemeine Unternehmensdaten

Zweckverband für die Kreissparkasse Köln
Neumarkt 18-24
50667 Köln

Telefon: 0221 / 227-2405
Telefax: 0221 / 227-3760

E-Mail: zweckverband@ksk-koeln.de

2. Öffentlicher Zweck

Der Zweckverband fördert das Sparkassenwesen im Gebiet seiner Mitgliedskreise. Die zu diesem Zweck von ihm errichtete Sparkasse führt die Firma „Kreissparkasse Köln“. In seiner Eigenschaft als Träger der Sparkasse ist der Zweckverband Mitglied des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes, Düsseldorf.

3. Beteiligungsverhältnisse

Mitglieder des Zweckverbandes sind:

Rhein-Erft-Kreis
Rheinisch-Bergischer Kreis
Oberbergischer Kreis
Rhein-Sieg-Kreis

4. Organisationsstruktur

Organe des Zweckverbandes sind:

- a) die Verbandsversammlung,
- b) der Vorstandsvorsteher.

4.1 Verbandsversammlung

Jeder Kreis entsendet 12 Personen als Vertreter in die Verbandsversammlung. Die jeweiligen Hauptverwaltungsbeamten der Verbandsmitglieder oder die von ihnen vorgeschlagenen Beamten oder Angestellten gehören kraft Gesetz der Verbandsversammlung an. Die übrigen Vertreter werden durch die Vertretungskörperschaft für deren Wahlzeit aus ihrer Mitte bestellt. Für jedes Mitglied der Verbandsversammlung ist ein Stellvertreter für den Fall der Verhinderung zu bestellen. Die Verbandsversammlung wählt für die Dauer der Wahlzeit kommunaler Vertretungen aus ihrer Mitte den Vertreter eines der Verbandsmitglieder zum Vorsitzenden. In gleicher Weise wählt sie Vertreter der anderen Verbandsmitglieder zum ersten, zum zweiten und zum dritten Stellvertreter des Vorsitzenden.

Die Verbandsversammlung beschließt über alle Angelegenheiten des Zweckverbandes. Sie wird vom Vorsitzenden einberufen. Der Vorstandsvorsteher und seine Stellvertreter sowie die Mitglieder des Vorstandes der Sparkasse nehmen an den Sitzungen der Verbandsversammlung mit beratender Stimme teil. Die Verbandsversammlung ist beschlussfähig, wenn einschließlich des Vorsitzenden mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend sind. Die Beschlüsse werden in der Regel mit einfacher Stimmenmehrheit der Erschienenen gefasst. Bei Stimmengleichheit gilt der Antrag als abgelehnt.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wurde in 2016 durch folgende Personen in der Verbandsversammlung vertreten.

ordentliches Mitglied

Clemen, Christiane
 Drewing, Mathilde
 Ehren, Ursula
 Gewehr, Erika
 Heutz, Ulrich
 Knapp, Gisela
 Rausch, Frank
 Rickes, Roland
 Schiefer, Christopher
 Seydholdt, Claudia
 Tebroke, Dr. Hermann-Josef
 Wey, Dr. Klaus Georg

stellvertretendes Mitglied

Schäfer, Lenore
 Becker, Michael
 Keller-Bartel Dagmar
 Dünner, Johannes
 Wöber-Servaes Sylvia
 Opladen, Wilmund
 Wolf, Eduard
 Weiß, Friedhelm
 Büscher, Wolfgang
 Schipper, Hinrich
 Werdel, Dr. Erik
 Hilden, Stefanie

4.2 Verbandsvorsteher

Der Verbandsvorsteher wird für die Dauer der Wahlzeit der kommunalen Vertretungen von der Verbandsversammlung aus dem Kreise der Hauptverwaltungsbeamten oder mit Zustimmung ihres Dienstvorgesetzten aus dem Kreise der allgemeinen Vertreter oder der leitenden Bediensteten der Verbandsmitglieder gewählt. Der Verbandsvorsteher führt die laufenden Geschäfte sowie nach Maßgabe der Gesetze, der Verbandssatzung und der Beschlüsse der Verbandsversammlung die übrige Verwaltung des Zweckverbandes und vertritt den Zweckverband gerichtlich und außergerichtlich.

Verbandsvorsteher ist seit Dezember 2013 Herr Landrat Michael Kreuzberg.

5. Wirtschaftliche Daten

2016 beliefen sich die ordentlichen Erträge des Zweckverbandes auf 1.367 T€. Die Aufwendungen betrugen 20 T€ und an Finanzerträgen waren 59 T€ zu verzeichnen. An Zinsen und sonstigen Finanzaufwendungen fielen 569 T€ an. Gemäß § 14 Abs. 4 der Verbandssatzung wird der Verwaltungsaufwand des Zweckverbandes von der Sparkasse getragen.

Der Jahresüberschuss 2016 in Höhe von 837 T€ wurde in voller Höhe dem Eigenkapital des Zweckverbandes zugeführt.

Bei einer Bilanzsumme von 32.397 T€ verfügte der Zweckverband Ende 2016 über ein Sach- und Finanzanlagevermögen in Höhe von 31.111 T€. Ferner bestanden Bankverbindlichkeiten in Höhe von 13.692 T€ und das Eigenkapital betrug 18.699 T€.

Bilanz

Aktiva	31.12.2016 T€	31.12.2015 T€	31.12.2014 T€
A. Anlagevermögen			
I. Finanzanlagen	6.111	6.110	6.252
II. Sachanlagen	25.000	25.000	25.000
B. Umlaufvermögen			
I. Sonstige Vermögensgegenstände	0	0	0
II. Liquide Mittel	1.286	1.039	872
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	32.397	32.149	32.124

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Allgemeine Rücklage	15.908	15.908	15.908
II. Ausgleichsrücklage	1.955	1.363	658
III. Jahresüberschuss	837	592	705
B. Rückstellungen	7	7	7
C. Verbindlichkeiten	13.692	14.280	14.847
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	32.397	32.149	32.124

6. Beschäftigte

Der Zweckverband hat keine Beschäftigten. Die für den Zweckverband erforderlichen Verwaltungstätigkeiten werden gemäß § 14 Abs. 3 der Verbandssatzung von der Sparkasse ausgeführt.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Soweit dem Zweckverband als Träger der Sparkasse nach § 25 des Sparkassengesetzes NW Ausschüttungen aus dem Jahresüberschuss der Sparkasse zugeführt werden, sind diese gemäß § 15 der Verbandssatzung nach dem Verhältnis der in § 4 Absätze 2 und 3 der Verbandssatzung festgelegten Haftung an die Verbandsmitglieder weiterzuleiten und von diesen zur Erfüllung ihrer gemeinwohlorientierten örtlichen Aufgaben oder für gemeinnützige Zwecke zu verwenden.

Für das Geschäftsjahr 2016 erhielt der Rheinisch-Bergische Kreis im Jahr 2017 eine Gewinnbeteiligung in Höhe von 2.754.000,00 € brutto bzw. 2.318.179,50 € netto ausgeschüttet. Hiervon wurden 192.640,38 € netto an die Stadt Burscheid, 322.458,43 € netto an die Stadt Leichlingen sowie 138.626,97 € netto an die Gemeinde Kürten weitergeleitet.

Zweckverband Naturpark Bergisches Land

1. Allgemeine Unternehmensdaten

Zweckverband Naturpark Bergisches Land
Moltkestraße 34
51643 Gummersbach

Telefon: 02261 / 886909
Telefax: 02261 / 881888

Internet: www.bergischesland.de
E-Mail: info@bergischesland.de

2. Öffentlicher Zweck

Der Zweckverband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Er verwaltet seine Aufgaben im Rahmen der Gesetze unter eigener Verantwortung.

Der Zweckverband hat die Aufgabe, das Verbandsgebiet zu einem Naturpark als Erholungsgebiet für die Bevölkerung einzurichten und zu erhalten unter Wahrung der wirtschaftlichen Belange der Grundbesitzer.

Der Zweckverband trifft die zur organisatorischen Regelung dieser Vorgaben erforderlichen Vorkehrungen. Er kann sich bei der Durchführung dieser Aufgabe bereits bestehender Einrichtungen und Organisationen bedienen.

Der Zweckverband dient im Rahmen der Gemeinnützigkeitsverordnung vom 24.09.1953 (BGBl. I S. 1952) ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen Zwecken.

3. Beteiligungsverhältnisse

Mitglieder des Zweckverbandes sind:

Rhein-Sieg-Kreis
Rheinisch-Bergischer Kreis
Oberbergischer Kreis
Stadt Köln
Stadt Remscheid
Stadt Solingen
Stadt Wuppertal

4. Organisationsstruktur

Der Verband hat folgende Organe:

- a) die Verbandsversammlung,
- b) der Verbandsvorsteher.

4.1 Verbandsversammlung

Die Verbandsversammlung besteht aus den Vertretern der Verbandsmitglieder. Jedes Verbandsmitglied entsendet drei stimmberechtigte Vertreter in die Verbandsversammlung. Für jedes Mitglied der Verbandsversammlung ist ein Stellvertreter zu bestellen.

Die Mitglieder der Verbandsversammlung und ihre Stellvertreter werden durch die Vertretungskörperschaften für deren Wahlzeit aus ihrer Mitte oder aus den Dienstkräften der Verbandsmitglieder gewählt. Scheidet ein Mitglied oder ein Stellvertreter vor Ablauf der Wahlzeit aus der Vertretungskörperschaft oder aus dem Dienst des

Verbandsmitgliedes aus, so bestimmt die Gruppe, die den ausscheidenden zur Wahl vorgeschlagen hatte, den Nachfolger.

Die Verbandsversammlung wählt aus ihrer Mitte den Vorsitzenden und einen Stellvertreter des Vorsitzenden.

Die Verbandsversammlung tritt mindestens zweimal im Rechnungsjahr zusammen.

Die Verbandsversammlung beschließt über alle Angelegenheiten des Zweckverbandes, soweit es sich nicht um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt.

Die Verbandsversammlung ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der satzungsmäßigen Mitglieder der Verbandsversammlung vertreten sind.

Ist die Verbandsversammlung nicht beschlussfähig, so ist eine zweite Sitzung mit derselben Tagesordnung anzuberaumen mit dem Hinweis, dass die Versammlung dann in jedem Fall beschlussfähig ist.

Beschlüsse der Verbandsversammlung werden in der Regel mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Stimmengleichheit bedeutet Ablehnung.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wird durch folgende Personen in der Verbandsversammlung vertreten.

ordentliches Mitglied

Damm, Volker
Schäfer, Lenore
Dr. Werdel, Erik

stellvertretendes Mitglied

Müller, Vera
Bender, Christine
Dr. Tebroke, Hermann-Josef

4.2 Verbandsvorsteher

Der Verbandsvorsteher und sein Stellvertreter werden von der Verbandsversammlung aus dem Kreise der Hauptverwaltungsbeamten der Verbandsmitglieder auf die Dauer von 6 Jahren, längstens jedoch für die Dauer ihrer Hauptämter, gewählt. Der Verbandsvorsteher und sein Stellvertreter dürfen der Verbandsversammlung nicht angehören; sie nehmen an den Sitzungen der Verbandsversammlung teil.

Der Verbandsvorsteher führt die laufenden Geschäfte sowie nach Maßgabe der Gesetze, der Verbandssatzung und der Beschlüsse der Verbandsversammlung die übrige Verwaltung des Zweckverbandes. Er vertritt den Zweckverband gerichtlich und außergerichtlich. Die Verbandsversammlung ist Dienstvorgesetzter des Verbandsvorstehers und seines Stellvertreters in Verbandsangelegenheiten.

Verbandsvorsteher ist Herr Jochen Hagt.

5. Wirtschaftliche Daten

Bei den 2016 Daten handelt es sich um vorläufige Ergebnisse. Eine abschließende geprüfte Fassung der Jahresabschlusszahlen 2016 lag zur Zeit des Berichtsdruckes noch nicht vor.

Bilanz

Aktiva	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014
A. Anlagevermögen			
I. Sachanlagen	11.622	5.824	4.312
II. Finanzanlagen	2.500	2.500	2.500
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	30.910	400	400
III. Liquide Mittel	156.346	145.938	114.362
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	201.378	154.662	121.574

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Allgemeine Rücklage	119.562	81.664	74.896
II. Ausgleichsrücklage	9.989	9.989	0
III. Bilanzergebnis Verlust	0	0	0
IV. Bilanzergebnis Gewinn	9.378	37.898	16.760
B. Sonderposten			
I. Zuwendungen	2.837	3.169	3.501
C. Rückstellungen	2.000	1.000	1.000
D. Verbindlichkeiten			
I. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	17.593	20.942	8.217
II. Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	0	0	5.900
III. Sonstige Verbindlichkeiten	19	0	11.300
E. Rechnungsabgrenzungsposten	40.000	0	0
Bilanzsumme	201.378	154.662	121.574

Ergebnisrechnung

	2016	2015	2014
Ordentliche Erträge			
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	167.758	188.059	211.377
Privatrechtliche Leistungsentgelte	-191	191	0
Erträge aus Kostenerstattungen/-umlage	9.000	31.928	0
Sonstige ordentliche Erträge	37.336	4.172	4.806
Summe Ordentliche Erträge	213.903	224.351	216.184
Ordentliche Aufwendungen			
Personalaufwendungen	-26.887	- 40.512	- 61.994
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-121.118	- 94.703	- 92.945
Bilanzielle Abschreibungen	-746	- 626	- 1.270
Transferaufwendungen	-4.300	0	- 1.639
Sonstige ordentliche Aufwendungen	-51.233	- 50.641	- 41.619
Summe Ordentliche Aufwendungen	-204.284	- 186.481	- 199.467
Finanzergebnis			
Finanzerträge	7	28	43
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	248	0	0
Summe Finanzergebnis	241	28	43
Ordentliches Jahresergebnis	9.378	37.898	16.760

6. Beschäftigte

Ab dem 01.05.2015 wurde eine unbefristete Stelle im Umfang von 50% eingerichtet.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Der Rheinisch-Bergische Kreis hat im abgelaufenen Geschäftsjahr 2016 eine Verbandsumlage an den Zweckverband in Höhe von 13.200 € gezahlt.

Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg

1. Allgemeine Unternehmensdaten

Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg (ZV VRS)
Glockengasse 37 – 39
50667 Köln

Telefon: 0221 / 20808-0
Telefax: 0221 / 20808-40

Internet: www.vrsinfo.de
E-Mail: zweckverband@vrsinfo.de

2. Öffentlicher Zweck

Der Zweckverband hat die nachfolgenden Aufgaben:

- Hinwirken darauf, dass die Verkehrsunternehmen den Gemeinschaftstarif und die dazu gehörenden Beförderungsbedingungen anwenden und Übergangstarife geschaffen bzw. fortgebildet werden.
- Entscheidung über die Fortschreibung des Gemeinschaftstarifs, der Übergangstarife und der dazu gehörenden Beförderungsbedingungen sowie –gemeinsam mit anderen zuständigen Zweckverbänden- über die Fortschreibung des NRW-Tarifs.
- Ermittlung und Fortschreibung der unternehmensspezifischen Aufwanddeckungsfehlbeträge.
- Hinwirken auf ein koordiniertes ÖPNV-Verkehrsangebot mit einheitlichen Produkt- und Qualitätsstandards, einheitlichen Fahrgastinformations- und Betriebssystemen und einem unternehmensübergreifenden ÖPNV-Marketing.
- Hinwirken darauf, dass die Verbandsmitglieder die Verkehrskonzeption und Qualitätsstandards bei ihrer Planung beachten.
- Jährliche Erstellung einer Aufwands- und Ertragsprognose zur Abschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung des Verbundverkehrs.
- Gegebenenfalls weitere von den Zweckverbandsmitgliedern betraute/beauftragte Aufgaben.
- Der ZV VRS bildet gemeinsam mit dem ZV Aachener Verkehrsverbund (AVV) den Zweckverband Nahverkehr – SPNV & Infrastruktur – Rheinland (ZV NVR). Dem ZV NVR obliegen im Wesentlichen die SPNV-Planung und -Finanzierung und die pauschalierte Investitionsförderung.

Die operative Umsetzung der im öffentlichen Interesse liegenden ÖPNV-Aufgaben, insbesondere die Hinwirkungspflicht auf einen Gemeinschaftstarif und einheitliche Beförderungsbedingungen, erfolgt durch die Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH. Der ZV VRS bedient sich dieser VRS GmbH wie einer eigenen Dienststelle und ist ihr alleiniger Gesellschafter. Im Geschäftsjahr 2016 waren Herr Dr. Reinkober und Herr Dr. Schmidt-Freitag zu Geschäftsführern der VRS-GmbH bestellt, im Durchschnitt waren außerdem 77 Angestellte (ohne Auszubildende) beschäftigt.

3. Beteiligungsverhältnisse/Verbandsmitglieder

Mitglieder des Zweckverbandes sind:

die Stadt Bonn
die Stadt Köln
die Stadt Leverkusen
die Stadt Monheim am Rhein
der Rhein-Erft Kreis
der Oberbergische Kreis
der Rhein-Sieg Kreis
der Rheinisch-Bergische Kreis
der Kreis Euskirchen

4. Organisationsstruktur

Organe des Zweckverbandes sind:

- a) die Verbandsversammlung,
- b) der Verbandsvorsteher.

4.1 Verbandsversammlung

Die Verbandsversammlung besteht aus den Vertretern der Verbandsmitglieder. Die Mitglieder der Verbandsversammlung werden von den Vertretungskörperschaften der Verbandsmitglieder für deren Wahlzeit aus ihrer Mitte oder aus dem Kreise ihrer Dienstkräfte gewählt.

Jedes Verbandsmitglied entsendet je angefangene 100.000 Einwohner einen Vertreter in die Verbandsversammlung. Maßgebend ist der letzte Stand der Wohnbevölkerung in der von Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW) fortgeschriebenen amtlichen Bevölkerungsstatistik. Eine Überprüfung hat jeweils zum Ende des Jahres zu erfolgen, das dem Jahr vorausgeht, in dem eine Kommunalwahl stattfindet. Dem Vorsitzenden des Beirats der VRS GmbH sowie seinen beiden Stellvertretern steht ein Teilnahmerecht an den Sitzungen der Verbandsversammlung zu.

Die Verbandsversammlung beschließt über alle Angelegenheiten des ZV VRS, soweit nicht aufgrund gesetzlicher Bestimmungen oder aufgrund der ZV-Satzung die Zuständigkeit des Verbandsvorstehers begründet ist.

Die Verbandsversammlung wählt aus ihrer Mitte für die Dauer ihrer Wahlzeit einen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter. Die Verbandsversammlung ist von ihrem Vorsitzenden nach Bedarf, mindestens jedoch zweimal im Jahr, schriftlich einzuberufen; ferner wenn 1/5 der Mitglieder der Verbandsversammlung das unter Angabe des Verhandlungsgegenstandes verlangt.

Jedes Mitglied der Verbandsversammlung hat eine Stimme. Die Verbandsversammlung ist beschlussfähig, wenn ordnungsgemäß geladen und mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist. Im Falle der Beschlussunfähigkeit ist binnen 3 Tagen eine neue Versammlung zu einem mindestens 8 Tage später liegenden Zeitpunkt einzuberufen. Diese neue Versammlung ist ohne Rücksicht auf die Anzahl der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder beschlussfähig, wenn in der Einladung hierauf hingewiesen ist.

Beschlüsse werden mit mindestens $\frac{3}{4}$ der Stimmen der anwesenden Mitglieder gefasst, sofern nicht in der ZV-Satzung oder gesetzlich andere Mehrheiten vorgeschrieben sind.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wurde im Jahr 2016 durch folgende Personen in der Verbandsversammlung vertreten:

ordentliches Mitglied

Christopher Schiefer
Gerhard Wölwer
Zorn, Gerhard

stellvertretendes Mitglied

Schmalt, Thorsten
Haase, Reinhard
Clemen, Christiane

4.2 Verbandsvorsteher

Die Verbandsversammlung wählt den Verbandsvorsteher und seinen Stellvertreter aus dem Kreis der Hauptverwaltungsbeamten oder mit Zustimmung ihres Dienstvorgesetzten aus dem Kreis der allgemeinen Vertreter oder der leitenden Bediensteten der Verbandsmitglieder auf die Dauer von 6 Jahren, jedoch höchstens für die Dauer seines Amtes.

Der Verbandsvorsteher und dessen Vertreter dürfen der Verbandsversammlung angehören. Ist dies nicht der Fall, sind sie jedoch berechtigt und auf Verlangen der Verbandsversammlung verpflichtet, an deren Sitzungen teilzunehmen.

Der Verbandsvorsteher führt die laufenden Geschäfte des Zweckverbandes nach Maßgabe der Gesetze, der Zweckverbandssatzung und der Beschlüsse der Verbandsversammlung. Er vertritt den Zweckverband gerichtlich und außergerichtlich.

Seit dem 14. November 2014 fungiert der Landrat des Rhein-Sieg-Kreises, Herr Sebastian Schuster, als Verbandsvorsteher des Zweckverbandes VRS.

Bilanz

Aktiva	31.12.2016 T€	31.12.2015 T€	31.12.2014 T€
A. Anlagevermögen			
I. Finanzanlagen	516	516	516
II. Sachanlagen	0	0	0
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen	0	5.888	0
II. Liquide Mittel	8.227	21.733	221
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	8.743	28.137	737
Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Allgemeine Rücklage	642	642	642
II. Ausgleichsrücklage	70	70	70
II. Jahresüberschuss	0	0	0
B. Rückstellungen	6	6	12
C. Verbindlichkeiten	8.025	27.419	13
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	8.743	28.137	737

Ergebnisrechnung

	2016 T€	2015 T€	2014 T€
Zuwendungen und allg. Umlagen	8.071	6.238	8.377
Sonstige Transfererträge	300	300	300
Ordentliche Erträge	8.371	6.539	8.677
Transferaufwendungen	8.300	5.950	8.657
sonstige ordentlichen Aufwendungen	71	589	20
Ordentliche Aufwendungen	8.371	6.539	8.677

Finanzrechnung

	2016 T€	2015 T€	2014 T€
Zuwendungen und allg. Umlagen	8.053	6.243	8.390
Sonstige Transfereinzahlungen	300	300	300
Sonstige Einzahlungen	0	21.514	0
Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0	0	0
Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	8.353	28.057	8.690
Transferauszahlungen	300	6.510	8.657
sonstige Auszahlungen	21.559	34	20
Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	21.859	6.544	8.677
Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	- 13.506	21.513	13
Finanzüberschuss	- 13.506	21.513	13
Anfangsbestand Finanzmittel	21.733	220,7	207,7
Liquide Mittel	8.227	21.733	220,7

6. Beschäftigte

Der Zweckverband beschäftigte in den Jahren 2012 bis 2016 kein eigenes Personal.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Die Höhe der vom Rheinisch-Bergischen Kreis im Jahr 2016 an den ZV VRS geleisteten Verbandsumlage belief sich auf 30.000 €. Diese Umlage wurde von dort in voller Höhe an die Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH weitergeleitet.

Der ZV VRS finanzierte sich im Haushaltsjahr 2016 aus den dem NVR zugeschienenen und von dort teilweise weitergeleiteten Zuwendungsmitteln des Landes nach § 11 Absatz 1 ÖPNVG NRW. Eine Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage war nicht notwendig. Die vorgenannte Umlage bleibt hiervon unberührt und wird weiterhin erhoben.

Landrat-Lucas-Stiftung

1. Allgemeine Stiftungsdaten

Landrat-Lucas-Stiftung
Am Rübezahwald 7
51469 Bergisch Gladbach

Telefon: 02202 / 132411
Telefax: 02202 / 13104004

2. Öffentlicher Zweck

Unter der Bezeichnung "Landrat-Lucas-Stiftung" hat der Kreistag des ehemaligen Landkreises Solingen durch Beschluss vom 13.07.1925 eine örtliche, selbständige, rechtsfähige Stiftung des privaten Rechts errichtet.

Das Preußische Staatsministerium in Berlin hat hierzu am 13.11.1925 die Genehmigung erteilt.

Aufgrund des Neugliederungsgesetzes für den Neugliederungsraum Köln vom 05.11.1974 (GV NW, S.1072) ist die Stiftung mit Wirkung vom 01.01.1975 vom Rhein-Wupper-Kreis auf den Rheinisch-Bergischen Kreis übergegangen.

Die Stiftung verfolgt ausschließlich gemeinnützige und mildtätige Zwecke im Sinne des Dritten Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.

Zweck der Stiftung ist die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse folgender Personengruppen:

- Kinderreiche Familien
- junge Familien
- Alleinerziehende
- Senioren und Schwerbehinderte.

Der Stiftungszweck wird ausschließlich durch die Gewährung zinsgünstiger Baudarlehen und Zuschüsse verwirklicht. Das zu fördernde Objekt muss im Gebiet des Rheinisch-Bergischen Kreises liegen. Die Mittel der Stiftung dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden.

3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Das Stiftungsvermögen beträgt zum 01.01.1981 insgesamt 2.134.150 DM.
(Die Stiftung liegt zu 100 % beim Rheinisch-Bergischen Kreis.)

4. Organisationsstruktur

Die Stiftung hat folgende Organe:

- a) der Kreistag,
- b) der Vorstand,
- c) das Kuratorium.

4.1 Kreistag

Dem Kreistag obliegt die Verwaltung des Stiftungsvermögens nach den Vorschriften der Gemeindeordnung, soweit nicht das Gesetz oder die Satzung etwas anderes regeln, insbesondere Erlass der Stiftungssatzung und späterer Änderungen, der Beschluss über den Haushaltsplan, die Feststellung des Jahresabschlusses und

Entlastung des Vorstandes und des Kuratoriums, Erstellung von Grundsätzen über die Realisierung des Stiftungszweckes (Art und Form der Zweckverwirklichung).

4.2 Vorstand

Vorstand der Stiftung im Sinne des § 26 BGB ist der Landrat. Dieser kann sich vom Kreiskämmerer in seiner Eigenschaft als Vorstand vertreten lassen. Vorstand war im Geschäftsjahr 2016 Herr Landrat Dr. Hermann-Josef Tebroke. Er wurde durch Herrn Kreiskämmerer Klaus Eckl als Vorstand vertreten.

Der Vorstand vertritt die Stiftung gerichtlich und außergerichtlich. Er führt die laufenden Geschäfte, ihm obliegen insbesondere die Führung der Darlehenskartei, Aufstellung des Entwurfs des Haushalts und des Jahresabschlusses und die Erteilung der Bewilligungen; letztere Aufgabe wurde vom Vorstand auf den Kämmerer übertragen. Das Kuratorium ist in seiner Sitzung über die erteilten Bewilligungen zu informieren. Der Vorstand beruft mit Zustimmung des Kreisausschusses je ein von den Interessenverbänden des nach § 2 Abs. 2 der Stiftungssatzung antragsberechtigten Personenkreis vorgeschlagenes Mitglied mit lediglich beratender Stimme in das Kuratorium.

4.3 Kuratorium

Das Kuratorium besteht aus fünf Mitgliedern. Die Mitglieder des Kuratoriums und deren Stellvertreter werden vom Kreisausschuss für die Dauer der jeweiligen Wahlperiode des Kreistages bestellt. Das Kuratorium wählt den Vorsitzenden und den stellvertretenden Vorsitzenden aus seiner Mitte.

Bei Ausscheiden eines Mitgliedes rückt das stellvertretende Mitglied in das Kuratorium nach.

Das Kuratorium ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend sind. Es beschließt mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

Das Kuratorium setzte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr 2016 wie folgt zusammen:

Ordentliches Mitglied

Elvert, Klaus
Meißgeier, Manuela
Wilming, Stefan
Schmalt, Thorsten
Gewehr, Erika

stellvertretendes Mitglied

Weiß, Friedhelm
Seydholdt, Claudia
Lutz, Siegfried
Allendorf, Werner
Witte, Gerd

Mitglieder mit beratender Stimme

Thum, Jost A.	VdK
Klein, Jürgen	BdkF

5. Wirtschaftliche Daten

Das Geschäftsjahr 2016 schloss mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 949,50 €. Im Geschäftsjahr 2016 wurde kein Darlehen ausbezahlt.

Bilanz

Aktiva	31.12.2016 T€	31.12.2015 T€	31.12.2014 T€
A. Anlagevermögen			
I. Finanzanlagen	485	554	623
II. Sachanlagen	0	0	0
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	19	20	21
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	661	599	522
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	1.165	1.173	1.166

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Allgemeine Rücklage	1.162	1.163	1.162
II. Sonderrücklage	0	0	0
III. Ausgleichsrücklage	0	0	0
IV. Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss	- 1	-1	1
B. Rückstellungen	0	0	0
C. Verbindlichkeiten	4	11	3
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	1.165	1.173	1.166

6. Beschäftigte/Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Die Landrat-Lucas-Stiftung beschäftigt kein eigenes Personal. Die anfallenden Arbeiten werden von zwei Kreisbediensteten (Wohnungsbauförderung / Kämmerei) erledigt. Von Seiten der Landrat-Lucas-Stiftung wird daher ein Pauschalbetrag für Personal- und Sachkosten an den Rheinisch-Bergischen Kreis erstattet. Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2016 betrug die Kostenerstattung an den Rheinisch-Bergischen Kreis 7.000,00 €

Mitgliedschaften des Rheinisch Bergischen Kreises in Vereinen, Organisationen und Einrichtungen

<u>Verein/Organisation</u>	<u>Jahresbeitrag 2016</u>
Abwassertechnische Vereinigung e.V.	423,00 €
Aggerverband	85.266,00
Altenberger Dom-Verein e.V. 50 %	765,00 €
Altlastensanierungsverband, Beitrag (16.708 €) wird vom BAV erstattet	
Arbeitsgemeinschaft für Erziehungshilfe	40,00 €
Bergischer Geschichtsverein	30,00 €
Biologische Station Rhein-Berg e.V.	60,00 €
Deutsche Olympische Gesellschaft	154,00 €
Deutscher Verein für Vermessungswesen	120,00 €
Deutscher Kinderschutzbund	30,00 €
Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.	1.212,00 €
Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e.V.	1.461,00 €
BV für Wohnen und Stadtentwicklung (Volksheimstättenwerk)	300,00 €
Fachverband der Kämmerer	18,00 €
Fachverband der Standesbeamten	30,00 €
Fachverband der Kommunalkassenverwalter	50,00 €
Förderverein Nordrhein-Westfalen Stiftung	1.375,00 €
Förderverein Energie-Kompetenz-Zentrum Rhein-Erft-Kreis e.V.	50,00 €
Förderverein der Fachhochschule	51,13 €
Griffelkunst	132,00 €
Interkommunaler Arbeitskreis „Wahner Heide“	2.500,00 €
Forum Wahner Heide e.V.	200,00 €
Heidezentrum Turmhof e.V.	400,00 €
Forsthaus Steinhaus e.V.	72,00 €
Kommunale Arbeitsgemeinschaft Bergisch Land	3.069,00 €

Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement	7.254,39 €
Kommunaler Arbeitgeberverband NW	2.475,00 €
Landkreistag NW	94.670,00 €
Naturarena Bergisches Land e.V.	14.400,00 €
Naturpark Bergisches Land	13.200,00 €
Netzwerk Industriekultur Bergisch Land	250,00 €
RadRegionRheinland e.V.	10.000,00 €
Rat der Gemeinden Europas	1.296,00 €
Regio Köln/Bonn e.V.	92.798,00 €
Rheinischer Verein für Denkmalpflege	60,00 €
Sauerländischer Gebirgsverein	51,13 €
Schlossbauverein Burg an der Wupper 50 %	500,00 €
Schutzgemeinschaft Deutscher Wald	55,00 €
Trägerverein „Bergisches Energie-KompetenzZentrum“	100,00 €
Verein der Freunde und Förderer des Industriemuseums	75,00 €
Vereinigung der Leiterinnen der Rechnungsprüfungsämter	15,00 €
Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge	2.556,46 €
Wupperverband	3.001,00 €
Gesamt	340.565,11 €